

Er scheint täglich außer Montags. Preis per Nummer 5 Pf. ...

Infektions-Gebühr beträgt für die ...

Zeitsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2. Donnerstag, den 18. Oktober 1894. Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Leist vor Gericht.

Jetzt hat sie wirklich gesprochen in Sachen Leist, die Frau Justitia, und ihr Urtheil über den Kameruner Frauenpeitscher klingt wie ein Echo jenes Urtheils über den Amts-

Leist vor Gericht. ... Das wenigstens haben die Gerichtsverhandlungen vom 16. Oktober genügt, daß kein Zweifel mehr bestehen kann über den Thatbestand der Kameruner Schmach.

Es ist ja doch Alles, aber auch Alles, erwiesen, was gegen den Kanzler vorgebracht wurde, — sonnenklar, zum Theil von ihm selbst eingestanden.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommardens.

Aus dem Französischen von Jakob Andorf. Ein General war nicht zu sehen. Zuletzt entdeckten wir einen, der unsere Bitten nachgebend, erlaubte, daß wir

die Beweise nicht aufgefunden wären. Nur über die Auslegung, die er den einzelnen Handlungen gab, befand sich Herr Leist im Widerspruch mit der Anklage.

Was aber ist geschehen? Es ist gerichtlich festgestellt, daß der Kanzler als stellvertretender Gouverneur die Weiber der Dahomesoldaten wegen wiederholter Weigerung zu arbeiten, öffentlich nach

Ja, was berechtigt denn Herrn Leist, die Weiber zur Arbeit zu zwingen? Sie waren aus der Sklaverei des Königs behängt und mußten nach Auffassung der deutschen Kolonialbehörden ihr Lösegeld abarbeiten.

Ich wäre in Verzweiflung gerathen, wenn ich ihn hätte verlassen sollen. Doch wollte es mir nicht immer gelingen, die Spitze unserer Kolonnen aufzuhalten, welche bei jedem Schritt, den sie zögerten, sich den Weg von Gruppen total nährlich geordneter Flüchtlinge versperrt sahen.

Ich schrie mir fast die Lunge aus, durch fortwährendes Aufen unserer Bataillonsnummer, um alle von ihren Vor-gefechten verlassene Leute um uns zu sammeln.

Am anderen Morgen, als es tagte, führte ich mein Bataillon beinahe vollzählig nach der Halbinsel Semevillier, wo die übrigen Offiziere uns in aller Gemüthsruhe erwarteten.

Man ließ uns nach Paris zurückmarschieren und wir hatten nur zu verhindern, daß sich die „moblots“ nicht mit geliebten Käppis in unsere Reihen schlichen.

Innerhalb des Stadtwalles trafen wir eine große Anzahl Frauen, welche gekommen waren, um die „Be-

*) Spitzname für die Mobilsardisten.

dunkeln Erdtheil, daß der gottfreundliche Kanzler in Befolgung einer dort üblichen Sitte diese „Pfandweiber“ auch seinen Freunden zur gefälligen Benutzung zuführen läßt.

Und dann — kein Wort wurde verloren über die sofortige Ermordung der wieder eingegangenen Dahomesoldaten, deren bewaffneter Widerstand gegen die mißhandelnde Obrigkeit doch mindestens eben so sehr unter mildernden Gesichtspunkten von Herrn Leist hätte betrachtet werden müssen.

Und deshalb, mag auch Herr Kanzler Leist mit einem blauen Auge davon gekommen sein in Potsdam, daß deutsche Kolonial-Verwaltungssystem ist gerichtet in der ganzen Welt.

Das ländliche Agitations-Programm der französischen Genossen

ist durch einen Antrag der Genossen zu Frankfurt a. M. für den bevorstehenden Parteitag zur Diskussion vorgeschlagen und zur Nachahmung für uns in Deutschland empfohlen worden.

Wir haben es grundsätzlich vermieden, die für den Parteitag bestimmten Anträge zu besprechen oder besprochen zu lassen.

„Siegen“ zu trösten. Ich war beschämt, so wieder vor Solvia hinzutreten. — „Ich hatte nicht einmal das Glück, verwundet zu werden,“ rief ich aus, als ich sie erblickte.

In Paris sah ich Plakate von Jules Ferry unterzeichnet, welche erklärten, daß das Brot nicht in gewissen Portionen vertheilt würde, aber mir sagte das gerade das Gegentheil.

Wiederkehr der Flüchtlinge.

Paris hatte geträumt, Saragossa noch zu übertreffen; das Beispiel anderer heldenmüthiger Städte, von denen die Geschichte berichtet, ließ ihm keine Ruhe.

u erlangen war. Wir geben deshalb den Text nach der Ausgabe von 1893 und fügen dann die Beschlüsse von Nantes an, über die der „Vorwärts“ schon berichtete. Das Programm lautet:

Landarbeiter und Bauern!

Weil die Sozialdemokraten dem arbeitenden Volke die Bergwerke, Eisenbahnen und Fabriken wiedergeben wollen, die sich den faulenzenden Kapitalisten angeeignet haben, sagt man Euch, wir würden dem kleinen Landbesitzer ebenfalls sein Eigentum nehmen. Die Leute, die Euch dies vorlägen, sind dieselben, die Euch Eure Ersparnisse durch Panamaschwindel aus den Taschen holen und Euch gegen Eure Brüder, die Arbeiter in den Städten, aufheben möchten.

Seht Euch das ländliche Programm an, das wir auf unserem letzten Pariser Kongress aufgestellt haben. Betrachtet die sozialen Reformen, welche die Arbeiterpartei sofort im Interesse der Tagelöhner, Bauern und Pächter eingeführt wissen will. Fragt Euch dann, ob Eure früheren und jetzigen „Vertreter“ jemals irgend etwas getan haben, um Eure Lage wirklich zu verbessern, und Ihr werdet Euch überzeugen, daß die Sozialdemokraten Eure besten Anwälte, Eure einzigen Freunde sind.

Die Arbeiterpartei denkt gar nicht daran, Euer Eigentum theilen zu wollen. Sie bekämpft nur das Schmarozertum des großen Besitzes, sie will, daß man die Steuern, welche auf dem kleinen Besitz lasten, sofort herabschneide und später ganz abschaffe, daß man die Pächter vor der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer schützt und daß man denjenigen, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, guten Lohn und ein Auskommen für ihr Alter sichert.

Die Arbeiterpartei ist über ganz Frankreich organisiert. Sie hat Abgeordnete in der Kammer und Vertreter in der Gemeindeverwaltung an Hunderten von Orten. Sie ist ausschlaggebend in der Gemeindeverwaltung von Roubaix, Marseille, Narbonne, Montluçon und in anderen großen Städten, ihre Ausgabe besteht vor Allem darin, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. So werden in Roubaix bereits die Kinder in zwölf Kleinkinderschulen auf Gemeindefkosten gespeist und binnen kurzem wird diese Maßregel für alle Schüler der Gemeindefschulen durchgeführt sein. Außerdem erhalten die Schüler Kleidung für den Winter.

Nachdem die Arbeiterpartei in den Städten eine Macht geworden ist, mit welcher man rechnen muß, bietet sie diese ihre Macht ihren Brüdern auf dem Lande an, um ihnen Recht zu verschaffen, sie zu organisieren, und ihnen durch Vereinigung mit den Industrie-Arbeitern Freiheit und Wohlsein zu erobern.

Programm.

I. Minimallohn, der für Tagelöhner und Gesinde durch die Landarbeiter-Kammern und Gemeinderäte festgesetzt wird.

Der Landarbeiter, der keine Scholle Erde besitzt, weiß, wie hart und schwer das Leben ist, wieviel er arbeiten muß, um nur das Nötigste zu verdienen. Es wäre noch nicht so schlimm, wenn er wirklich das ganze Jahr hindurch Arbeit hätte. Aber nein — wochen- und monatelang kann er gar nicht arbeiten; er muß feiern, unthätig sein, Schulden beim Wäcker und Krämer machen, oder seine Familie verlassen und weit weg in die Stadt gehen, um Arbeit zu suchen, die sich auch dort schwer findet.

Deshalb muß der Arbeiter während der guten Zeit soviel verdienen, daß er während des ganzen Jahres gut leben und seine Familie ernähren kann; das ist der Minimallohn, den die Arbeiterpartei verlangt.

Dieser Minimallohn würde festgesetzt werden durch die Gemeinderäte und die Landarbeiter-Kammern, dort, wo die letzteren eingeführt werden können.

Und dieser Minimallohn wäre nicht mehr als recht und billig. Wenn die Großgrundbesitzer glauben, ihre Güter nicht mehr zu angemessenen Preisen verpacken zu können, so legen sie Schutzzölle auf Getreide, Vieh und Wein, und diese Zölle nähern nur ihnen, nicht den Pächtern und Landarbeitern. Der Arbeitslohn der Holzfäller und Knechte ist nicht gestiegen, trotzdem die Schutzzölle den Preis des Holzes und des Getreides in die Höhe getrieben haben.

Was bisher nur zum Nutzen der Großgrundbesitzer geschehen ist, das will die Arbeiterpartei jetzt auch gethan haben zu Gunsten der Knechte, Mägde, Tagelöhner und der anderen Landproletarier, die mehr als 3/4 Millionen Köpfe zählen.

Damit es aber geschieht, muß sich die Landbevölkerung mit den Arbeitern in den Städten vereinigen, um aus ihren Reihen Abgeordnete in die Kammer zu schicken und die Republik der Arbeit gründen zu helfen.

II. Ländliche Schiedsgerichte.

Ein Schiedsgericht ist ein Gericht, das je zur Hälfte aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzt wird. Die Arbeitgeber wählen ihre Vertreter, die Arbeiter ebenso.

Wenn dann zwischen Arbeitgeber und Arbeiter Streit über den Lohn oder die Arbeit entsteht, gehen beide Theile vor das Schiedsgericht, das den Streit entscheidet. Jeder bringt seine Gründe vor. Der Arbeiter fürchtet sich nicht zu sprechen, weil er keine Kameraden als Richter mitführen sieht; er weiß, daß er seine Vertreter in ihnen hat und Recht bekommt, wenn ihm

Unrecht geschehen ist. Der Arbeiter braucht keinen Rechtsanwalt und keine Gerichtskosten zu zahlen.

Diese Einrichtung, die sich in den Städten vorzüglich bewährt hat, wird sich auf dem Lande ebenso bewähren. Deshalb verlangt die Arbeiterpartei, daß auch in jeder ländlichen Gemeinde ein solches Schiedsgericht eingeführt werde, zu welchem die Grundbesitzer und Pächter die eine Hälfte, die Landarbeiter und das Gesinde die andere Hälfte der Mitglieder wählen. Dieses Gericht würde jeden Sonntag Termin halten, öfter nur, wenn sich dies als notwendig herausstellt.

Arbeitgeber und Arbeiter würden bei ihm ihre Streitigkeiten anbringen und das Schiedsgericht würde alle Sachen ohne Zeitverlust und Kosten erledigen, weil seine Mitglieder die Landwirtschaft gründlich und praktisch kennen.

III. Grundbesitz der Gemeinden darf nicht veräußert werden; der Staat soll die Domänen, Seeläßen und andere etwa jetzt noch unbebaute Ländereien an die Gemeinden verpacken; die Ueberschüsse der Gemeindeverwaltungen sollen zur Vergrößerung des Gemeindebesitzes verwendet werden.

Der Gemeindebesitz ist der Besitz derer, die nichts haben. Wo Gemeindebesitz in hinreichender Ausdehnung vorhanden ist, wie z. B. in den Pyrenäen, können alle Landbewohner, sie mögen noch so arm sein, wenn sie nur einen Stall haben, ihre Schafe, Kühe, Schweine etc. halten und sie auf die Gemeineweiden treiben. In manchen Gemeinden giebt es Gemeindegärten, die von der Gemeinde bezahlt werden, weil diese verpflichtet ist, in den Bergen das Vieh aller Gemeindegewohner zur Weide führen zu lassen. Andere Gemeinden besitzen Wälder, die für alle Einwohner Brennholz oder sogar Bauholz liefern müssen.

Früher besaßen alle Gemeinden große Gemeindegüter, die den Armen mit zu gute kamen. Das Vieh, das auf dem Gemeindebesitz weidete, lieferte der Familie des Landproletariats Wolle, die die Frau verarbeitete, Milch, Butter, Käse und Fleisch.

Seit langem hat man sich ordentlich Mühe gegeben, diesen Gemeindebesitz zu verkaufen; so ist es gekommen, daß sehr viele Gemeinden auch nicht eine Scholle mehr besitzen.

Die Arbeiterpartei erblickt jedoch im Gemeindebesitz eine Einrichtung, die für den Bauer und den Arbeiter im höchsten Grade vortheilhaft ist; sie will, daß der Staat der Veräußerung des Gemeindebesitzes entgegengetreten soll, wo es noch welchen giebt, und daß er wieder welchen schafft, wo keiner mehr vorhanden ist. Deshalb verlangt sie, daß die Ueberschüsse der Gemeindeverwaltungen dazu verwendet werden, den Gemeindebesitz zu vergrößern.

Die Arbeiterpartei verlangt außerdem, daß der Staat dort, wo er Domänen oder unangebaute Boden hat, z. B. an den Seeläßen, diesen Boden nicht an Kapitalisten für lächerlich geringe Summen verpacken, sondern ihn an die Gemeinden abgeben soll, die ihn in Gemeineland verwandeln würden.

IV. Ueberlassung des Bodens, welcher der Gemeinde vom Staat abgegeben ist, an arme Familien, die sich zusammenschließen und nur die Bodennutzung ziehen, keine Lohnarbeiter beschäftigen dürfen und eine Abgabe an die Gemeinde-Armenkasse zahlen.

Die Arbeiterpartei verlangt, daß die Ländereien, welche die Gemeinde besitzt oder die ihr vom Staat abgegeben werden und deren Anbau möglich ist, unter Aufsicht der Gemeinde von Genossenschaften bewirtschaftet werden, welche sich aus nichtbesitzenden Familien bilden. Diese Familien würden die Ernte untereinander nach dem Verhältnis der geleisteten Arbeit theilen und einen noch näher zu bestimmenden Theil derselben an die Gemeinde-Armenkasse abgeben.

Diese Forderung wird gegenwärtig in Narbonne theilweise verwirklicht. Dort hat der sozialistische Gemeinderath auf Antrag des Bürgermeisters Ferroul, der Abgeordnete und Vorstandsmittglied der Arbeiterpartei ist, einen Theil des Gemeindebesitzes an nichtbesitzende Familien abgegeben, die Weinberge anlegten. Andererseits würden die Genossenschaften auf den vernachlässigten Ländereien Getreide säen oder Gemüße ziehen, je nach dem Klima und der Bodenbeschaffenheit.

Die Landbevölkerung wird ohne jede weitere Erläuterung verstehen, wie wichtig es für ihr Wohlbefinden ist, wenn der Gemeindebesitz so vermehrt und benützt wird, wie es die Arbeiterpartei vorschlägt.

V. Alters- und Invaliditäts-Versicherung für die Landbevölkerung aus Mitteln, die durch eine besondere Abgabe vom Einkommen des Großgrundbesitzes aufgebracht werden.

Wenn die unbedeutende Landbevölkerung nach einem Leben voll harter Arbeit und Entbehrungen alt wird, steht sie krank und hilflos da. Nachdem sie Andere reich gemacht hat, versinkt sie im schrecklichen Elend und kann bittend ihr Brot suchen.

Zu dieser Hinsicht ist der Landarbeiter sogar noch schlimmer daran als die Bergarbeiter, Staatsarbeiter oder Eisenbahn-Angestellten, die Altersverlorenen-Rassen haben und nicht ganz vor Hunger unterzugehen brauchen, wenn sie alt und gebrechlich sind.

Um den Landarbeiter und sein trauriges Ende hat

sich noch Niemand gekümmert. Die Arbeiterpartei, die überall für die Armen und Unterdrückten eintritt, will vom Staat eine Alterskasse für die Landbevölkerung eingerichtet haben, aus welcher den Alten und Invaliden mindestens 2 Fr. täglich gewährt werden.

Vor den Wahlen hat die Regierung die Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung für alle Arbeiter in Aussicht gestellt. Aber damit wollte sie nur bezwecken, daß ihre Kandidaten die nötigen Stimmen erhielten.

Nach ihrem Vorschlag haben die Arbeiter den größten Theil der Mittel für die Versicherung aufzubringen. Woher sollen aber Bauern und Tagelöhner das Geld dazu nehmen, jetzt, wo sie kaum die Lebensnothdurft verdienen und nichts übrig haben? Und dann soll nach dem Vorschlag der Regierung erst in ferner Zeit, nach 20 oder 30 Jahren, die Versicherung ihre Renten zahlen; inzwischen können die Armen von heute hundert Mal vor Elend sterben.

Die Arbeiterpartei will eine andere Alters- und Invaliditätsversicherung. Nicht die Armen sollen die Kasse mit ihren Pfenningen füllen, sondern der Staat soll sofort die nötigen Summen aus dem fetten Einkommen des Großgrundbesitzes beschaffen, auf welches eine besondere Steuer gelegt werden würde. Auf diese Weise könnte man den Alten und Arbeitsunfähigen sofort helfen. Jene Steuer wäre die gerechteste, die sich nur denken läßt: weil sich die Landarbeiter in ihrer Jugend und Kraft für die fetten Ernte der Herren Großgrundbesitzer todt-arbeiten, ist es ganz richtig, ihnen Unterhalt aus den Mitteln derjenigen zu beschaffen, die sie reich gemacht haben, wenn sie alt und krumm vor Krankheit sind.

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Oktober.

Verflümmelung des Reichstags-Wahlrechts. Im Reichsamt des Innern soll nach Meldung auswärtiger Blätter eine Vorlage ausgearbeitet worden sein, welche die Altersgrenze für das Wahlrecht hinauf-rückt. Für diejenigen, deren Weisheit Anfang und Ende die Politik des Vogel Strauß ist, mag dieser Plan als besondere staatsmännische That erscheinen. Wer aber meint, daß bei Durchführung solcher läppischen Pläne, bei eventueller Verminderung der Zahl unserer Reichstagsmitglieder, der Sieg unserer Partei auch nur um eine Stunde aufgehalten werden kann, der täuscht sich aufs gründlichste. Unsere belgische Partei war ohne Mandate ebenso stark wie heute mit Mandaten. Man konnte vorher an ihrer Stärke zweifeln, heute kann sie niemand leugnen. Wer würde aber wagen an unserer Stärke zu zweifeln, wenn wir bei Verflümmelung des Wahlrechts ein Duzend Mandate verlieren würden.

Wer die Möglichkeit des friedlichen Weges nicht verhindern will, wird klug thun, dem angeblichen Plane der Reichsregierung nicht beizustimmen.

Heute glauben noch Hunderttausende innerhalb unserer Partei an die Möglichkeit der friedlichen Entwicklung; werden aber die Rechte der deutschen Staatsbürger zu unserem Schaden vermindert, dann wird dieser Glaube rasch schwinden.

Uebrigens werden die Zentrums- und die freisinnige Volkspartei mit Rücksicht auf ihre eigenen Interessen einem solchen Plane nicht leicht zustimmen. Wir sehen diesem neuen Attentat mit aller Gelassenheit entgegen.

Dem Bundesrath ist ein Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz betr. den Schutz der Brief-tauben und den Brief-tauben-Verkehr im Kriege zur Beschlußfassung vorgelegt worden; ferner sind ihm folgende Theile des Reichshaushalts-Etats für 1895/96 zugegangen: Etat über den allgemeinen Pensionsfonds, Etat über den Reichs-Invalidenfonds, Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen.

Den Unterschied zwischen (verdienlicher) Umwandlung und (verbrecherischem) Umschlag des Bestehenden glaubt die „Kreuz-Zeitung“ entdeckt zu haben. Sie schreibt in ihrer heutigen Morgennummer:

„Darin besteht der Unterschied der bloß um wandelnden Thätigkeit (im Staat und Gesellschaft) von der um künftigen, daß diese, um sich einen richtigen Ausgangspunkt zu schaffen, die Wahrheit, während jene mit vollem Bewußtsein übertreibt und fälscht.“

Sehr schön, aber wer entscheidet, was die Wahrheit ist und was die Uebertreibung und Fälschung? Wer richtet über das „Bemühtsein“? In ehrliches Deutsch übersetzt heißt der prächtige „Kreuz-Zeitung“-Satz: Ich bin ein „Umwandler“ und sage die Wahrheit, und Jeder, der

genießbares Gemisch. Die Kinder starben in großer Anzahl und die Greise, ihre letzte Kraft anbietend, hüteten die öffentliche Sicherheit, welche nie weniger gestört wurde, als zu dieser Zeit.

Wenn die Geister sich einer großen Aufgabe widmen, denken sie nicht daran Nihil zu thun. Am Tage des Einzuges der Truppen aus der Krim, rief George Sand, betroffen von der Begeisterung des Volkes, aus: „Ich bin überzeugt, daß heute kein Verbrechen in Paris begangen wird!“ Und so war es auch dort während fünf Monate.

Nur die sogenannten „höheren“ Klassen, welche Frankreich immer an den Rand des Abgrundes gebracht haben, zeigten sich in ihrem Betragen nicht auf der Höhe des Charakters der sogenannten „niederen“ Bevölkerung. Die Regierung und die Befehlshaber der Armee mißkannten die wahre Stimmung des Volkes von Paris, weil sie dieselbe unter den Genüßmenschen, welche aus ihrem Wauche sich einen Gott machen, mit welchen sie sich umgeben hatten, suchten. Diese Sorte von Menschen ist es, welche Lamartine bezeichnet mit den Worten: „Paris kann nicht vierzehn Tage ohne Erbitterung sein.“ Man hätte allen diesen Fettbäuchen Schweigen gebieten müssen, indem man ihnen mit einer ebenso mächtigen Stimme wie Danton zurief: Ihr seht, daß das Volk sein Blut giebt, gebt Euer Gold und schweig, Ihr Elenden!

Die feige Kapitulation, welche mit blutiger Ironie die edle Erhebung des Pariser Volkes beantwortete, wurde nicht gleich mit einem Male bekannt. Den ersten schändlichen verbreiteten Gerüchten wollte man keinen Glauben schenken und einige enttäuschte Männer zogen am 22. Januar zum Stadthause, wo sie einige Schüsse mit den Mobilgardisten aus der Bretagne wechselten. Ein solches unverständiges Unternehmen konnte natürlich nicht von Erfolg sein. Eine Deputation von Offizieren, unter welchen auch ich, begab sich nach dem Elysee, um gegen das Verfahren der Regierung zu protestieren. Der ehemalige Unteroffizier, Kommandeur der Kürassiere, Clement Thomas, angethan an dem Tage mit Generals-Epauletten,

welche er ebensowenig als seine zahllosen Tressen jemals den Preußen gezeigt hat, sagte uns ungefähr Folgendes:

„Worüber beklagen Sie sich? Um Ihrem Ehrgeiz Genugthuung zu geben, hat man ohne Hoffnung auf Erfolg den Ausfall von Buzenval unternommen. Sie haben den Ruhm, sich an der Seite der französischen Armee geschlagen zu haben und Ihr Blut mit dem unserer Soldaten zu vermischen. Die Ehre von Paris ist doch gewahrt geblieben.“

Diese Worte bewirkten nur, daß unsere Entrüstung sich steigerte. Wie, der Ausfall vom 19. war nichts als eine verbrecherische Komödie? Man hat Menschen tödten lassen, um die Eitelkeit des Volkes zu befriedigen? Das war nicht nur dumm, sondern im wahren Sinne des Wortes: schändlich! Um zu versuchen, das immer lauter werdende Murren zu ersticken, ließ man bei jedem Bataillon die Namen der Leute erfragen, welche sich ausgezeichnet hätten, um sie zu Belohnungen vorzuschlagen. Folgende Antwort wurde ich beauftragt im Namen des ganzen Bataillons an die Regierung zu richten:

„Angesichts der Schande und Erniedrigung des Vaterlandes betrachten wir jedes Anerbieten von Belohnungen als eine Beleidigung. Wenn wir alle gefallen wären, würde der Sieg der Deutschen wenn nicht unmöglich, so doch abgeschwächt worden sein. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es zu vollständig und zu beschämend, als daß wir daran Theil haben sollten. Die einzige Auszeichnung, welche wir zu tragen berechtigt wären, ist ein Trauerflor. Wenn wir uns mit rothen Bändern schmücken ließen, so würde es uns immer erscheinen, als Liebe an uns französisches Blut.“

Als die Deutschen in Paris einzogen, war unser Bataillon kommandirt die Linie zu besetzen, welche ihnen als Zone angewiesen war. In diesem Augenblicke war es, als die Nationalgardien auf den Gedanken kamen, die Kanonen, welche bis dahin im Park Bagram gehanden hatten, nach dem Montmartre zu transportieren. Diese Geschütze, welche in Paris gegossen und von dem Gelde der Nationalgardien hergestellt waren, hatte man gar nicht für

würdig gefunden sich ihrer zu bedienen, sie waren noch jungfräulich und unberührt. Einige Tage nachher wurde der „General“ Clement Thomas erst durch den Besiegten von Orleans, den sehr berühmten General d'Anselles de Palladine, ein Gegenstand des Abscheues für die Pariser. Man versuchte die Nationalgarde nach und nach aufzulösen. Die Marschregimenter wurden getrennt und die Kompagnien wieder in die Stammabteilungen zurück vertheilt. Die abgehenden Offiziere wurden nicht ersetzt und um den Sold zu erhalten, mußte man eine persönliche und erniedrigende Bittschrift einreichen, in welcher man das Zeugniß der Armuth beibringen mußte. Es war klar, daß man sich langsam aber sicher einer Volksbewaffnung entledigen wollte, welche im kommenden Falle fähig war, die Republik zu vertheidigen. In der That, am 24. Februar, dem Jahrestage der Erhebung von 1848, gingen alle Bataillone zum Bastilleplatz, um am Fuße der Julisäule Kränze nieder zu legen. Ich erinnere sogar, daß ein Matrose auf die Schultern des auf der Säule befindlichen Genius der Freiheit kletterte, um ihm eine rote Fahne in die Hand zu geben. Aufrechterhaltung der Republik! Das war der einzigste und höchste Trost aller Pariser. Diese Idee hatte sich natürlich aller Geister bemächtigt. Ich erinnere mich, daß ein reicher Banquier, der früher gewiß nicht im Verdacht republikanischer Ideen stand, ungefähr folgende Auseinandersetzung machte:

Nach der Niederlage Frankreichs, bleibt uns nur übrig unsere Revanche im Bereich der Ideen zu suchen, wie Griechenland, nachdem es von Rom besetzt war. Unser geistiger Einfluß hat nicht gelitten. Wir müssen durch alle Mittel, durch die Presse, die Kunst u. s. w. den demokratischen Ideen in Europa Eingang verschaffen. Verschaffen wir uns die freiesten Institutionen der Welt und werden wir die Begründer der Universal-Republik. Wir sind als Nation besetzt, nehmen wir unsere Revanche auf internationalem Boden, indem wir die vereinigten Staaten von Europa begründen.“

(Fortsetzung folgt.)

anders sagt, „überreißt und fälscht mit vollem Bewußtsein“. Das „ich“ kann natürlich je der sein. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ einen lichten Augenblick bekommt, d. h. einen Moment, in dem ihr Denkfähigkeit ungetrübt ist, wird sie zerknirscht an ihre Stirne schlagen und sich strafend zurufen: O si tacuisses! Du hättest du geschwiegen! Die brutale Gewalt und die Willkür sind stets verloren, wenn sie sich auf das Argumentiren einlassen und es mit Vernunftgründen versuchen. —

Das **Unsturz-Serum** wird noch immer von den Staatsheilkräften gesucht. Es geht ihnen damit, wie anderen Heilkünstlern mit ihren neuen Wundermitteln. Unsere sozialen Zustände lassen ganze Seuchenherde bestehen und sich ausbreiten; der großen Masse des Volkes fehlen die notwendigsten Lebensbedürfnisse oder sie erhält sie nur in verflümmeltem oder verdorbenem Zustande — und da glaubt man Wunder was zu erreichen, wenn man irgend ein Gegengift gegen eine spezifische Krankheit aufsucht, von dem man nicht einmal weiß, ob seine Heilkraft nicht durch andere Uebel, die es mit sich führt, mehr als aufgehoben wird. Statt gesunde Lebensbedingungen zu schaffen, puscht man an dem stehenden Körper herum. Ebenso verfahren unsere politischen Heilkünstler. Der soziale Körper leidet. Und da empfiehlt man gegen Blutleere neue Aderlässe, gegen Atmungsnöth Verbot des Athmens, gegen kräftige Bewegungen Glycerinstärke. Daß das Volk überhaupt lebt, wird als Krankheit angesehen, die man freilich nicht anders als mit dem Leben selbst beseitigen kann. Freilich ist das Volk zu kräftig entwickelt, um den Heilkünstlern freien Spielraum zu gewähren. Es erwehrt sich jener Heilkünstler, ob sie an ihm nach dem „alten“ oder dem „neuen“ Kurs kurieren wollen, oder ob sie von den „staatsmännischen“ Heilkünstlern der Zukunft das Heilserum erwarten. Die Charlatans sind ihm ungefährlich, um so mehr, als sie sich gegenseitig ins Handwerk puschen und einander selbst der Charlatanerie bezichtigen. —

Ein verfehltes Rezept. Die „Kreuz-Zeitung“ und andere Reaktionsblätter haben in jüngster Zeit als „Korrektur“ des allgemeinen Wahlrechts und als Heilmittel gegen Sozialdemokratie und andere politische Uebel den **Wahlwang** oder die **Wahlpllicht** vorge schlagen. Wenn auch die Indifferenten, die heute nicht wählen, an die Wahlurne geschleppt würden, dann, meinen die Piffstucke, sei es mit den sozialdemokratischen Majoritäten vorbei. Nun, das belgische Wahlergebnis hat diese schönen Hoffnungen gründlich zerstört. In Belgien besteht nämlich der Wahlwang, und doch haben die bösen Sozialdemokraten einen so glänzenden Wahlsieg erfochten. —

Parlamentssünde soll der antisemitische Vertreter des Reichstags - Wahlkreises **Rinteln - Hofgeismar - Wolfhagen**, Dr. med. König in Witten, sein. Die Zeitungen melden, daß er sein Mandat niederlegen und sich vom politischen Leben zurückziehen will. Für die gerühmte Einigkeit innerhalb der antisemitischen Partei kann dieser Entschluß nicht angeführt werden. —

Die **österreichische Regierung** glaubt mit ihrer Verschleppungstaktik das österreichische Volk zum Narren halten zu können. Sie hat den Reichstag eröffnet, ohne ein Wort über die Wahlreform zu verlieren; sie hat eine Reihe ganz unpolitischer Vorlagen als der Erledigung dringend bedürftiges Beratungsmaterial dem Parlamente angefügt, einen Etat mit blendenden Zahlen vorgelegt, den Junkern und Genossen ein Weinmonopol in Aussicht gestellt, bloß über das Wahlrecht hat die Regierung geschwiegen. Aber es wird ihr wenig helfen. In der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses wird der unserer Partei nahestehende Abgeordnete

Pernerstorfer einen dringlichen Antrag betreffs Verschleppung der Wahlreform einbringen. Man wird den Antrag zwar niederstimmen, aber die Regierung wird doch kaum umhin können, sich in irgend einer Form zu äußern. Unterläßt sie es, so wird ihr Ansehen um so tiefer sinken. —

Den Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung des Prager Ausnahmezustandes hat das österreichische Abgeordnetenhause auf Wunsch der Regierung abgelehnt. —

Arbeiterversicherung und Pangermanismus. Man schreibt uns aus Paris unterm 12. Oktober: Herr Yves Guyot scheint auf dem in Mailand stattgehabten internationalen Kongress für Arbeiter-Unfallversicherung eine recht klägliche Rolle gespielt zu haben, denn kaum zurückgekehrt, wüthet er über die „Pangermanisierung“, wie er seinen diesem Kongresse gewidmeten Artikel überschreibt. „Die Deutschen“, ruft er, „vollenden in diesem Moment ihr 1866 und 1870 begonnenes Werk. Sie haben Boden und Wässer anmeltet und anmeltiren jetzt die Geister. Herr Bödiker, Präsident des Deutschen Reichs-Versicherungsamtes, sagte mit Stolz: „Unser System hat sich nach Oesterreich verbreitet, man nimmt unsere Prinzipien in Holland und Italien an; man beginnt es in Paris zu studiren.“ Und Herr von Mayr aus Straßburg, ehemaliger Unterstaatssekretär des Deutschen Reiches, hat den Triumph dieser Ausbreitung der deutschen Ideen, des deutschen Systems, des deutschen Einflusses, der deutschen Macht gefeiert. Ja, die Deutschen können stolz sein, denn sie legen ihre beiden schweren Hände auf uns, und wir erdulden ihren Druck nicht nur mit Ergebung, sondern mit Enthusiasmus. Mit der rechten Hand zwingen sie uns ihren bürokratischen Sozialismus, mit der linken ihren revolutionären Sozialismus auf. Beamte, Staatssozialisten durch Bestimmung, beileiden sich, den ersteren anzunehmen. Der letztere wird mit Enthusiasmus von den Gewerks, den Ballant, den Jaurès und den Millerand propagirt. Bismarck und Karl Marx vereinigen sich, um uns bis zur Erstidung zu umfassen. Wir germanisiren uns in jeder Weise. Es ist nicht bloß auf den Boulevards, daß die Bierhäuser an Stelle der Kaffeehäuser treten. Die deutschen Ideen fließen mit dem Bier in unsere Gläser und dringen in unser Hirn ein.“ Und darum wüthet er gegen die „französischen Einfaltspinsel“, die sich zu „ergebnissen Gehilfen dieser neuen Invasion machen“. Im Grunde wüthet er aber nicht nur, weil er auf dem Kongress für Arbeiter-Unfallversicherung eine gar so klägliche Rolle gespielt hat. Herr Yves Guyot hat eben seine Rolle überall ausgeübt und er würde gut thun, sich bald um eine fette Verwaltungsrathshese umzuschauen, die ihm als Sozialistenesser wohl geschmeckt ist und die wir ihm, wenn uns seine Prosa nicht gar so sehr erbeizert, von Herzen gönnen würden. Was das ganze bestehende Versicherungswesen selbst anbelangt, das nichts anderes als eine Umgestaltung der öffentlichen Armenpflege zu gunsten der Reichen ist, da die Versicherten für ihre Beiträge zum großen Theil selber aufzukommen haben, so brauchen wir wohl nicht erst zu sagen, daß wir uns für dasselbe nie erwärmt haben. Wir wollen kein Almosen für den kranken, verkrüppelten oder sonst arbeitsunfähigen, sondern ein menschenwürdiges Dasein für alle Arbeiter. Und ein gesetzlicher Achtundentag würde in dieser Beziehung mehr leisten, als alle Versicherungsgesetze zusammengenommen. Herr Yves Guyot ist natürlich weder für das eine noch für das andere, er ist für die nackte Ausbeutung, für die Ausbeutung sans phrase, für den — Panerplottismus.

Das Resultat der belgischen Wahlen wird jetzt, angeblich offiziell und endgiltig, so angegeben: gewählt 77 Katholiken, 7 Liberale und 12 Sozialisten. Unentschieden 56 Wahlen. Es sind also Stichwahlen vorzunehmen, von denen nach dem Wolffschen Telegramm „ein großer Theil für die Sozialisten günstig“. Hiernach wäre in 18 Kreisen, welche die Sozialisten schon gewonnen glaubten, Stichwahl nöthig. Die lange Ungewißheit erklärt sich aus der komplizirten Art des Wahlmodus und insolge dessen, die Schwierigkeit des Auszählens. Die Stichwahlen finden am nächsten Sonntag statt (nicht erst 14 Tage nach der Hauptwahl, wie das in Frankreich Gescheh).

Der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei, der das Zentralwahlkomitee der Sozialisten bildet, hat — was schon in der gestrigen Nummer telegraphisch mitgetheilt ward

— für die Stichwahlen, in denen die Sozialisten nicht direkt engagirt sind, die Aufforderung ergehen lassen, denjenigen Kandidaten die Stimme zu geben, die sich verpflichten, für das allgemeine Stimmrecht bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen und gegen die Schutzpöle einzutreten. —

Ein Ministerwechsel wird als Folge des Wahlergebnisses in Aussicht gestellt. Da das Wahlergebnis aber erst nach den Stichwahlen zu übersehen sein wird, so sind alle dahin gehenden Nachrichten vorläufig nur leere Vermuthungen. Jedemfalls kann es sich nur um eine Person, nicht um einen Systemwechsel handeln, denn die Neuwahlen haben der liberalen Regierung ja die Majorität gegeben. Freilich mit der neuen Opposition, von der die Sozialisten einen wesentlichen Bestandtheil bilden, ist nicht so leicht fertig zu werden wie mit der alten Opposition, in der die schwachmatischen Doktrinäre vorherrschten. Und so dürfte es sich allerdings wohl nöthig machen, daß dem Kabinete frisches Blut eingegossen wird.

Von der angeblichen Wahlnfähigkeit Desuisseaux's und Anseles's ist es ganz still geworden. Im Gegentheil, verschiedene belgische Zeitungen erklären es für selbstverständlich, daß der jetzt bekanntlich im Gefängniß befindliche Desuisseaux beim Zusammentritt der neuen Kammer in Freiheit gesetzt werden müsse. —

Zwei Ehrenmänner. Aus Italien wird telegraphirt:

Neapel, 17. Oktober. Ministerpräsident Crispi giebt heute zu Ehren Emilio Castellars's ein Diner, an welchem auch der Unterrichtsminister Baccelli theilnehmen wird. Gestern Abend fand zwischen Crispi und Castellar eine Unterredung statt, in deren Verlauf sich Castellar in enthusiastischer Weise über Italien äußerte, mit hoher Achtung von der Königin-Regentin von Spanien sprach und erklärte, daß die republikanische Staatsform Italien und Spanien seine größere Freiheit verschaffen könnte, als diejenige, welche ihnen durch die demokratische Monarchie gewährt sei.

Crispi und Castellar — zwei Seelen und ein Gedanke. Kein Wunder, daß sie einander so hoch schätzen — ist doch der eine des anderen werth. —

Das spanische Parlament soll am 12. November zusammentreten. —

Ein spanisches Pfaffenblatt, das „Seminario Popular“, bringt nun die in Deutschland zu Tode gerittene Böhmerlunge von dem 10 Millionen - Etat der deutschen Sozialdemokratie. Unser spanisches Bruderblatt „El Socialista“ leuchtet der frommen Wochenchrift in folgender Weise heim: „Gut gekräftigt, Löwe! Aber wann uns die vereehrte Wochenchrift vielleicht auch sagen, wozu die Staatsausgaben für den Klerus gut sind, für diesen Klerus, der eine anti-zivilisatorische (bildungsfeindliche) Mission hat? Sie dienen doch nur dazu, eine erschreckend große Anzahl von Pfaffen zu unterhalten, die sich ausschließlich mit der Verbrümmung der Gesellschaft beschäftigen. Wenn die Arbeiterparteien einige von ihren Mitgliedern für die Dienste, die sie leisten, entschädigen, thun sie es nur, weil es unter den Sozialisten nur sehr wenige Männer giebt, die sich der Propaganda mit eigenen Substanzmitteln widmen können.“ —

Die serbische Ministerkrise ist so akut geworden, daß eine freundschaftliche Beilegung ausgeschlossen erscheint. —

In Bulgarien ist schon wieder ein Minister aus dem Amte geschieden. Die häufigen Aenderungen im bulgarischen Ministerium sind ein Beweis für die unsichere Politik der Regierung des Ländchens. —

Ueber das Befinden des Zaren ist in Rußland ein Bulletin ausgegeben worden, das den baldigen Tod des kranken Selbstherrschers in Aussicht stellt. Von einer

Literarisches.

Reumann-Doser, Dr. Adolf, Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Deutschen Reichstage. Statistisch dargestellt. Berlin W 1894. Verlag von C. Stoppel. 68 S. 8°. Preis 1 M.

Daß aus dieser kleinen Schrift der politische Standpunkt des Verfassers nicht zu erkennen ist, erscheint dem Rezensenten in diesem Falle als Vorzug, der eine Gewähr für die Objektivität des Verfassers in sich schließt. An Tendenzstatistik fehlt es in der deutschen Literatur wahrlich nicht, so daß die Erfüllung der selbstverständlichen Forderung der Objektivität leider als etwas besonders lobenswerthes hervorzuhoben ist. Wenn auch an statistischen Bearbeitungen der deutschen Reichstags-Wahlen, offiziellen wie privaten kein Mangel ist, so fehlte bisher doch eine mehr als summarische Darstellung der Entwicklung der Sozialdemokratie an der Hand der Reichstagswahlen. Diese bietet und der Verfasser in der vorliegenden Schrift. Er stellt zuerst die Zahlen der abgegebenen gültigen und sozialdemokratischen Stimmen bei den beiden letzten allgemeinen Wahlen für alle Wahlkreise nebeneinander. In einer weiteren Tabelle werden die sozialdemokratischen Stimmen für alle Reichstags-Wahlkreise in Prozenten und zwar für sämtliche allgemeine Wahlen seit 1871 angegeben, wobei durch Zeichen und Schriftsetzung sofort zu erkennen ist, ob der sozialdemokratische Kandidat in der Haupt- oder Stichwahl gewählt bez. unterlegen ist, und ob der Wahlkreis in erheblicher Weise häßlichen Charakter hat oder nicht. So wie aus der ersten großen Uebersicht werden auch aus dieser Tabelle in ruhiger und objektiver Weise die sich für den Statistiker ergebenden und für weitere Zwecke interessanten Schlussfolgerungen gezogen. Die Namen sämtlicher seit 1871 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten werden im Anschluß an diese Ausführungen mitgetheilt. Für die Wahlkreise, in denen unsere Partei bei der letzten Hauptwahl im ersten Gange siegte, wird auch das Verhältnis der sozialdemokratischen Stimmen zu der Zahl der Wahlberechtigten angegeben. Die Prozentzahlen, die für die einzelnen Wahlkreise in einem früheren Theile des Werkes angegeben sind, werden später für das Deutsche Reich, die einzelnen Bundesstaaten und größeren Landesbeile, und zwar wieder für sämtliche Hauptwahlen, die seit 1871 stattgefunden haben, berechnet. Daß für jeden Statistiker auffallende Mißverhältnisse zwischen der immensen Stimmenzahl und der geringen Vertreterzahl der sozialdemokratischen Partei wird mit allen statistischen Hilfsmitteln schon analysirt. Den Schluss der werthvollen Studie bildet die Berechnung der auf Grund eines richtigen Proportionalsystems den einzelnen Parteien des Deutschen Reichstages gebührenden Reichstagsitze und die Gegenüberstellung dieser Zahlen zu den tatsächlich von den Parteien eroberten Sitzen.

Nur zu zwei den Werth der Schrift übertreffend in keiner Weise beeinflussenden Aussetzungen fordert die Arbeit heraus. Auf Seite 51 sagt der Verfasser nämlich, nachdem er die Nachtheile des heutigen Reichstags-Wahlrechtes für die Sozialdemokratie erörtert hat: „Allerdings hat sie (die Sozialdemokratie) auch Aussicht, später von diesem Wahlrecht desto mehr zu profitieren. Wenn z. B. in allen Wahlkreisen auch nur eine Stimme über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen sozialdemo-

kratischen wären, so würde der Reichstag nur aus Sozialdemokraten bestehen, obgleich nur die Hälfte der Wähler sozialdemokratisch gewählt haben.“ So richtig diese Sätze theoretisch sind, so wenig können sie in der Praxis zutreffen. Schon heute haben wir in 24 Wahlkreisen die absolute Majorität, je mehr Kreise wir erobern, desto größer werden unsere Majoritäten in den alten Sitzen, vor allem in den Großstädten. In dem theoretisch angenommenen Falle, daß wir alle 997 Reichstags-Wahlkreise erobern, könnte daher der Fall gar nicht eintreten, daß wir dann bloß etwas über die Hälfte des deutschen Volkes tatsächlich hinter uns haben; wir würden dann sicherlich sieben Achtel desselben als Anhänger der Sozialdemokratie bezeichnen können. Endlich sind wir mit den Schlussätzen des Verfassers nicht einverstanden. Er stellt die Frage nach der Möglichkeit des Sieges der Sozialdemokratie und bemerkt hierzu: „Das sind müßige Fragen. Der Kampf der Geister wird weiter geführt werden, und wer Recht hat, wird auch Recht behalten.“ Unserer Meinung nach handelt es sich bei der Frage nach dem Siege der Sozialdemokratie weit weniger um einen Kampf der Geister, noch weniger um eine Frage, wer Recht hat, sondern in wesentlichen um die Richtung und die Schnelligkeit unserer ökonomischen Entwicklung.

Noch diese Fragen liegen weit ab von dem, was die Bedeutung der vorliegenden Schrift ausmacht. Sie ist eine fleißige Arbeit, eine objektive statistische Untersuchung, die gut geschrieben und, in der das Material übersichtlich geordnet ist und die wir unseren Lesern warm empfehlen können. Mit Rücksicht auf die gute Ausstattung und den theuren Tabellensatz erscheint der Preis der Schrift nicht zu hoch.

Aus dem Zahlenmaterial geht klar hervor, daß unsere Gegner gar nicht nöthig hätten, das Reichstags-Wahlrecht zu unseren Ungunsten zu verschlechtern, sind wir doch schon jetzt die gerade durch dieses Wahlrecht am meisten benachtheiligte Partei.

Schwarz, Dr. Joseph (Budapest), Arbeiterwohnungen. Vortrag, gehalten am 8. hygienisch-demographischen Kongress. Budapest, Verlag der „Népszava“ und „Volkstimme“. 20 S. 8°. Preis 10 Kreuzer (20 Pfennig).

Der Vortrag ist durch die Berichterstattung über den letzten hygienisch-demographischen Kongress im „Vordrucks“ unserer Leser bekannt. Die Zeitung ungerarischer Bruderpartei hat gemeint, daß es schade wäre, wenn die Arbeit bloß in den theuren und daher nur einem kleinen noch dazu auf Hochgelehrte beschränkten Leserkreise zugänglichen Kongressschriften veröffentlicht würde und hat deshalb die vorliegende billige und dabei nicht schlecht ausgestattete Ausgabe veranstaltet. Es ist die erste, uns seit langer, langer Zeit aus Ungarn zugehende sozialdemokratische Schrift und so als Zeichen der Erhaltung unserer Partei mit Genugthuung zu begrüßen. Aber nicht bloß deshalb hat man über das Erscheinen dieser Schrift seine Freude zu äußern, sondern auch ihres werthvollen Inhalts und ihres irischen Tones wegen. Den Mittelpunkt der Betrachtungen des Verfassers bildet das graufame Wohnungsbeden der ärmeren Bevölkerung in der glänzenden Hauptstadt Budapest, im letzten Vierteljahrhundert mehr Brunnstrassen und Paläste entstanden sind als in irgend einer anderen europäischen Stadt. Das gedruckte Material ist übersichtlich geordnet und durch

eigene Untersuchungen des Verfassers bereichert in der Schrift zu finden, zahlreiche Vergleiche mit dem Wohnungsbeden in österreichischen und deutschen Städten erhöhen den Werth des Werkes, das jedem auf's angelegentlichste zu empfehlen ist, der sich mit dem Studium der Wohnungsfrage beschäftigt, vor allen denen, die nicht in der Lage sind, theure und umfangreiche Schriften zu studiren. Der Schlussfolgerung des Verfassers, daß die entgeltliche Lösung der Arbeiterwohnungsfrage nur mit Aenderung der heutigen Produktionsweise erfolgen kann, stimmen wir vollkommen bei.

Eine Zeitung des Styles hätte der Schrift zum Vortheil gereicht.

Theater.

Im **Schiller-Theater** zeigte am Dienstag die Aufführung von Björnson's „Ballissemant“, das Regie und Ensemble recht anerkennenswerthe Fortschritte gemacht haben. Das vieraktige Schauspiel, das vielen unserer Leser aus der von der „Freien Volksbühne“ im Lessing-Theater veranstalteten Aufführung her erinnerlich sein wird, stellt bekanntlich namentlich in der Gesellschaftsszene des zweiten Aktes Anforderungen an die Regie, deren Erfüllung ein nicht unbedeutendes Maß bühnentechnischer Geschick voraussetzt. Man muß sagen, daß die Leistung des Schiller-Theaters seiner nicht leichten Aufgabe mit vieler Umsicht gerecht wurde; unterstügt von einem vortrefflichen Zusammenpiel gestaltet sich gerade der zweite Akt des Schauspiels ungemein wirkungsvoll. Im übrigen lag über der Darstellung der Schimmer deutscher Sentimentalitätsheuscheln, der das Frische und Kraftvolle der nordischen Dichtung sehr zu ihrem Schaden zu verflachen drohte. Da die Umwandlung der auch im Umriss noch kernigen nordländischen Gestalten in passive Jammerbolde jedoch ziemlich konsequent durchgeführt wurde, so blieb die Einseitigkeit des Spiels und der Handlung einigermaßen erhalten und nur bei besonders hervortretenden Rollen und Szenen trat diese Wechselliebe zum Theil in auffälliger Widerwärtigkeit zu Tage. Ein vollendeter Sechtheuteil war z. B. der Großhändler Tjälde des Herrn Patzegg, dem Frau Wille als Gemahlin in gleicher Tendenz assistirte. Da war nichts von niedergedrückter Manneskraft, von dem durch die Macht überstarker Verhältnisse übermüdeten Ringer; es war der deutsche Bourgeois, der sich vor dem Fall Krampskast am hohlen Pfeilge hält, im Unglück sich ebenso brutal wie wackelgippig gebildet und von dem Moment an, wo er mit „Gottes Hilfe“ nur einigermaßen wieder Luft schnappen kann, zur widerlich-demüthigen Feuchtschicht hinneigt. Als Bühnen-Dehberin nach eingeleiteter Manier gab sich auch Frau Rügheimer als Signe, während Frau Pant als Walburg den Auffassungen des Dichters mehr gerecht wurde und die Unterredung mit ihrem stillen Anbeter Sannäs (Herr Pabla) herb und herzlich zugleich zu gestalten wußte. Ein Stück vom Theaterpolster trug Herr Formes in sich; der sonst so vortreffliche Künstler wußte diesmal nicht recht den Ton für den biederben, aber ungehämten Braumeister Jakobson zu treffen. Eine prächtige Leistung war die des Herrn Pauli als Advoikat Berent. Das reichbesetzte Haus folgte der Handlung mit naivem Interesse; nur ein geringer Theil des Publikums mochte sich

Regentschaft ist unter solchen Umständen keine Rede mehr. Der muthmaßliche Nachfolger des dritten Alexander heißt Nikolaus (russisch Nikolai) und ist jetzt 26 Jahre alt. Der Name Alexander ist russischen Monarchen gefährlich. Alexander der Erste starb an Gift, Alexander der Zweite durch eine Dynamitbombe, und Alexander der Dritte hat die Angst vor Mördern und wohl auch das Bewußtsein der Unzulänglichkeit des Königtums nach einem qualvollen Leben auf dem Thron in der Blüthe der Jahre dem Grab zugeführt. Der Nachfolger wird der zweite Nikolaus sein. Der erste starb auch keines natürlichen Todes. Die russischen Selbstherrscher, denen ein solcher zu Theil geworden, sind Ausnahmen. —

Das Angstregeriment in Rußland. In Petersburg hat man wieder eine Ver schwörung entdeckt — dreißig Studenten des Technologischen Instituts sollen verhaftet sein. Ein bankrottcs System steht überall Gespensier und Verschwörer. —

Die Komödie ist zu Ende. Die russische Regierung hat endgiltig die Auslieferung des Bomben-Barons Ungern Sternberg verweigert. Das russische Jarentum hat damit das anarchistische Dynamit förmlich anerkannt — was wir uns merken wollen. —

Rußland bringt immer weiter fort auf dem Wege nach Indien. Die Times bezeichnen dieses Vorgehen als Freibeuterei; es wird der genannten Zeitung aber von gewisser Seite geantwortet, daß Rußland nur das thue, was man in England unter einem gewissen Ministerium auch gethan habe. Man könne kaum angeben, wodurch Rußland internationale Interessen verletz.

In Marokko ist die Situation wieder sehr ernst. Eine vollkommene Beruhigung im Lande scheint auf lange Zeit ausgeschlossen. —

China-Japan: Am Yalu, dem Grenzfluß zwischen Korea und dem chinesischen Reich stehen sich Chinesen und Japanern gegenüber. Eine Schlacht wird erwartet. —

Soziale Uebersicht.

Der Militarismus mit seinen Ansprüchen auf Vorderechte greift im staatlichen Zivildienst immer weiter um sich. Nach einem im „Eisenbahn-Verordnungsblatt“ vom 2. Oktober veröffentlichten Erlasse hat der Eisenbahnminister mit dem Kriegsminister eine Vereinbarung getroffen, wonach künftig aus dienstlichen Gründen vorläufig 60 Assistenzstellen des Stationsdienstes alljährlich mit Zivilsupernumeraren besetzt werden können, jedoch den Militärämtern eine gleiche Anzahl von Assistenzstellen des Abfertigungsdienstes, welche sonst den Zivilanwärtern zufallen würden, als Ersatz mehr zugewiesen werden sollen. Von den in den Staatsdienst überzuführenden Zivilsupernumeraren wird u. A. verlangt, daß sie die Prüfung zum Stationsassistenten bestanden und ihrer Militärpflicht als Einjährig-Freiwillige genügt haben, und zwar sind, wie es wörtlich in dem Erlasse heißt, „unter sonst gleichen Verhältnissen vorzugsweise solche Beamte zu berücksichtigen, welche die Befähigung zum Reserve-Offizier besitzen.“ Was die Befähigung zum Reserve-Offizier mit dem Staatsdienst zu thun hat, ist gewöhnlicher Sterblicher natürlich völlig unerfindlich.

Die Hanseatische Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung hat, wie wir bereits früher mitgeteilt, Heilanstalten für Augenkränke errichtet. Zur Zeit sind etwa 60 Personen, theils in Bade Rehburg, theils in S. T. Andreassberg, untergebracht. Die Heilerfolge sind nach der „Bremer Bürger-Zeitung“ außerordentlich günstige. Schwerkränke, bei denen eine Heilung ausgeschlossen ist, werden laut Vorschrift nicht aufgenommen. Es ist deshalb zu raten, daß der Antrag auf Einleitung des Heilverfahrens von lungenkranken Versicherten und den sie behandelnden Ärzten frühzeitig d. h. dann gestellt werden möchte, wenn das Leiden sich im Anfangszustande befindet, nicht aber erst dann, wenn der Körper bereits so geschwächt ist, daß er auch durch das hygienisch-klimatische

Heilverfahren in Heilstätten für Augenkränke das Leiden nicht mehr zu überwinden vermag. — Die Hanseatische Versicherungsanstalt ist die erste, welche ihre Mittel für den obigen Zweck planmäßig zur Verwendung bringt; schon sind ihr einige andere gefolgt; aber ihr beschäftigt sich auch schon eine zweite mit der Herstellung einer eigenen Heilstätte im Harze. Die Hanseatische Versicherungsanstalt hat damit eine Maßregel von großer sozialer Bedeutung in die Wege eingeleitet. Öffentlich findet sie dabei stets auch bei anderen in Betracht kommenden Stellen Verständnis und Entgegenkommen; namentlich ist es erforderlich, daß auch die Krankenkassen das Vorgehen der Versicherungsanstalt mit gleichem Eifer unterstützen.

Ein Landidyll. Der Herr v. Bethmann Hollweg besitzt bei Eberswalde einen großen Güterkomplex, das Rittergut „Hohenfinow“. Einen großen Theil des Bodens hat er in kleine Ackerparzellen zerlegt und verpachtet. Den Pächtern, alles kleine Leute, hat er, wie die „Eberswalder Zeitung“ mittheilt, folgenden Pachtvertrag aufgesetzt: „A. in J. hat vom Rittergute Hohenfinow folgende Grundstücke gepachtet und dafür zu zahlen: (folgt Bezeichnung der Pachtstücke und Angabe des für die einzelnen Stücke zu zahlenden Pachtbetrages.) Pachtbedingungen: Der Pächter leistet auf Bestellung in der Ernte zehn Frauenarbeitstage, der ständige herrschaftliche Arbeiter fünf Frauenarbeitstage gegen einen Tagelohn von ... Pfennig oder zahlt den doppelten Pachtbetrag. Bis zum 1. September des Pachtjahres müssen die Arbeitstage abgeleistet sein, widrigenfalls die Herrschaft die Pachtstücke mit der Ernte zurücknehmen kann.“ Dieser Tage erging seitens des Gutsherrn die Aufforderung an sie, auf dem Gute beim Kartoffelbuddeln zu helfen. Dieser Aufforderung leisteten sie nicht Folge, weil sie — so behaupten sie — in diesem Jahre bereits die erforderliche Zahl von Arbeitstagen auf dem Gute erfüllt hätten und augenblicklich auch durch die Arbeit auf ihrem eigenen Lande noch in Anspruch genommen würden. Gestern, Mittwoch, erschienen nun auf dem von ihnen gepachteten Ackerlande Leute des Herrn von Bethmann-Hollweg mit Ochsengeschirren und Pflügen und begannen das Land mit allem, was darauf stand, freuz und quer zu durchpflügen. Die junge bereits grüne Saat, die noch nicht abgetretenen Kohlflanzungen und Kartoffelfelder, alles wurde durchwühlt. Der empfindliche Schaden, den die Pächter — lauter kleine Leute — hierdurch erleiden, soll vermuthlich eine Strafe für ihren „Ungehorsam“ sein. — Wir selbst wollen uns vorläufig jeden Kommentar über die selbsterliche That dieses „Edelsten der Nation“ enthalten; die „Eberswalder Zeitung“, welche verspricht, noch mehr Aufklärung in die Sache zu bringen, bemerkt hierzu: „Hiernach hätte also Herr v. Bethmann-Hollweg in der That das Recht, den Pächtern, falls sie bis zum 1. September des Pachtjahres die 10 bezw. 5 Arbeitstage nicht abgeleistet haben, das gepachtete Land nebst Ernte abzunehmen. Nun aber behaupten die betroffenen Pächter mit Bestimmtheit, daß sie bis zum 1. September d. J. weit über die vorgeschriebene Zahl von 10 Arbeitstagen auf dem Rittergute Hohenfinow gearbeitet haben. Es ist uns nicht bekannt, wann in den vorliegenden Fällen das „Pachtjahr“ beginnt bezw. abläuft. Sollte etwa seit dem 1. September d. J. bereits ein neues Pachtjahr begonnen haben, so wäre doch der Gutsherr jetzt noch nicht berechtigt, etwaige Arbeitsverweigerung mit Wegnahme des Pachtlandes zu bestrafen. Er dürfte, nach dem Wortlaut des Vertrages, hierzu doch erst schreiten nach dem 1. September des Pachtjahres, also nach Ablauf des 1. Septbr. 1895, wenn nämlich bis dahin die ausbedungene Arbeitsleistung nicht erfüllt ist.“

Für Krankenkassen interessant ist ein Bescheid der sächsischen Regierung, welcher den freien eingeschriebenen Hilfskassen in Dresden unläufig zugänglich ist. In dieser Verordnung, welche die Stellung der staatlich approbirten Mediziner und die der Heilnärzte (Naturheilkundigen) in bezug auf das Krankenkassen-Gesetz genau präzisiert, heißt es, daß zunächst unter der im § 6 des genannten Gesetzes vorgeschriebenen ärztlichen Behandlung eine solche durch einen approbirten Arzt zu verstehen sei; ohne ausdrückliche Genehmigung des Kassenvorstandes könnten die Mitglieder auch keine andere Behandlung als durch einen approbirten Arzt verlangen. „In einzelnen besonderen Ausnahmefällen“, heißt es nun weiter, könne es der Kasse jedoch nicht verwehrt werden, zur Behandlung der Versicherten auch Nichtärzte heranzuziehen und auch in diesen Fällen die Kosten des Heilverfahrens zu übernehmen. Die Gleichstellung von approbirten Ärzten und den Vertretern der Naturheilmethoden sei jedoch in

bezug auf ihre Beteiligungen an den Kassenangelegenheiten unzulässig; den ersteren müsse zweifellos die Befugnis zur Ausstellung von Zeugnissen, Gutachten u. s. w. vorbehalten bleiben. Der behördliche Entscheid schließt: „Bei Mittheilung hiervon eröffnen wir dem Kassenvorstand, daß die ausschließliche oder überwiegende Behandlung der Versicherten durch Naturheilkundige (Nichtärzte), sowie die Anerkennung der von diesen über den Gesundheitszustand, die Erwerbsfähigkeit oder Unfähigkeit der Versicherten ausgestellten Zeugnisse Bestrafung nach sich zieht.“

Versammlungen.

Die Doylott-Versammlungen in Rixdorf erfreuten sich eines guten Besuchs. In der Versammlung in Dirling's Sälen, Knefbedstraße, referirte Genosse Wille. Die Versammlung bei Kummer, Berlinerstraße, nahm einen äußerst imposanten Verlauf, und hier hatte der Genosse Taterow das Referat übernommen. In beiden Versammlungen gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme.

In Charlottenburg referirte vor einer recht gut besuchten Versammlung der Genosse Fischer in dem Lokale „Bismarckhöhe“. Die zweite Versammlung tagte in Triefethaus Salon. Hier referirte der Genosse Wagner vor einem Zuhörerkreis von ungefähr 800 Personen.

Die Versammlung für Weissensee tagte unter dem Vorsth des Genossen Gerkenberger. Unter lebhafter Zustimmung legte hier der Genosse Hansen den Anwesenden das rücksichtslose Gebahren der Brauereibesitzer dar, und stimmte die Versammlung am Schluß einstimmig der Resolution zu.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 17. Oktober. Die die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, hat die Untersuchung wegen der Unterschleife des Stadtkassiers Fischer ergeben, daß die Unterschlagungen bereits im Jahre 1887 sich auf 700 000 M. belaufen.

Paris, 17. Oktober. Wie die „Erfassette“ meldet, enthält das Ultimatum, welches Lemire de Villers in Tananarivo überreichen wird, folgende Forderungen: 1. Anerkennung des effektiven Protektorats Frankreichs mit allen seinen politischen und diplomatischen Konsequenzen; 2. Bildung einer dauernden französischen Garnison in Tananarivo, und 3. Antwort auf die Forderungen innerhalb spätestens acht Tagen. Das Blatt fügt hinzu, Frankreich lege voraus, daß die Howas sich diesen Forderungen widersetzen werden; für diesen Fall sei eine Expedition bereit.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Wien, 17. Oktober. Heute Nachmittag fand beim Ministerpräsidenten eine Konferenz der Klub-Obmänner über die Wahlreform statt. Sämmtliche Minister nahmen an der Besprechung Theil.

Budapest, 17. Oktober. Der Abgeordnete Pazmany brachte im Abgeordnetenhaus eine Interpellation über die französischen Weinzölle ein.

Brüssel, 17. Oktober. Die Liberalen saßen den Beschluß, die Forderungen der Sozialisten, welche dieselben dafür geltend machten, wenn sie am Sonntag ihre Stimmen für die Liberalen abgeben, abzulehnen.

Paris, 17. Oktober. Das „Echo de Paris“ berichtet, die Expedition nach Madagaskar setze sich aus drei Brigaden zusammen, die unter Befehl von zwei Infanterie-Generälen und einem hohen Marine-Offizier stehen. „Erfassette“ meldet, das Ultimatum an die Howas-Regierung enthalte folgende Bedingungen: Anerkennung des französischen Protektorats über Madagaskar mit allen politischen Konsequenzen, sowie die Errichtung einer französischen Garnison in Tananarivo. Die Howas erhalten acht Tage Bedenkzeit.

Rom, 17. Oktober. Sofort nach der Rückkehr Crispi's aus Neapel wird der entscheidende Ministerrat behufs Lösung der Finanzfrage abgehalten. Alle Minister werden in demselben die in ihren Ressorts vorzunehmenden Ersparnisse bekannt geben.

London, 17. Oktober. Wie aus Port-Said gemeldet wird, haben die meisten der ausländischen Kanalarbeiter ihre Heimkehr verlangt.

London, 17. Okt. Einer „Times“-Meldung aus Petersburg zufolge sind sechs Schiffe der „Freiwilligen Flotte“ nach Wladivostok abgegangen.

klar darüber geworden sein, daß die Fabel vom Konsul Tzschde, der sich unglücklich als Großbourgeois und glücklich in kleinen Verhältnissen fühlt, im Zeitalter der großkapitalistischen Akkumulation wenig innere Wahrscheinlichkeit hat.

Deutsches Theater. Zwei Jahre hat sich Ludwig Fulda Zeit gegönnt, um sein Lustspiel „Kameraden“, das am Dienstag im Deutschen Theater zum ersten Male aufgeführt wurde, anzureisen zu lassen. Als der greise Nibelungen-Barde Wilhelm Jordan einst mit geheimem Grauen gewahrt hatte, wie Ludwig Fulda, der Schwächliche, umfingende, revolutionäre Gedanken in der Luft Berlins in sich aufnahm, — in homöopathischen Formen natürlich, täglich verdünnt, — da griff Jordan in die Saiten und klagte herbeiwiegend: Ludwig, sehr beim zu den Deinen, es sei Dir alles vergeben! Wilhelm Jordan mag erleichtert aufatmen, Fulda ist heimgekehrt. Sein Nebelblut war niemals beiseitgerückt, selbst damals nicht, als er seiner eigentlichen Natur Dramen wie „Die Sklavin“ und „Das verlorene Paradies“ abtrug. In gewissem Sinne ehlicher teilt Fulda mit seinen „Kameraden“ auf die Bühne. Hier hat er den Weg zur beschaulichen Philistrosität wiedergefunden, von der er ausgegangen war. Hier braucht der Speichbürger, dem im Grunde die Welt des Neuen von jeder geheimen Widerwillen verurtheilt, nicht zu thun als spielte er, wie ein Herkules mit Zentnergewichten. Ludwig Fulda ist der alte behagliche Herr geworden, der, als er noch Jüngling war, schon die feinsten Komödie von der wilden Jagd schreiben konnte, der stillvergönnt lächelt, idyllischen Frieden in der niemals beschwerlichen Brust und anruft: Oh Herr, wie ist die Welt so schön, wenn man genug Moneien hat! Der langen Reihe, die mit der Geißel der Satire gegen die moderne Anklageliteratur dreinschlagen, schließt sich auch Ludwig Fulda an. Er spricht zu Max Nordau, dem Prediger der Herrenrechte, und zu Wilhelmsch, dem Dichter des „Heiligen Lachens“: Nehmt mich auf in Euren Bund und verschämt kokettirt er noch mit den Schönthans und Kadelburg's. Der Kampf der Spötter gegen geistige Umwälzungen wird sicherlich keine starken Spuren hinterlassen, wenn er mit dem Rißzeug der Fulda und Genossen geführt wird. Alle Achtung vor jedem ganzen Kerl, und wenn er der reaktionäre Mensch der Welt wäre. Aber arme Kerlchen, die einen Philosophen todtschlagen glauben, wenn sie irgend ein Weibchen schildern, das von den Lehren dieses Philosophen genascht und sich dabei den Magen verdorben hat, mag man ruhig laufen lassen. Es lohnt sich nicht erst, mit ihnen im Ernste anzubinden. Herrn Fulda sei Dank gesagt für seine Offenheit. Er gehe getrost nach rechts Herr Braun, einst ein Mitstreiter im Kampf um moderne Ideen, möge ihn geleiten; und zieht es zum Linken hin. Ach, ein Theaterdirektor hat's schlecht! Mit dem Augenblick, da man Unternehmer wird, zerrinnen die kostbarsten Ideale, wie Schnee in der Märzsonne. Publius besteht und der Theaterdirektor gehorcht, wie ein Schmiedelames Hündchen, und das Publikum des Deutschen Theaters bejubelt die dicksten Speichbürgerlichkeiten seines vielgeliebten, nach mancherlei Wanderfahrten in den Freigärten der Modernen heimgekehrten Fulda.

Ein böser Deuchler und Komödiant ist der Literat Dr. Egon Wulff. In ihm steht die gute Frau Thella Hildebrandt auf, wie zu einem „Uebermensch“. Sie glaubt an ihn und seine

Schriften und völlig läßt sie sich von ihm zur bedeutenden, zur modernen Frau erziehen. Mit anderen Worten, sie versteht das Vbrassengebimmel Wulff's nicht, der ihr eintredet, sie habe das Recht, ihre Individualität auszuüben, um sie, deren schwachen Verstand er lemt, zu verführen. Wichtig ist es ihm geblüht, Thella dahinzubringen, daß sie ihrem Manne, dem brauen Teppichhändler Otto Hildebrandt durchgeht. Was soll die Empirizipante auch bei dem trockenen Philister? Aber Otto ist ein Kernmenschen. Ein heiteres Gemüth, ein Mann von Herz. Seine Arbeiter verehren ihn und nennen ihn Papa und für die Roth hegt er hundertfachen Mitleiden, das beweist er, der herrliche, indem er Mitglied von hundert Wohlthätigkeitsvereinen ist. Echter Fulda, gerechter, barmherziger Fulda! Während Thella die Schweregans, immer über das Weltelend greint, trodnet er zu Weimachten als Vorhänder des Regels- und Wohlthätigkeitsclubs. „Immer vergüht“, die Thronen naechter, ärmster Kinder. Thella ist in Karsten's Pension gezogen und während Otto versucht, sie heimzuführen, lernt er sein eigentliches Lebensglück kennen, die innerlich frohe, immer zufriedene Lehrerin Karsten, die vom Vater das Talent zum Glücklichsein geerbt hat. Otto verläßt seine närrische Thella, die in die weite Welt geht. Gertrud wird sein richtiger Lebenskamerad; und Dr. Wulff ist um den Lohn seiner Mühe gleichfalls betrogen. Denn Frau Thella hatte nicht einmal das Temperament zur Sünde befehen. Sie war zu wohlwollständig dazu und zu pbelegmatisch. — Geipielt wurde das Lustspiel ganz vortreflich, und Frau Soreur (Gertrud), Herr Reichert (Wulff), der in der äußeren Erscheinung wohl gefälliglich an den Schriftsteller Hermann Bahr erinnerte und Herr Nissen (Otto) verdienen ein dreifaches Bravo!

Das Théâtre Libre in Berlin. Im Residenz-Theater hat am Montag das Théâtre Libre des Herrn Antoine seine Gastvorstellungen begonnen. Das ist ein interessantes Unternehmen und man braucht Herrn Antoine und den Seinen nicht erst ein Kompliment darüber zu machen, daß sie es wagten, nach Preussens Hauptstadt zu kommen. Die Pariser Wäulhelden und Chausvins bedeuten nicht Frankreich; wer sich ihren Lehren und Scheltworten beugt, ist kleinlich und feige, wir ihrer nicht achtet, ist darum noch kein Held an Muth und Kühnheit! Herrn Antoine und seine Schauspielerschaar hat es gedrängt, ihre Kraft nach dem Ausland zu tragen; das ist begreiflich; hat das Ausland doch von den künstlerischen Anregungen, die von der freien Bühne zu Paris ausgegangen waren, manches Bedeutsame geschöpft; und nicht zum wenigsten Berlin, das bald nach der Gründung des Herrn Antoine selbst seine freie Bühne entstehen sah. An der Seine wie an der Spree hatten die freien Bühnen das flodende, künstlerische Leben wieder in frischen Fluß gebracht; man mag sonst über das Wirken der freien Bühnen denken, wie man wolle. Was Herr Antoine zu schaffen vermochte, das zeugt von außerordentlicher Energie. Er war ein kleiner, jugendlicher Beamter mit einem Jahresgehalt von 1800 Franks, als er im Jahre 1887 daran ging, gegen die verstaubten Jöpfe, die in Paris das Regiment auf dem Theater führten, durch die That zu protestiren.

Längst nicht mehr hatte das Pariser Theater mit der umgewandelten Weltanschauung mit der neu gewonnenen Lebenserkenntnis Schritt gehalten. Lediglich der „Salon“ der „Bornehmen“, der Rentenbesitzer oder das Boudoir der gut fontenirten Maitresse bildeten den Inhalt der dramatischen Aufführungen. Der Wit, das Spiel mit den mannigfaltigen Variationen e in es Grundstoff, vornehmlich des Ehebruchs, hatten vordringlich die Werte poetischer Erfindung, wärmerer Lebensbeobachtung verdrängt. Dagegen lehnte sich Antoine's Unternehmen auf; und weil er so unermüdlich daran arbeitete, daß der rege geistige Horizont, der im Pariser Schablonendrama in der Tragik, wie in der Posse, im Pathos, wie in der Ironie, nicht über die „feine Lebenswelt“ reichte, erweitert werde, gewann er so merkwürdig überraschenden Erfolg. Neben dem künstlerisch-technischen Moment, neben dem Bestreben, die französische Bühnensprache von der geschräubten Höhe zu schlichter Natürlichkeit zurückzuführen, wirkte da unzweifelhaft ein soziales Moment mit. Proletariat wie Kleinbürgerthum meldeten sich zu Worte. — Einen Zylus von zehn Vorstellungen will Herr Antoine in Berlin veranstalten. Die erste Aufführung am Montag war nur als Probeversuch zu betrachten. Die Pariser Künstler brachten eine Komödie von Frieuz „Blanchette“ zur Aufführung. Das Stück ist durchaus kein Muster seiner Gattung. Züge von echter Lebensbeobachtung vermengen sich mit theatralisch-empfundener Spielereien.

Der Bauer Rouffet pocht prohlig auf seinen Besitz. Er läßt seine Tochter besser erziehen, sie gewinnt sogar das Diplom als Lehrerin. Aber da Blanchette trotz dem Diplom keine Stellung erhalten kann, — der Jubrang von weiblichen Lehrkräften ist zu groß, — da murret der Bauer Rouffet. Das schöne Geld, das für die Erziehung seines Kindes ausgegeben ist, trägt nicht so rasch Früchte, als er erwartete. Das ärgert den brutalen Filz. Es kommt zu Mißthätigkeiten und zu rüden Szenen. Vater und Tochter verstehen sich nicht mehr. Sie, die Gebildete ist ihrer Heimath entwachsen; darin erinnert das Stück an Sidermanns „Primath“. Der Bauer Rouffet kennt nur den Standpunkt des Profitablen. Als seine Tochter einmal dem Vater und der Mutter Rouffet, die zugleich eine Bauernschänke halten, vorwirft: Aber Ihr treibet doch Euren Kunden zu viel an, das ist Betrug, da antwortet man ihr im naiven Egoismus: das ist Handel und Wandel so. Basta! Das Verhältnis wird immer unleidlicher und Blanchette flieht aus dem Elternhause. Sie eilt nach Paris, um dort mit der großen Armee der Verkommenen gleichfalls vom Schmutz verschlungen zu werden. Weit mehr als der literarische Werth des Stückes fesselte die Schauspielkunst der Gäste. Sie wirkt mehr durch die Kraft fleißigen durchaus ethischen Strebens, als durch hinreichende Genialität. Wie man so gar nicht nach dem Publikum hinspielt, wie man die herbe, robuste Bäuerlichkeit auf der Bühne so gar nicht zu verschönen oder zu ironisiren trachtet, wie man mit Ernst auch kleine Episoden ansaßt, das ist rühmendwerth und hat das Publikum, das anfangs läbl sich verbielt zu lebhaftem Weisfall angespornt. Herr Antoine (Rouffet) ist nicht nur ein Mann von Thatkraft, sondern wirklich auch ein trefflicher Schauspieler. Wie weit seine und seiner Leute Befähigung reicht, wird am Mittwoch mit der Aufführung von Jbiens „Gespensier“ klarer werden.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierbojkotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreihundert Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreihundert Mann, von denen keiner Schuld an dem Bojkott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreihundert Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisirten Arbeiter dulden, daß ein

eheloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Bojkott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Bojkott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Bojkotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Bojkott!

Die Boykott-Kommission.

Bojkottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkon, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Nischelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Mathenower Exportbrauerei-Niederlage, Joh. May, Dennhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O., Niederlage Greißwalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, G. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage E. M. Renter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermaunstr. 71a/72.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. O., Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spiekermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Marten, Bellermaunstr. 6.

Lokales.

Renommisterei. Die Kommission der Saalbesitzer Berlins und Umgegend hielt Dienstag Nachmittag im „Feldschloßchen“, Müllerstr. 142 (an der Seefraße) eine Sitzung ab, in welcher die Frage erörtert wurde, welche Stellung die Saalbesitzer nunmehr nach dem Scheitern der Einigungsversuche im Bierkriege einzunehmen haben? Der Vorsitzende der Saalkommission, Herr Hubertus Jacobi, bemerkte, nach bürgerlichen Blättern, daß auch in dem neuen Stadium, in welches der Bojkott jetzt getreten, an eine Aufhebung der Saalperre nicht zu denken sei. Eine Aufhebung der Sperre könnte den Sozialdemokraten nur Veranlassung geben, einzeln gegen die Saalbesitzer vorzugehen. Festlichkeiten würden die Arbeiter, wie schon von einzelnen Vertrauensmännern erklärt worden, in diesem Winter doch nicht abhalten, weil sie das Geld zu Unterstützungszwecken gebrauchen und deshalb hätten auch die Saalbesitzer gar keine Veranlassung, ihrerseits ohne Weiteres die Saalperre aufzuheben.

Was unserer Ansicht nach für den Fall, daß die Saalbesitzer nicht gleichzeitig eine in der Bierfrage akzeptable Lösung darbieten, den Arbeitern höchst schmutzig sein kann. Wie die viermonatliche Erfahrung zeigt, weiß die Arbeiterschaft vollkommen ohne die Saalverweigerer auszukommen. Es wird daher auch die Hoffnung des Herrn Jacobi, daß die Sozialdemokraten, wenn sie den Frieden wollten, schon an die Saalbesitzer herantreten würden, auch kaum für anders, als ein Traumbild im schweren Bojkottkampf zu halten sein.

Was es mit dem praktischen Werth des hierauf gefaßten Beschlusses, die Saalperre nicht aufzuheben, auf sich hat, wird man nach allem ermeßen können.

Als die Saalverweigerer in dieser Sitzung schließlich wieder am Ende ihres Vortrags angelangt waren, beschloßen sie zum so und so vielen Male, an die wohlgesinnte Bürgererschaft die Bitte zu richten, die Saalbesitzer nach Möglichkeit zu unterstützen, insbesondere auch dadurch, daß bei denjenigen Saalbesitzern, welche sich der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt haben, keine Festlichkeiten veranstaltet werden.

Ueber diese, mit einer Verleitung zum Bojkott verbundenen Bitte wollen wir uns nicht weiter aufregen, sinnenlos wir wissen, daß die wohlgesinnte Bürgererschaft, soweit sie nicht aus geschäftsklugen Brauereibesitzern und von diesen geschäftlich abhängigen Kaufleuten besteht, sich den Teufel um das Wohl und Wehe thörichter Saalverweigerer scheeren wird!

In einem Vorort von Berlin, dessen Einwohner ebenso bekannt durch den Reichthum von flüssigem Metall wie durch ihre Geistesarmuth, trat vor mehreren Wochen der „Rath der Weisen“, auf gut deutsch „Gemeindevorstellung“ zusammen, um über eine

Vermehrung der heiligen Hermandad zu beraten. In beredten Worten schilderte einer der Weisen, ehrfurchtsvoll anzugucken, mit weißem Haupt und Barthaar (weil wie ein Müller) die Unsicherheit in unserer lieben Gemeinde, vergrößert noch durch den Bojkott der 111 Soz. Und mit einer Einstimmigkeit, die sonst ihres gleichen sucht, stimmte die übrige Schaar der Jünger einer Vermehrung der Hermandad zu. Doch

„Nach ein Führer dieser Schaar, mußte sein — das ist doch klar!“

Dem Ansehen unseres Ortes entsprechend, mußte auch ein Polizei-Inspektor geschaffen werden.

Und wie gedacht, so gethan! Holland aus aller Noth! Wie sagt doch gleich die bekannte realistische Schriftstellerin Mutter Dossen aus Krefen: „Meis Wesen lehren ja!“ Wehe dem Wirth, der es gewagt, den Ansprüchen seiner Gäste Rechnung zu tragen! — „Bojkottfreies Bier!“ — und da noch Verlängerung der Polizeistunde von 10 bis auf 11 Uhr? — Unverschämtheit! — Und genau so wie ein Wandwurm keine Freundschaft mit einem sauren Dering schließt, genau so konnten verschiedene Personen ein allerdings im grellen Noth gehaltenes Plakat, mit der bekannten Aufschrift: „Hier wird kein Ringbier ausgeschenkt! befehen. Und da sah er nun, der arme Wirth, einsam um 10 Uhr in seiner Kneipe, nachdenkend darüber, wo und von wem er am 1. des Monats Miethe und Steuern pampfen kann. Doch nicht lange ist er allein mit seinen Gedanken. Herein tritt ein Herr; ein Blick zur Wand, dann auf den Tisch, wo friedlich neben einander das „Blatt der Gratis-Extrablätter“, der „Polizeimoniteur von Berlin“ und auch der „Vorwärts“ lagen. „Was! Dieses Saublat halten Sie auch?“ Nießs und verschwand! Sprachlos stand der Arme da. Welches Blatt mag wohl der Äußerliche gemeint haben??? Endlich raffte er sich auf, schloß seine Thür, zog sich seine Schlafmütze über den Kopf und ging zu Bett. Ob er wohl träumte von einem vollen Lokal mit jungen Greisen, hübschen Damen, Musikern und Sekt? Wer weiß es? — Altes Märchen meinen Sie, lieber Freund? — O, nein — so geschah im Jahre 1894 in einem Vorort von Berlin!

Deutsche und ausländische Unternehmer im Brauergewerbe. Vertreter deutscher Brauereien waren vor kurzem in Friedrichroda versammelt, um gegenüber den „maßlosen“ Ansprüchen der gewerkschaftlich oder politisch organisirten Arbeiter, wie die banale Phrase heißt, sich zur Abwehr zu vereinigen. Man kann getrost annehmen, daß wohl mit keinem Wort ernsthaft die Frage gestreift ist, was denn die Veranlassung, der eigentliche Grund für die angeblich so hoch geschraubten Ansprüche der Arbeiter ist, wenn man sich nicht mit der billigen Redensart vom Terrorismus, Machtthel der Arbeiterklasse etc. zufrieden geben will. Für deutsche Unternehmer ist eine vorurtheilslose Prüfung von Arbeiterforderungen einfach unschicklich; aus allen Branchen lassen sich alle Lage Beispiele für diese Behauptung beibringen. Effektiv beleuchtet wird die schosse Haltung unserer heimischen Brauergößen durch den Bericht des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins über das Braugewerbe in der Schweiz für das Jahr 1893. Man braucht nur unbefangene diese Auslassung der dortigen Unternehmer mit dem pähigen, brutalen Ton der gebildeten Berliner Brauereidirektoren zu vergleichen, um zu erkennen, wie tief der Arbeiter eigentlich von den letzteren eingeschätzt wird. Einen Vergleich in bezug auf die praktische Bedeutung des hier Angeführten darf man aber um so eher ziehen, als die schweizerische Brauindustrie sich in mindestens gleich ungünstiger Lage befindet, wie die deutsche. Das bayerische Bier macht, wie leicht erklärlich, den einheimischen empfindlichen Konkurrenz. „Die Dividenden“, so heißt es in dem Bericht, geben im Allgemeinen nicht über die normale Höhe hinaus und sind zum Theil noch unter derselben geblieben. Der erbitterte Kampf, den eine maßlose Konkurrenz und die schrankenlose Ueberproduktion verursacht haben, nimmt seinen ungeschwächten Fortgang und wächst sogar noch eher an Intensität, indem kein Mittel unversucht bleibt, den Gegner aus dem Felde zu schlagen.“

Wie urtheilen diese Unternehmer, die sich jedenfalls nicht in einer so günstigen Position befinden, wie die Millionäre des Berliner Ringes, nun aber über die Arbeiter. Wir zitiren nach dem Unternehmerviertel „Schweizerische Brauer-Zeitung“:

„Die soziale Bewegung, welche die Arbeiterkreise ergriffen, hat auch auf das Braugewerbe ihre Schatten geworfen. Nach der typische, gutmüthige, an strenge Arbeit gewöhnte Braubursche ist da und dort von der Bewegung ergriffen worden. Bei den inländischen Brauereien sind ebenfalls Arbeitseinstellungen vorgekommen, es ist Lohnhöhung verlangt worden und man will von der seit Jahrhunderten im Braugewerbe traditionellen Hausverfertigung nichts mehr wissen. Freilich waren es jetzt nur

sporadische Erscheinungen, welche auch durch ein kluges, loyales Entgegenkommen von seiten der betreffenden Arbeitgeber rasch beigelegt wurden, allein es ist gleichwohl zu vermuten, daß die Gluth unter der Asche fortglühen und es nur eines kräftigen Luftzuges bedürfte, um sie zur Flamme anzufachen. Das geeignetste Mittel, dies zu verhindern, ist unkräftig, berechtigte Forderungen zu berücksichtigen und die soziale Lage der Arbeiter nach Kräften zu verbessern, so lange es hierzu noch Zeit und bevor versucht wird, diese Verbesserung auf gewaltsamen Wege zu erzwingen. Die Brau-Industrie ist ohnehin nicht in beneidenswerthen Verhältnissen, eine intensive Arbeiterkrisis würde die Beteiligten alleammt zu Schaden bringen; die Arbeiter voran.“

So sprechen verständige Leute über eine ernsthafte Frage. Bei uns, wo der „typische gutmüthige Braubursche“ in leider noch zu vielen Exemplaren zu finden ist, wird den ihr Recht suchenden Brauarbeitern statt etwaiger Gegenstände die Hungerpein entgegen gehalten. Wie viel hat unsere Unternehmerschaft noch zu lernen, ehe sie dasjenige Maß von Einsicht erlangt, das im Auslande als selbstverständlich gilt. Die Berliner Brau-Industriellen haben den traurigen Muth, sich auf ihre gemeinschädliche Haltung noch große Städte einzubilden!

Herr Köstke als — Suppenteller. In feinsinniger und sehr direkter Weise, ohne auch nur den kleinsten Ringruder Stecken zu verlegen, giebt der Berliner Bierkönig den unter seinem Oberkommando stehenden Bierführlichkeiten zweiter und dritter Garnitur in seinem Leibblatt durch die Blume zu verfehen, daß sie dem Binsle seines Feldherrnstabes nicht wann es ihnen beliebt, sondern sofort auf die Sekunde zu folgen haben. Er erzählt von einem unskillischen Service, das einer englischen Dame als Hochzeitsgeschenk überreicht wurde, und zwar schreibt er wörtlich: „Jeder Teller spielt, sobald er auf den Tisch gestellt wird, eine fröhliche Melodie. Suppenteller spielen den Marsch, die flachen Teller spielen drei verschiedene Stücke, nämlich je zwölf Teller dasselbe Stück. Die Dessertteller etc. bringen immer lustige Melodien, der „gesteigerten Stimmung“ beim Essen entsprechend. Der einzige Uebelstand ist, daß, wenn die Teller nicht auf einen Rud alle gleichzeitig hingestellt werden, sie im Takte immer auseinander sind, was den Effekt zwar erhöht, Menschen aber rasend machen kann.“

Also merkt's Euch, Ihr Suppenteller, sobald die Suppenschießel auf den Tisch kommt: Klapp! auf einen Rud hingestellt! Sonst — ja sonst fürchtet die Rache des rasenden Richard!

Die Pflicht der Arbeiterschaft zum Bojkott wird von der gut bürgerlichen „Vossischen Zeitung“ in einem Artikel anerkannt, den sie über die Mißstände in der Charitee bringt. Der Neubau der Charitee, so meldet sie, der seit Jahrzehnten verlangt wird, wird jetzt ernstlich vorbereitet. In Fluß gebracht wurde die Frage durch die Sperre, die von den Sozialdemokraten über die Charitee verhängt wurde. Im Verlaufe der Verhandlungen, die infolge der Sperre bei den zuständigen Behörden gepflogen wurden, trat augenscheinlich zu Tage, daß die Mißstände in der Charitee im wesentlichen darauf zurückzuführen sind, daß die Räumlichkeiten für die gewöhnliche Belegung der Charitee viel zu gering sind. Unter andern gab sein Urtheil in diesem Sinne Professor Stadner ab, der im Auftrage des Kultusministeriums die baulichen Verhältnisse der Charitee untersuchte.

Ohne den Bojkott hätte es wahrscheinlich noch einige Jahrzehnte gedauert, bis man in maßgebenden Kreisen den Umbau der Charitee näher getreten wäre; der bürgerlichen Gesellschaft allein fehlte es sowohl an Initiative als auch an Interesse zur Durchführung dieser so notwendigen Maßregel.

Große Sorgen macht dem Proletariat Berlins in diesem Herbst die Kartoffelfrage. Die Kartoffeln haben zum großen Theil unter der Waffe des Sommers gelitten; sie sind daher vielfentheils unbrauchbar und verbreiten beim Kochen oft einen so widerlichen Geruch, daß sie schon aus diesem Grunde ungenießbar und ekelhaft sind. Wir mühten aber nicht im kapitalistischen Gegenwartsstaat leben, wenn nicht auch die Kartoffeln noch pflügigen Profitwütherrichen prächtige Gelegenheiten böte, mit dem Hauptnahrungsmittel des arbeitenden Volkes Schwindel und Betrug zu treiben. Von Hausirern wird ein wohlangelegter, planmäßiger Schwindel mit Kartoffeln getrieben; sie bieten eine leidlich gute Waare probeweise an zu einem mäßigen Preise und empfangen dann größere Bestellungen, die sie natürlich in schlechter Waare ausführen. Es kommt vor, daß solche Händler das schlechteste Zeug von den Bandleuten kaufen, das diese ihrem

Wird nicht zu füttern geben. Dieser Abgang wird dann mit andern Kartoffeln gemischt und muß von armen Berliner Familien theuer bezahlt werden. Bei den großen Massen, in denen die Oelstein und Bechen für die Zwecke der Spiritusgewinnung Kartoffeln bauen, ist gar nicht zu bezweifeln, daß es an guten Speisekartoffeln nicht fehlt; aber es hat sich zum Schaden gerade der ärmeren Bevölkerung eine solche Unsolidität im Kleinhandel mit Kartoffeln entwickelt, daß es zur Zeit ein Wunder ist, wenn man einmal das Nahrungsmittel, auf das der Proletariat leider bei den Hungerlöhnen, mit denen er abgepeißt wird, hauptsächlich angewiesen bleibt, in genießbarer Qualität erhält.

Wid wann muß der entlassene Reservist sich einen neuen Anzug erarbeiten haben? Ein kürzlich aus der Ferienkolonie heimgekehrter Reservist hatte bislang trotz eifriger Bemühungen noch keine Arbeit erhalten können; ein Faktum, das einen Sterblichen aus dem ordinären Stande der Zivilisten kaum weiter verwundern dürfte. Auch der weitere fatale Umstand, daß der mittellose Reservist aus diesem Grunde immer noch mit der Uniform, die ihm gnädig aus der Ferienkolonie mitgegeben war, die Blöße seines Körpers bedecken mußte, dürfte den Leuten ohne militärische Bildung kaum besonders auffallen.

Anders scheint sich die Welt jedoch in den Köpfen derer zu malen, die, aller zivilisatorischen Sorgen entriekt, ihres militärischen Amtes als „Volkserzieher“ und „Stellvertreter Gottes“ walten und immerdar in des „Königs Rock“ einher schreiten dürfen. Denn der Arbeit- und mittellose Reservist erhielt am 12. d. Mts. ein Brieflein von seinem früheren Herrn Feldwebel zugesandt, das wir seines in sozialpolitischer Hinsicht höchst bemerkenswerten Inhalts wegen hier abdrucken wollen. Der Herr Feldwebel schreibt:

Auf Befehl des Herrn Hauptmanns theile Ihnen mit, daß die Kompagnie die baldige Rücksendung der in Ihren Händen befindlichen Sachen erwartet und Sie für den guten Zustand der besseren Garnitur, die Sie ausdrücklich nur zur Reise mitnehmen haben, verpflichtet macht. Wenn Sie es sich jezt der Kompagnie melden, daß es Ihnen nicht möglich gewesen ist, durch Arbeit zur Erwerbung eines Anzuges zu kommen, dann ist dieses sehr spät. Sie müßten gleich, nachdem Ihre Bemühung um Arbeit erfolglos war, der Kompagnie dieses mittheilen, damit Ihnen zum Arbeiten, bezw. zu anderem Gebrauch ein Anzug schlechterer Garnitur nachgeschickt wäre.“

So der entrückte Feldwebel, dem jedermann darin beipflichten wird, daß es wirklich ein Skandal ist, wenn ein Reservist innerhalb voller 14 Tage nach seiner Entlassung nicht einmal imstande ist, zu melden, daß er die kumpigen 40 oder 50 M. zu einem Zivilanzug durch Arbeit erworben habe.

Wahrscheinlich ist der Kerl ein faulenzender Sozialdemokrat und Theiler.

Philisterorgeln. Den Hausbesitzern in der Hasenheide paßt mit einem Male der Name nicht mehr, den ihre Straße trägt. Wer die Hasenheide nicht kenne, der mache sich, nicht zum Vortheil der dort Wohnenden, ganz irrthümliche Vorstellungen (!) von dieser schönen Gegend, so meinen die guten Leute, die vor Langeweile nicht wissen, was sie anfangen sollen. Es freiten sich nunmehr zwei Parteien darüber, ob man die Hasenheide nach dem kürzlich verstorbenen Philister Helmholz oder nach dem Nordbrenner Gustav Adolf benennen solle. Unseres Erachtens liegen die Verdienste des Schwedenknigs ein bißchen weit in der Weltgeschichte zurück. Wenn man einmal ein Ereignis voll echt vaterländischen Ruhmes mit der schönsten Straße im Süden der Stadt verknüpfen will, so schlagen wir vor, sie zum Andenken an die neuere Heldenthat des 18. Januar 1894 G u m m i s c h l a u c h - S t r a ß e zu benennen.

Polizei, Kanarienzucht, Volksgesang und Sozialdemokratie. Am Sonnabend wurde, wie wir nachträglich erfahren, unser Parteigenosse A. Schmidt, Schulstraße 104, höchst angenehm durch den Besuch einiger Herren von der politischen Polizei in Anspruch genommen. Die Herren orientirten sich angelegentlich über die häuslichen Verhältnisse Schmidts und jagten, nachdem sie von ihm herzlich Abschied genommen hatten, mit folgendem Gegenstande, die sie aus dem Besitze unseres Genossen zum Andenken ausgeführt hatten, (süßes auf's Polizeipräsidium: 1. Verschiedene bedruckte Zettel und Formulare, den Austritt aus der Landeskirche betreffend. 2. Zwei Lieberbücher. 3. Einige Bücher, in denen Schmidt sich Notizen über die mit Umsicht und Erfolg von ihm betriebene Kanarienzucht gemacht hatte. In wie weit diese Sachen die Polizei interessieren, konnte Schmidt nicht erfahren.

Krähwinkelfiges. Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins im Osten Berlins hatte unterm 19. v. Mts. beim Polizeipräsidium den Antrag gestellt: „Die Polizeistunde für die im Osten belegenen Schauffolale generell bis 12 Uhr Nachts zu verlängern.“ Daraus ist jezt folgendes Antwort-Schreiben eingegangen: „Dem Haus- und Grundbesitzer-Verein wird auf die Eingabe ergebnislos folgendes erwidert: Erst unterm 16. März d. J. hat der Minister des Innern die Anträge verschiedener Schauffolalvereine auf Verlängerung der für Berlin auf 11 Uhr Abends festgesetzten Polizeistunde bis 12 Uhr Nachts abgelehnt. Mit Rücksicht darauf kann auch dem Antrage des Vorstandes, die Polizeistunde für die im Osten belegenen Schauffolale generell bis 12 Uhr Nachts zu verlängern, keine Folge gegeben werden. Die eingehenden Anträge auf Verlängerung der Polizeistunde werden hier eingehend geprüft und es wird bei anständigem Verkehr und guter Geschäftsführung eine Verlängerung der Polizeistunde gewährt. Königl. Polizeipräsidium, Abtheilung II. ges. Feder.“

Wird das Café Red u. c., woselbst die Prostitution sich öffentlich feilbietet, auch unter die Lokale gerechnet, in denen ein anständiger Verkehr herrscht?

Das Elend im Rangwerbe spiegelt sich, wenn man der Mittheilung eines Berichterstatters trauen darf, auch in der Lehrlingskassette der Zunungen wieder. Zunächst sei die Zahl der in dem Oktoberquartal eingeschriebenen Lehrlinge äußerst gering. Niemand wolle einen Lehrling annehmen, weil er keine Aussicht habe, ihn dauernd beschäftigen zu können. Ferner sei die Zahl der Schüler in der Fachschule für Maurer und Zimmerer so gering, wie seit vielen Jahren nicht, was darin seine Erklärung finde, daß die auswärtigen Gesellen schon jezt Berlin zum großen Theil verlassen hätten und Lehrlinge, wie gesagt, in sehr geringer Zahl eingeschrieben seien.

So der Berichterstatter. Die Arbeiter werden am ehesten das Elend der weinfrühtenden Schusterlehrlinge im Bougemerode gemahrt, wenn sie ihre paar hauer verdienten Pfennige vergeblich vor dem Gewerbegericht eintragen müssen.

Die Untersuchung gegen die Unteroffiziere der Ober-Feuerwerker-Schule hat der „Post“ zufolge dadurch noch größere Dimensionen angenommen, daß man nicht nur den einen Fall des zur Verhaftung führenden Disziplinarvergehens, sondern die gesammten allgemeinen Verhältnisse ins Auge faßt, wie sie im Laufe der Jahre sich an der Schule entwickelt haben. Es müssen zu diesem Zwecke auch zahlreiche Offiziere vernommen werden, die früher zu der Ober-Feuerwerker-Schule kommandirt gewesen sind. Es wird also noch einige Zeit vergehen, bis es der Untersuchung möglich sein wird, volle Klarheit über den Vorgang und die Zustände zu schaffen, in denen man die Wurzel des Uebels zu sehen meint.

Eine Verächtlichmachung der königlich preussischen Sozialreform? Das Berliner Tageblatt schreibt: „In der königlichen Munitionsfabrik zu Spandau hat eine Lohnherabsetzung stattgefunden; der Stundenlohn ist um 5 Pf. gekürzt worden, so daß die Handwerker jezt statt 5 M. täglich 4 M. 50 Pf. bei zehnstündiger Arbeit verdienen. Das von dieser Maßregel betroffene Personal hat beschlossen, wegen der Lohnreduktion beim Kriegsministerium vorzugehen.“

Wir können die Nichtigkeit dieser Mittheilung jezt nicht

kontrolliren; falls sie aber, was uns zu glauben schwer fällt, wahr sein sollte, so würde sie eine eigenhändige Ergänzung zu der von Herrn Direktor Bahn im Feuerwerks-Laboratorium gegebenen Zusicherung bilden, daß die Befürchtung der Arbeiter, daß bei einer Vermittelung der Direktion in Sparangelegenheiten ein erfolgreiches Sparen zur Herabsetzung des Arbeitsverdienstes führen würde, grundlos sei, und daß für die Direktion keine Veranlassung vorliege, unter die festgesetzten Stücklohnpreise hinunterzugehen, da sie ein lebhaftes Interesse daran habe, daß die Arbeiter wirtschaftlich vorwärts kommen und ihr Verdienst so bemessen bleibt, daß dies möglich ist.

Diese Erklärung ist bekanntlich erst vor kurzer Zeit (siehe Nr. 221 des „Vorwärts“) vom Direktor Bahn gelegentlich der Anregung zum Wettsparen abgegeben worden.

Eine so feierliche Versicherung bricht man nicht von einem Tag zum andern, und wir erwarten daher, daß von der Direktion oder auch aus Arbeiterkreisen heraus ein geharnischter Protest gegen die Verächtlichmachung des „Tageblatt“ kommen wird.

Oder ist, was für die Stücklohn-Arbeiter in königlichen Musterbetrieben recht, für die Stundenlohn-Arbeiter nicht billig?

Ein großes Scheuerfest gab es am Mittwoch Morgen im Norden der Stadt. An zahlreichen Häusern und Häusern zeigte sich in geschmackvoller rother Schrift die sehr bedauernde Mahnung: Arbeiter, trinkt kein Boykottbier! Diese rothe Aufforderung paßte der Polizeibehörde aber nicht in den Kram und es mußte daher mit lebhaftem Eifer geschewert werden, um die Flammenworte, die Kolbde in der Nacht hingezaubert hatten, wieder zu entfernen.

Ein sehr betrübender Unglücksfall, dem wahrscheinlich ein Vater und vier Kinder zum Opfer gefallen sind, hat sich am letzten Sonntag ereignet. Der Lederhändler G. P. Rothgardt verließ am Sonntag in Begleitung seiner vier im Alter von 11, 9, 7 und 5 Jahren stehenden Kinder seine Wohnung unter der Angabe, einen Spaziergang zu machen, ist aber nicht in seine Behausung zurückgekehrt. Dagegen ist die Leiche des fünfjährigen Knaben bei Jinkenwerder an den Strand getrieben worden. Es wird angenommen, daß der unglückliche Vater mit seinen vier Kindern eine Ruder- oder Segelpartie unternommen habe, bei der die ganze Familie verunglückt sei.

Ein Krüppel veranlaßte gestern Abend an der Jannowbrücke einen unerschuldeten Anlauf. Um diese Zeit passirten in tiefstem Gepräch versetzt, zwei feingekleidete Herren die Brücke von der Holzmarktstraße her, wobei der eine der Herren über jenen Krüppel stolperte, der, bedängt mit verschiedenen Kriegsmedaillen, sich an dem Brückengeländer hingesezt hatte, um durch seinen Feierlichkeiten die Güte seiner Mitmenschen in Anspruch zu nehmen. Jener Herr erging sich nun, anstatt um Entschuldigung zu bitten, in Barmhertzigkeiten aller Art und suchte vergeblich nach einem Schutzmantel. Einige Arbeiter, welche dem Treiben mit zugesehen, nahmen aber nun durch derbe Nebenarten Partei für den hilflosen Menschen, und die beiden feinen Herren, denen wohl angesichts der drohenden Haltung der Menge Böses ahnte, entsogen sich durch eine gerade des Weges kommende Drofsche den Blicken des Publikums.

Durch einen Fehltritt auf der Treppe kam in der Nacht zum Mittwoch der 27 Jahre alte Magistratssekretär Adolf Neumann derartig unglücklich in einem Hause der Potsdamerstraße zu Fall, daß er, bevor noch der Krankenwagen herbeigeschafft werden konnte, bereits aus dem Leben geschieden war. Er hatte die Wirbelsäule gebrochen. Der Fall ist um so betrübender, als Neumann der einzige Sohn seiner in der Blücherstraße 15 wohnenden Mutter war, die er ernährte.

Verschunden ist seit kurzem der 27 Jahre alte Postschaffner Max Bern, der aus Breslau stammt und hier verheiratet ist, ohne daß die Putzmeister 11 wohnende Ehefrau bisher irgendwelchen Anhalt zur Ermittlung des Verbleibs hat finden können. Wenn hat blaue Augen, blondes Haar und einen blonden Schnurrbart, ist 1,70 M. groß, am linken Fußgelenk etwas steif, hat eine große Nase und trug jezt einen dunklen Zivilanzug, Schnürschuhe und einen schwarzen Filzhut.

Unbekannt geblieben ist bis jezt das Mädchen, das sich am 11. d. Mts. in der erst kurz vorher bezogenen Wohnung bei der Witwe Rogge in der Dersauesstr. 24 durch Anlegen eines Brandes erstickt und anscheinend auch noch vergiftet hat. Es scheint daher, als ob es sich um eine fremde hier zugereiste Frauensperson handelt.

Polizeibericht. Am 15. d. M. Abends fiel am Engel-Ufer ein Mann vom Borderrand eines Pferdebahnmögens, gerieth unter die Räder und wurde am Fuß bedeutend verletzt. — Am Friedrich-Karl-Ufer fiel ein Mann in die Spree. Er wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — Am 16. d. M. fanden vier kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 17. Oktober 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (p. C. = 9/5 F.)
Swinemünde	760	SW	3	halb bedekt	4
Hamburg	763	W	3	wolklos	2
Berlin	762	WSW	2	wolkig	4
Wiesbaden	763	N	2	bedekt	7
München	764	O	1	Nebel	1
Wien	763	WS	2	bedekt	6
Saparanda	747	OED	6	Schnee	-1
Petersburg	754	EO	1	bedekt	-1
Cort	768	N	3	wolklos	6
Aberdeen	764	WS	3	wolkig	7
Paris	765	NO	1	bedekt	2

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 18. Oktober 1894. Köhler, veränderliches, vorherrschend wolkiges Wetter mit Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Ein preussischer Gendarm. Vom Landgerichte zu Bentzen O/S. ist am 8. Juni der frühere Gendarm und jeztige Strafanstalts-Aufseher Louis Nichte wegen Körperverletzung im Amte zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt worden. Er saß als Gendarm eines Abends mit dem Gemeindevorsteher im Gasthause zu M., als der Kunstgärtner B., der dort logirte, aus Versehen im Neglige in das Zimmer trat. B. wollte sich vom Wirth ein Gerath erbitten und war nun etwas betreten, als er die beiden Respektspersonen unerwartet vor sich hatte. Nichte, dem gerade vorher ausgegeben war, recht sorgfältig den Dieben nachzuspüren, vermuthete in dem nothdürftig bekleideten Manne einen Dieb. Er schlug den Mann ohne weiteres mit der Faust ins Gesicht, so daß derselbe die Treppe hinunterfiel und liegen blieb. Als B. bald danach wieder hinauf kam, stieß er ihm die Faust in die Zähne, daß er zu Boden fiel, auch zog er seinen Revolver und drohte, ihn todzuschießen. B. war vier Monate krank. — In seiner Revision beschwerte sich der Angeklagte darüber, daß ein Zeuge nicht vernommen worden sei; außerdem behauptete er, B. habe ihn beschimpft und er habe sich deshalb in Nothwehr befunden. — Das Reichsgericht verwarf heute die Revision als unbegründet.

Auf fromme, kirchliche Gemüther dürfte ein Fall, der einige zu gottgeräthigen Dienst abgerichtete Kinder betraf, nicht gerade sehr erbaulich wirken. Vier jugendliche Mitglieder der Kurnde waren gestern vor das Schöffengericht geladen und erfüllten einige Zeit lang das Sitzungszimmer mit sehr unmisslichen Klagen. Die vier Burken waren des Diebstahls angeklagt. Bei ihren Sängerehren von Haus zu Haus hatte in einem Hause ein Bijouterieladen ihre Aufmerksamkeit erregt, dessen Schaufenster eine große Anzahl von Taschenuhrwerken enthielt. Einer von ihnen hatte bald entdeckt, daß diese schneidigen Schätze nicht weit von einem durch die äußere Wand nach dem Schaufenster führenden Lustloch malerisch gruppiert waren und nun machten sich eines Tages die vier Burken daran, mittels eines krumm gebogenen Drahtes die Schätze zu heben, d. h. die Messer durch das Lustloch hindurch zu bugstren. Der Versuch glückte und die kleinen Missethäter konnten eine ganze Anzahl von Messern unter sich vertheilen. — Mit Rücksicht auf ihre Jugend und ihre Neue bestrafte sie der Gerichtshof nur mit einem Verweise.

Was ist Kaffeefahrt? Die 188. Abtheilung des Schöffengerichts hatte sich gestern mit der Frage zu beschäftigen, was unter der Bezeichnung „Kaffeefahrt“ zu verstehen ist. Der Milchhändler Wegener hatte in seinem Geschäft eine Waare verkauft, welche er Kaffeefahrt nannte, während die residirenden Beamten behaupteten, daß sie nur die Eigenschaften von Vollmilch habe. Wegener hatte sich deshalb wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz zu verantworten. Gerichtschreiber Dr. Bischoff begutachtete, daß die fragliche Fahrt nur einen Fettgehalt von 4 1/2 pCt. gehabt habe, denselben Fettgehalt erreichte auch gute Vollmilch. Auch das spezifische Gewicht sei das einer Vollmilch gewesen. Fahrt dürfe nur ein Gewicht von 11 bis 12 Grad haben, während die fragliche Waare 14 Grad gehabt habe. Auf Grund dieses Gutachtens kam das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten. Die Strafe wurde auf 10 M. bemessen.

Die Frage, ob ein Schankwirth für etwaigen ruhestörenden Lärm, welcher von einem in seinem Lokal in geschlossenen Zimmer lagenden Vereinerregt wird, verantwortlich gemacht werden kann, beschäftigte gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstante. Als Angeklagter erschien der Schankwirth Köhn. In der Nacht zum 24. Mai hielt in seinem Lokale der Theater-Verein „Proletariat“ eine seiner regelmäßigen Sitzungen ab. Es soll damals noch um 11 1/2 Uhr bei offenem Fenster im Vereinszimmer so laut musiziert worden sein, daß man es im gegenüberliegenden Hause hörte. (Schrecklich!) Das Schöffengericht hatte hierin die Erregung ruhestörenden Lärms erldict, den Wirth dafür verantwortlich gemacht und ihn zu einer Geldstrafe von einer Mark verurtheilt.

In gestrigen Termine suchte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöpf, das erste Urtheil an. Die Erregung ruhestörenden Lärms erfordere eine positive Thätigkeit, ein bloßes Unterlassen, welches hier höchstens dem Angeklagten zur Last gelegt werden könne, nämlich daß er einem Wiederöffnen des bereits geschlossenen Fensters nicht vorgebeugt habe, erfülle den Thatbestand des Gesetzes nicht. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und fällte ein freisprechendes Urtheil.

In dem Thomas-Schlackenprozeß in Dortmund ist, nach einem mit Thränen gewürzten Plaidoyer des Rechtsanwalts Sello und nach einer kurzen Vertheidigung des Angeklagten Massenez, dieser nach kurzer Verathung des Gerichtshofes freigesprochen worden. Die sehr erheblichen Kosten des Verfahrens sind der Staatskasse auferlegt. Die Begründung des Urtheils lautet: Der grundlegende Vertrag von 1882 sei auf keinen Fall für den Hörder Verein schädigend gewesen, weil er in eine Zeit falle, wo die Schlacken auf der Halde lagen und als nutzloser Ballast angesehen wurden. Der Preis müsse als hoch angesehen werden. Die zehnjährige Dauer des Vertrages sei nicht zu beanstanden, wie die Sachverständigen-Gutachten ergaben. Alle Abänderungen seien jezt zu Gunsten des Vereins vorgenommen worden. Massenez war im Konflikt allein nicht ausschlaggebend, um höhere Preise zu erzielen. Im übrigen seien die Verträge von 1886 und 1887 nicht nur Schlackenverträge. Der Werth der darin zugekauften Ausübung des neuen Patentes betrüge nach dem Gutachten der Direktoren Thielen und Spanngel 1 1/2, nach dem des Generaldirektors Holz 2 M., das glebt pro Doppelwagen Schlacken einen Gewinn von 150-200 M., welcher dem Grundpreise hinzugerechnet werden muß, so daß der Preis im Verhältnis zu anderen Werken ganz erheblich zu Gunsten Höbdes ausgefallen ist. Das Urtheil mußte daher freisprechend ausfallen.

Verfassungen.

In Nr. 239 des „Vorwärts“ vom 19. Oktober et. befindet sich unter dem Verfassungsbericht des Wahlvereins für den dritten Berliner Wahlkreis eine Bemerkung des Genossen Kleiber dahingehend, daß sich Frau Jhrer für einen Vortrag in Gremien 20 M. habe zahlen lassen. Ich erkläre diese Bemerkung für böswillige Verleumdung, da die Genossin Jhrer für jenen Vortrag, sowie für sämtliche Vorträge in unserem Kreise kein Honorar erhalten hat; auch nicht einmal die baaren Unterlagen zurückgefordert verlangt. Im Gegentheil hat die Partei namhafte pecuniäre Unterstützung von der Frau Jhrer erhalten. R. Strauer, derzeitiger Vertrauensmann des Wahlkreises Potsdam-Ostborsland.

Die freie Vereinigung der Maser und Berufs-genossen (Fiskale III) tagte am 9. Oktober. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag des Genossen Millarg. Die Ausführungen des Referenten wurden in der Versammlung allseitig zustimmend aufgenommen, und bewegte sich die Diskussion im Sinne des Referats. Eine Resolution, für die Vereinigung der Maser u. s. w. zu agitiren, dieselbe so anzubauen, daß sie allen Anforderungen entspricht, wurde angenommen; ebenso fand ein Antrag, in nächster Zeit des Sonntags eine Versammlung mit Frauen, und daran anschließend ein gemüthliches Beisammensein zu arrangiren, Annahme. Sodann wurden die Verhältnisse bei der Firma Höländer einer Kritik unterzogen. Es stellte sich heraus, daß das indifferente Betragen der Älteren Kollegen in der Firma dazu beigetragen hat, daß der Kollege wegen Verbreiten von Lügen für die aufgesperrten Brauereiarbeiter entlassen wurde. Wahre Enttäuschung riefen die Ausführungen einiger Redner hervor, die über das Verhalten der Kollegen Leip. Stroy und Genossen und ihrer Stellung zu den Bestrebungen der Arbeiter Mittheilung machten.

Freie Vereinigung der Kaufleute. Die statutenmäßige Halbjahrs-Versammlung der Vereinigung fand am 11. Oktober statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Halbjahrs-Bericht. 2. Kassensbericht. 3. Vorstandswahl. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende Albert Rohn einen gedrängten Ueberblick über die Thätigkeit des Vorstandes. Der jezt herrschende Bierbockst, das hieraus resultirende öftere Wechsel des Vereinslokals, sowie der Mangel an geeigneten Referenten, bilde gegenwärtig für die Vereinigung mancherlei Schwierigkeiten. Der Mitgliederstand ist, nachdem der Vorstand gründlich unter den säumigen Zahlern aufgeräumt hatte, auf 239 angelangt, was gegen das verfloßene Halbjahr eine keine Steigerung bedeutet. Im verfloßenen Halbjahr fanden 6 Versammlungen statt. Die Instandhaltung der Bibliothek hatte der Vorstand sich angelegen sein lassen, so daß die Bibliothek jezt 184 Bände gegen 78 Bände im April besitzt. Alsdann nahm die Versammlung den von G. Dicht vorgelegten Kassensbericht entgegen. Die Totalsumme der Einnahmen beträgt inkl. des Bestandes vom vorigen Quartal 1129,99 M., die Ausgaben be-

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe Berlins u. Umgegend.
 Freitag, den 19. d. M., Nachm. 5 Uhr,
 im Lokale des Kollegen Zubeil, Lindenstraße 106:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vierteljahresbericht des Kassiers und der Rechtschuhkommission.
 2. Erwählung des Vorstandes und der Rechtschuhkommission. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Da im November die neuen Mitglieder-Verzeichnisse herausgegeben werden, so werden die Mitglieder auf § 4 des Vereinsstatuts aufmerksam gemacht und ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 180/6 **Der Vorstand. J. A.: W. Lorenz.**

Achtung!

Gr. öffentliche Partei-Versammlung
 des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Freitag, den 19. d. M., Abends 8^{1/2} Uhr,
 in Charlottenburg, im Lokale Bismarckshöhe,
 Wilmersdorferstrasse 39.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Delegirten zum Frankfurter Parteitag.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossen aus dem Kreise ersuchen **Die Vertrauensleute.**

Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Freitag, den 19. Oktober, Abends 8^{1/2} Uhr,
 im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16:
Oeffentliche Versammlung der Delegirten.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Gewerbergerichts-Wahlen. 2. Der Bierboykott.
 3. Aufnahme einer Gewerkschafts-Statistik. 4. Der Fensterstreik der Töpfer.
 5. Gewerkschaftliches.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das pünktliche Erscheinen aller Delegirten dringend notwendig.
Der geschäftsführende Ausschuss.

Zentral-Frankenkasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) u. Studenature Deutschlands
 „Grundstein zur Einigkeit.“ Oertliche Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 21. Oktober, Vorm. 10 Uhr:
Ordentliche Mitglieder-Versammlung
 bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom 3. Quartal 1894. 2. Bericht der Revisoren. 3. Innere Kassen-Angelegenheiten. 4. Etwaige Beschwerden gegen die örtliche Verwaltung.
 Mitgliedsbuch legitimirt. **Die örtliche Verwaltung.**
 200/6 **J. A.: Wilh. Garbe, Breslauerstr. 9.**

Allgem. Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Freitag, den 19. Oktober, Abends 6 Uhr, bei Gründel,
 Brunnenstraße 188:

Versammlung.

Tagesordnung:
 Berichterstattung über den Stand der Fensterfrage.
Der Vorstand.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Freitag, 19. Oktober, Abends 6 Uhr, bei Nieft, Weberstr. 17:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Der Fensterstreik und weitere Maßnahmen zu demselben. 2. Verschiedenes.
 Da für die Gesundheit jedes Einzelnen diese Frage von größter Wichtigkeit sein muß, ist es Pflicht jedes Töpfers und Berufsgenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Friedrichsberg!

Große öffentl. Volks-Versammlung

Donnerstag, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr,
 in Schneider's Gesellschaftshaus, Proskauerstraße 38.

Tages-Ordnung:
 1. Der Bier-Boycott. Referent: Genosse Becker.
 2. Diskussion.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht **Die Vertrauensperson.**
 257/9

Rum

echt u. Façon-Bitterflasche à 1,10, 1,60, 2,—, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—.
Jugber-Likör, magenstärkend, Bitterflasche à 1,10, 1,60, 2,—.
Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft, vorzügl. Bitterflasche à 1,30.
Eugen Neumann & Co., Gz., Belle-Allianceplatz 6a.
 81, Neue Friedrichstr. 81. 8, Oranienstr. 8. 29, Genthinerstr. 29.
 121M Niederlage in Potsdam 27, Baisenstr. 27.

Sumatra, deckt mit 1^{1/4} Pfund, hell, brennt schneeweiß, per Pfund 3,30 Mark, verkauft **Carl Roland, Mariannenstraße 23.**

Altenberg's Färberei, Wägerei, Garberob.-Reinig.-Anst.,
 Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. No. 57/58, Alte Schöndorferstr. 2, empf. f. s. Färb. u. Reinig. v. Garberob. jed. Art. Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Blanzentfernung von blanzgetragenen Kammgarn-Garderoben

Buss' Salon, Gr. Frankfurterstr. 85.
 Sonnabend, den 3. und 10. November, Februar-Sonnabend Umstände halber noch zu vergeben. Montags u. Mittwochs zu Versammlungen frei.

Bereinszimmer, auch als Zählstelle! **Carl Meyer**, a. d. Stadtbahn 23 II
 zu vergeben. **Feuer-, Glas-Ver-**
C. Meckelmann, Garten- sicherung, sucht Agenten bei Gebalt,
 Straße 165. Provision, Speisen. 921E

Soeben ist erschienen u. durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-spediteure zu beziehen:
Arbeiter-
Verkehrs-Almanach
 für Berlin und Umgegend.
 Mit einem Plan von Berlin.
 Winterhalbjahr 1894/95. Preis 20 Pf.
 Verlag von Hans Baake, Berlin S., City-Passage.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
 Feinsale Likörmischung
 Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
 Likörfabrik Berlin, N. 23
 In allen Colonialwaarenhandlungen

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume** meines seit 21 Jahren bestehenden **Warenlagers:**
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portièren! Leinwandwaren!
 zu **spottbilligen Preisen** zum **Ausverkauf.**
J. Brünn
 Am Stadtbahnhof Börse. Am Stadtbahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Roh-Tabak.
 Die billigsten Preise.
Herberzeugung macht wahr.
Filiale F. Leopold,
 421b Vertreter S. Gröbel,
 Brunnenstraße Nr. 11.

Möbel-Gelegenheitskauf
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderstühle u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtisolen, Küchenspenden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 80 u. 100 M.; Paneelelsophas 80 M.; Buffets, Silber-schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-schreibtische, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Gg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

Kinderwagen-Bazar
Max Brinner, Berlin, Jerusalemstr. 42 u. Oranienstr. 6.
 Großer Auswahl, billige Preise. Viele Anerkennung. Theilzahlung.
Milchtübel, Kannen, Satten, Wahe, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Buttermeter, Drehrollen.
Jordan, Al. Markussstr. 28.
 Wohnung, 2 St., Kch., m. 2 Schlafz. sofort zu übernehmen, Königbergerstraße 11 bei Schöneburg. 412b

Presskohlen,
 anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend.
Preise pro September:
 Marke Centrum I, 16 Ctm. lang 6,50 M.
 Besse Senftenberger Marie, 16 Ctm. lang 5,25 "
 Besse Senftenberger, stärkeres Format, 16 Ctm. lang 5,75 "
 Senftenberger Ilse, 18 Ctm. lang 7,—
 pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Baden.
Probekohlen gratis frei Haus.
Frischeisen & Co., Muskauerstr. 4, nahe Görtzger Bahnhof Unter den Linden 29.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
 Berlin, Neue Friedrich-Strasse 9. Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.
 Eine im besten Gange befindliche **Möbel-Eishterei** mit guter Rundschaft ist besonderer Gründe wegen billig zu verkaufen. Adressen unter "Möbel" in der Exped. d. Btg. 417b
Schmerzloses Zahnziehen, Nervödel, Säug-, Falckensteinstr. 92.

Halt!!
 Wo gehen wir heute Abend hin?
 Wasserthorstr. 55 bei Gustav Schultz, da ist großes Gänse-Ausschieben (397b) auf dem Billard. 398
Freunde, Kollegen, Genossen, Verwandte lade hiermit zum Freitag den 19. Okt. zu einem Glase Bier ein. **Ausgang: Echl Sulmbacher, Münchener Verband, Luifen-Bräu.** Vereins-mit Piano ist noch frei. 411b
Schlag, i. V., Gergierstr. 20.
 Von Sonnabend, den 20., schänke ich **Fürstendwälder Bier.** Saal für 200 Personen mit Vereins-, Saalbahnen. **W. Muschold,** 414b **Landsberger Allee 153.**
Homöopath. Institut Brunnenstr. 39 Sprechst. 11—12, 4—5. Sonnt. 9—10. 425b

Rohtabak.
 Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bookfaçon, wieder vorrätzig.
Heinrich Franck, Brunnenstr. 185.

Achtung!
 Versende eine gute 5 Pfg. Cigarre mit **Kontroll-Schuhmarks.** Bei Abnahme von 2/10 franco unter Nachnahme zum Preise von 16 Mark. Heelle Bedienung. Bitte bei Bestellung angeben, was für eine Façon, mittel oder groß. 416b
Richard Schiemenz, Cigarrenfabrik, Spremberg H. 4.

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Linienstraße 149, 8—10, 8^{1/2} 7. Sonntag 8—10 Uhr. 74L*

Möbel-Kaufgelegenheit
 bietet sich Brautleuten u. im Möbel-speicher, 867E*
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
 Dasselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verlebte gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspende, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Wuschelspenden 40, Trumeaux 65, Paneelelsophas 75, Plüschgarnituren 80 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konfessionische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager-speicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
 am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
 Garantie für sicheres Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Für nur 5 M. 30 Pf.
 mit Porto u. Verpackung vers. ich einen **hochf. Harzer Kanarienvoller** v. Dezember ab 6 M. 30, Weibchen jeht 50 Pf. Umtausch gest. Betrag ev. zurück.
L. G. Müller, Vogelzüchterei, Nordhausen a. S.

Echt Grätzer Export-Bier!
Versand in Flaschen, aus der **Ersten Grätzer Export-Bier-Franerei** von 863E*
Th. Grünberg, Grätz i. Posen.
 Stets gut abgelagerte Waare, in hochfeinster, goldfarner Qualität. **Fornspracher Amt Schöneberg No. 92.**
A. Seidler, Schöneberg bei Berlin, Sedanstraße 73—75 und 82.

Evora-Bräu
Fürth-Nürnberg, in vorzüglic. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3. Telephon Amt III Nr. 404.
 Gäte zu Versamml. u. Festlich., auch Sonntags. **Oranienstr. 180.** 40b
Möbel, gebraucht, lauft Möbel-Strasse 13.
Münchberger-Strasse 14 Hof-schlächterei und Wurstfabrik. 426 b

Bericht des Partei-Vorstandes an den Parteitag zu Frankfurt a. M. 1894.

Allgemeines.

Die auf dem vorjährigen Parteitage in Köln gewählte Parteileitung trat unmittelbar nach Schluß der Verhandlungen zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die in der letzteren gefaßten Beschlüsse, nach welchen im abgelaufenen Berichtsjahre Briefe und Geldsendungen an die bereits aus dem Vorjahre bekannten Adressen, Beschwerden der Parteigenossen über den Parteivorstand oder dessen Geschäftsführung an den Genossen Meister in Hannover zu richten waren, wurden den Parteigenossen durch Bekanntmachung des Partei-Vorstandes in Nr. 201 des „Vorwärts“ vom 5. November 1893 zur Kenntnis gebracht.

Die Revisionen der Parteikasse wie die der Bücher des „Vorwärts“ und der Vorwärts-Buchhandlung wurden im verfloffenen Geschäftsjahre durch die Kontrollen nach den jedesmaligen Quartalsabschlüssen vorgenommen.

Eine Aenderung in der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes trat kurz nach dem Kölner Parteitag ein, als einer der Schriftführer, Genosse Fischer, aus dem Partei-Vorstand ausschied, um die Leitung der Vorwärts-Buchhandlung zu übernehmen. Die letztere Stelle war durch die Entlassung des früheren Leiters der Buchhandlung plötzlich vakant geworden und wählte der Vorstand unter den gemeldeten Bewerbern den Genossen Fischer als den Geeignetesten für den obigen Posten aus. Die Kontrollen mußten daher nach § 16 unseres Organisationsstatuts zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um die Neuwahl eines Schriftführers vorzunehmen. Die Sitzung fand am 20. November v. J. statt und fiel die Wahl auf den Genossen Pfanck, bis dahin in Hamburg, der am 1. Januar 1894 nach Berlin übersiedelte und in den Partei-Vorstand als Schriftführer eintrat.

Nach den gewaltigen Anstrengungen, welche die Partei im vorjährigen Wahlkampf gemacht hatte, entstand in den Kreisen der Genossen überall das Verlangen, die durch die Wahlagitatorien gewonnenen Verbindungen und Beziehungen auch für die zwischen den Wahlen liegende Zeit nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Wie stark und allseitig das Bestreben, die Anwesenposten dauernd mit den Zentren der Bewegung zu verbinden, war, erhellt am besten aus den zahlreichen Landes- und Provinzial-Parteitagen, die auch im verfloffenen Berichtsjahre wieder stattgefunden haben.

Größere Parteitage wurden abgehalten für das Großherzogthum Hessen, für Schleswig-Holstein mit Lauenburg nebst Fürstenthum Lübeck und Hamburg, die beiden Mecklenburg und Vorpommern, die Provinzen Posen, das Rheinland, das östliche Westfalen und die Lippeischen Fürstentümer, Bremen und die benachbarten Wahlkreise, das Königreich Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar, Unterfranken, Elb-Lothringen, Meiningen und Koburg, die Pfalz, den Agitationsbezirk Pommern, Schwaben und Neuburg, Thüringen, Schwarzburg-Rudolstadt, Rheinland und Westfalen, das Herzogthum Gotha, Brandenburg, Württemberg, Anhalt, Braunschweig, Pommern, Bayern.

Neben diesen Parteitagten, die sämmtlich stark besucht und vom besten Geiste befeuert waren, haben fast in jedem Wahlkreise, in dem die Partei eine nennenswerthe Zahl von Anhängern besitzt, größere oder kleinere Kreis-Konferenzen stattgefunden, die alleamt rühmliches Zeugnis dafür ablegen, daß die Parteigenossen selbst nach einer Kampfsperiode, die fast jedem Einzelnen besondere Opfer auferlegte, sich die Ausbreitung unserer Ideen, die Befestigung und den Ausbau der Organisation nach Kräften angelegen sein lassen.

Dieser regen Thätigkeit der Gesamtpartei entsprach auch der Verkehr, den die Parteigenossen mit dem Partei-Vorstand gepflogen haben. Zwar erreichen die Zahlen der ein- und ausgehenden Briefe nicht diejenigen des Vorjahres, in dem infolge der Reichstagswahlen ein besonders lebhafter Verkehr der Parteigenossen mit dem Partei-Vorstande stattfand, weisen jedoch gegen das Jahr 1892 eine wesentliche Steigerung auf. Es gingen ein im Berichtsjahre 1892 3842 Briefe und Karten, im Berichtsjahre 1893 6232 Briefe und Karten und im Berichtsjahre 1894, d. h. in der Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894 4248 Briefe und Karten. In denselben Zeiträumen gingen aus 3494, 4730 und 4100 Briefe und Karten. Nicht mit eingerechnet in diesen Zahlen sind die durch den Vorstand zur Versendung gebrachten Drucksachen, Zeitläufe u. s. w. Regelmäßige Sitzungen zur Erledigung der laufenden Geschäfte hielt der Vorstand wöchentlich zwei ab, außerdem noch zahlreiche Extra-Sitzungen, Konferenzen u. s. w. Wie aber der Kassenbericht des Partei-Vorstandes die Summen nicht erschöpft, welche im Laufe eines Jahres für Parteizwecke ausgegeben werden, weil er nur die Ausgaben der Zentralkasse, nicht aber die sich wesentlich höher beziehenden lokalen Ausgaben aufzählt, so umfaßt auch der Bericht des Partei-Vorstandes nicht die gesammte geschäftliche Thätigkeit, welche die Partei bei ihrem heutigen Umfange bereits erfordert. Sind doch, wie aus dem Bericht des Landes-Vorstandes der württembergischen Sozialdemokratie zu ersehen ist, allein bei diesem im verfloffenen Geschäftsjahre 1500 Briefe eingegangen und gegen 1600 Briefe zur Versendung gelangt. Wenn nun auch mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß der Geschäftverkehr der übrigen Komitees u. s. w. mit den Genossen ihrer Bezirke ein wesentlich geringerer als der des württembergischen Landes-Vorstandes ist, so beweisen doch die obigen Zahlen zur Genüge, welche Ausdehnung der Parteithätigkeit in den einzelnen Landesbezirken erlangt hat, und daß es lediglich praktische Bedürfnisse waren, die eine gewisse Dezentralisation der Partei herbeigeführt haben.

Trotz dieser Dezentralisation im Innern die Partei nach Außen in voller Einheit und Geschlossenheit da steht, haben die seit dem holländischen Parteitag verfloffenen Jahre zur Genüge bewiesen. Die von der gegnerischen Presse unzählige Male und auch jetzt wieder für den Parteitag in Frankfurt angekündigte Spaltung unserer Partei wird immer nur ein frommer Wunsch unserer Feinde bleiben.

Die Maifester ist auch im verfloffenen Jahre, nachdem durch die auf dem Parteitag in Köln angenommene Resolution die Einheitlichkeit der Feiern verbürgt war, wieder in würdiger Weise verlaufen. Konnten auch bei der Ungunst der Verhältnisse nur wenige Arbeiterkategorien die Feiern in der entsprechenden Form, durch Arbeitsruhe, begehen, so ist doch die der Maifester zu Grunde liegende Idee des Achtstundentags und der internationalen Solidarität des arbeitenden Volkes in hundert und über hundert Versammlungen in allen Theilen Deutschlands mit elementarem Recht zum Ausdruck gebracht worden. Mag das Unternehmertum sich zur Zeit auch noch so gegen den Achtstundentag sträuben, die Erkenntnis von der Nothwendigkeit desselben bricht sich mit jedem Tage in immer weiteren Kreisen Bahn.

Außer den Arbeitern sind es in erster Linie einsichtige Männer der Wissenschaft, die, wie noch jüngst auf dem Kongress für Hygiene und Demographie in Wien, immer lauter ihre Stimme für den Achtstundentag erheben. Wie daher auch immer

die Form der Maifester in den nächsten Jahren beschaffen sein möge, sicher ist heute schon, daß die Arbeiter in ihrem Kampfe für eine internationale Arbeiterschutzes-Gesetzgebung nicht erlahmen werden, bis der dem trassenden Egoismus und der Beschränktheit entspringende Widerstand der Bourgeoisie gebrochen ist.

Neben der Maifester bot auch der vom 25.—31. März d. J. in Wien abgehaltene Parteitag unserer österreichischen Bruderpartei uns wieder Gelegenheit, die internationale Solidarität des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Da die diesmaligen Verhandlungen unserer österreichischen Genossen, wegen des von ihnen zur Erzwungung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes geführten Kampfes, besonders bedeutungsvoll waren, entsendete der Vorstand als Vertreter der Partei die Genossen Bebel, Singer und Gerisch.

Der Größe der Partei entsprechend, war auch im verfloffenen Jahre das Verlangen nach möglichst intensiver Agitation, der mündlichen sowohl wie der schriftlichen. Von Seiten des Parteivorstandes wurden größere Agitationstouren veranstaltet im Rheinland, Baden, Thüringen und Herz, Schlesien, die Provinz Sachsen, Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein. Neben diesen größeren Touren hat der Partei-Vorstand noch Redner zu zahlreichen kürzeren Touren und Einzelversammlungen entsendet, wie er auch bestrebt gewesen ist, die Agitation in den für unsere Bewegung noch zu erschließenden Gegenden zu betreiben. Nicht minder zahlreich waren auch die Versammlungen, welche durch die Agitationskomitees und Landesauslässe arrangirt wurden. Nehmet man dazu noch die agitatorische Thätigkeit der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen, sowie die durch die Vertrauenspersonen veranstalteten Versammlungen, dann kann man sagen, daß auch im verfloffenen Jahre nach Möglichkeit Alles geschieht ist, um unsere Ideen durch das lebendige Wort in die breiten Schichten des Volkes zu tragen. Wenn trotzdem auch im vergangenen Jahre hier und da Klagen über „Vernachlässigung“ einzelner Bezirke laut wurden, weil der Vorstand nicht immer in der Lage war, Redner entsenden zu können, deren bloßer Name schon eine große Anziehung auf den politisch indifferenten Theil der Bevölkerung ausübt, so ist bereits in früheren Berichten wiederholt dargelegt worden, wie unmöglich es ist, all den Wünschen, die mit bezug auf die Person der Referenten geäußert werden, nachzukommen.

Leider konnte die mündliche Propaganda in vielen Gegenden aus dem Grunde nicht in wünschenswerther Weise betrieben werden, weil Säle für sozialdemokratische Versammlungen entweder gar nicht oder nur unter sehr erschwerten Umständen zu erlangen waren. Unsere Gegner, die nicht genug über den „Terrorismus“ der Arbeiter jammern können, wenn diese durch Anwendung des Boykotts sich gegen das systematische Abtreiben der Säle zu schützen suchen, üben ihr wirtschaftliches Uebergewicht überall in der brutalsten Weise aus, um den Arbeitern die Benutzung des ohnehin schon kümmerlichen Versammlungsortes unmöglich zu machen. Da ferner auch die Behörden vielfach einen starken Druck auf die Wirthe ausüben, die letzteren in Städten mit Garnisonen überdies noch mit dem Militärboykott zu rechnen haben, ist es in vielen Orten unseren Genossen überhaupt nicht möglich, irgendwelche größere Räumlichkeiten zu Versammlungen zu bekommen. Die unter solchen Umständen leidenden Genossen sind nun vielfach auf den Gedanken verfallen, eigene Säle zu bauen, oder solche käuflich zu erwerben, und wollten zu diesem Zwecke die Hilfe der Parteikasse in Anspruch nehmen. Der Partei-Vorstand hat sich jedoch allen derartigen Gesuchen gegenüber strikte ablehnend verhalten. Als politische Kampfpartei können wir uns nur in Ausnahmefällen mit wirtschaftlichen Gründen vorgebend und ähnlicher Art befassen und in denselben ganze Vermögen festlegen. Abgesehen davon waren die geforderten Summen so bedeutende, daß sie, zusammengerechnet, den allgemeinen Einnahmen des Berichtsjahres gleichkommen, wenn nicht gar sie übersteigen. Ist es an einzelnen Orten unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich, Versammlungen abzuhalten, dann müssen eben die übrigen Formen der Agitation desto energischer zur Anwendung gebracht werden.

Als Ersatz für das gesprochene Wort und zur Vertiefung der durch die mündliche Agitation empfangenen Anregung dienen unsere Parteischriften, von denen die älteren, wie Brade's „Nieder mit den Sozialdemokraten“ auch im verfloffenen Jahre wieder in Massen-Auflagen hergestellt und den Genossen entweder zum Selbstkostenpreis oder auf Antrag auch völlig unentgeltlich überlassen wurden. Von neuen, für den Massenbetrieb berechneten Schriften wurden im Dezember v. J. die Neben Bebel's und Liebknecht's zum Reichshausstatut unter dem Titel: „Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern“ und im März unter dem Titel: „Christenthum und Sklavenfrage“ die bezüglichen Verhandlungen des Reichstages über die Kolonialpolitik angefertigt.

An dem durch die Erfahrung bewährten System, einzelnen Orten oder Provinzen zur Betreibung nachhaltiger Agitation feste Zusätze zu gewähren, wurde auch im verfloffenen Jahre festgehalten. In anderen Kreisen oder Provinzen wurden auf Antrag, je nach den Umständen, größere oder kleinere Summen als einmalige Beihilfe zur Agitation bewilligt. Ferner hat der Partei-Vorstand wie früher, so auch im verfloffenen Jahre einzelne Genossen unterstützt, die durch ihr Eintreten für unsere Ideen erfindungslos geworden waren, und deren Verbleiben auf besonders wichtigen Posten im Interesse der Agitation geboten erschien.

Über die zu diesem Zweck verwendeten Gelder giebt der Kassenbericht näheren Aufschluß.

Rege Sorgfalt wurde von den Genossen im vergangenen Jahre auch wieder der Landagitatorien zugewendet. Wenn es sich bei Betreibung der letzteren auch um die Bearbeitung eines schwierigen Gebietes handelt, so ist die in früheren Jahren aufgewendete Mühe doch nicht erfolglos gewesen, sondern hat theilweise schon gute Früchte getragen. Aus verschiedenen der Konferenzen und Kreistagen wurde mit Genehmigung konstituirte, das Bezirke, in denen Boden zu fassen früher kaum möglich war, nunmehr durch Delegirte vertreten waren, ein sichtbarer Beweis dafür, daß auch dort, aller Hindernisse ungeachtet, die Bewegung Wurzel geschlagen hatte. Dieses allmähliche und feste Vordringen der sozialistischen Ideen auf dem flachen Lande wird auch von unseren Gegnern, allerdings unter Aeußerungen starken Mißbehagens, zugegeben. Wie das berufende Organ der Junker, die „Kreuzzeitung“, vor kurzem ausübte, bleiben nach den sozialistischen Hochfluthen, genannt Wahlagitatorien, überall auf dem flachen Lande keine Tümpel zurück, aus denen heraus sich der sozialistische Vajillus entwickelt, um dann seine weitere Umgebung zu inficiren. Wenn die Bewegung auf dem flachen Lande sich zunächst in diesem Namen vollzieht und die Landproletarier nicht in geschlossener Masse zu den Armeen der aufgeregten Industrie-Arbeiter stoßen, so liegt dies an der Eigenart der ländlichen Verhältnisse, die eine Entwidlung und Ausbreitung der Bewegung in dem Tempo, wie wir es bei der industriellen Arbeiterschaft gewöhnt sind, überhaupt nicht zuläßt. Andererseits aber auch an dem Umstande, daß wir uns bei der Landagitatorien auf einem Gebiete bewegen, das der Mehrzahl der Genossen mehr oder weniger fremd ist. Auch in dieser Beziehung sind, wie die Debatten auf den Provinzial-Parteitagen bewiesen haben, die letzten Jahre nicht ungenützt vorüber-

gegangen, indem Methoden der Landagitatorien, die bei allen mit den ländlichen Verhältnissen Vertrauten im vornherein schwere Bedenken erregten, als nicht zweckmäßig aufgegeben und bessere dafür zur Anwendung gebracht wurden. Sicher werden die Debatten über Agrarfrage und Sozialdemokratie auf dem Parteitage in Frankfurt weitere Klärung schaffen und damit auf die Landagitatorien befruchtend einwirken.

Von den Nachwahlen zum Reichstage, die im vergangenen Jahre stattgefunden haben, kamen für unsere Partei nur die im 23. sächsischen und im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise ernstlich in Betracht. In beiden Kreisen waren bei der vorjährigen Wahl so starke Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daß der Reichstag noch kurz vor Schluß der diesjährigen Session Gelegenheit nahm, die Mandate der beiden Abgeordneten, die obige Kreise vertraten, zu lassiren. War durch diese Ungültigkeitserklärung der beiden Wahlen auch das Urtheil über die Praktiken, die bei der vorjährigen Wahl in beiden Kreisen von den Behörden zur Anwendung gebracht wurden, gesprochen, so fanden die Neuwahlen doch infolgedessen unter ungünstigen Bedingungen für unsere Partei statt, als seit der letzten Wahl noch kein Jahr verfloßen war und daher in beiden Kreisen die alten Wählerlisten wieder zur Anwendung gelangten. Gleichwohl haben wir sowohl im 23. sächsischen, wie auch 6. schleswig-holsteinischen Kreise den Sieg an unsere Fahnen gebracht. In beiden Kreisen haben unsere Gegner die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, ihre Position zu behaupten, wodurch beide Wahlkämpfe zu ausgeprochenen Kraftproben wurden. Unsere schließlichen Erfolge sind daher auch um so bedeutungsvoller. Durch dieselben haben wir einen Wahlkreis, der uns im vorigen Jahre durch den Ansturm der gesammten lokalirten Gegnerschaft verloren gegangen war, zurückerobert, einen neuen, seit Jahren heimgesessenen Wahlkreis hinzugewonnen und damit die Zahl unserer Vertreter im Reichstage auf 46 gebracht.

An Landtagswahlen hat sich die Partei mit Erfolg betheiligt in Hessen und neuerdings in Sachsen-Weimar. In Hessen waren die in sozialdemokratischem Besitze befindlichen Mandate für Offenbach-Land und Gießen-Land für ungültig erklärt worden. Bei der Nachwahl wurde Offenbach-Land behauptet, während Gießen-Land verloren ging. In Sachsen-Weimar wurde von unseren Genossen der Landtagswahlkreis Apolda behauptet. Ein weiteres Eindringen sozialdemokratischer Vertreter in die Kommunalverwaltungen hat auch im verfloffenen Jahre stattgefunden. Unbestrittenen Erfolg haben wir auch in zahlreichen Wahlen zu den Gewerbebezirken erzielt. Arbeiter und Sozialdemokrat sind in vielen Industriebezirken bereits sich so völlig bededende Begriffe geworden, daß von unserer Seite aufgestellten Listen anderweitige Kandidaten überhaupt nicht entgegenraten. Daß wir aber auch auf diesen Gebieten noch viele Arbeit zu leisten haben und nicht auf den errungenen Erfolgen ausruhen dürfen, hat der Ausfall der Gewerbebezirk-Wahlen in Dortmund bewiesen.

Als eine weitere, für das Vordringen der Sozialdemokratie in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden und Handwerker charakteristische Erscheinung verdienen auch die verschiedenen Wahlen sozialdemokratischer Arbeitgeber als Gewerbebezirk-Beisitzer hervorgehoben zu werden.

Angeichts dieser vorstehend skizzirten Thätigkeit unserer Partei und den von ihr erzielten Erfolgen konnte die längere Zeit von unseren Gegnern beliebte Darstellung, als ob die sozialdemokratische Bewegung sich im Stadium des Rücklaufes befinde, nicht länger aufrecht erhalten werden. Bereits im November vorigen Jahres war unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, in der Lage, ein streng vertrauliches Rundschreiben des preussischen Ministeriums des Innern abzufragen, in dem Graf zu Eulenburg sich über Gang und Stand unserer Parteibewegung folgendermaßen äußerte:

„Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie an Orten, wo sie bisher überhaupt nicht oder nur wenig aufgetreten war, insbesondere auf dem flachen Lande, Eingang gefunden oder an Umfang zugenommen hat. Für die hier und da hervortretende Stimmung, daß die Sozialdemokratie ihren Höchsten erreicht habe, fehlt es an thatsächlichen Anhaltspunkten. Vielmehr läßt sich mit Sicherheit voraussehen und wird durch Wahrnehmungen der jüngsten Zeit bestätigt, daß die Organisation und Agitation in verstärktem Maße fortgesetzt und bis zu den entlegensten Gegenden, sowie auf immer weitere Schichten der Bevölkerung ausgedehnt wird.“

In den weiteren Ausführungen des Rundschreibens macht der Minister es den Behörden zur „unabweislich ersten Pflicht“ nicht nur die sozialdemokratische Bewegung aufmerksam zu verfolgen, sondern auch unausgesetzt ihrem Umsichgreifen mit allen zulässigen Mitteln zu hemmen.“

Daß wir es bei diesem Vorgehen des preussischen Ministers des Innern nicht mit einer Einzelercheinung, sondern mit einem Stück des „politischen Generalmarsches“ der Behörden gegen die Sozialdemokratie zu thun haben, dafür sprechen weiter das vor kurzem bekannt gewordene geheime Rundschreiben der württembergischen Regierung und ähnliche dieselbe Tendenz verfolgende Erlasse der bayerischen und sächsischen Ministerien. Sachsen, von jeher das Musterland der „Ordnungsparteien“, d. h. der Hah gegen die Klassenbewußten Arbeiter, organisierte neuerdings wieder ein förmliches Kesseltreiben. Hatte der preussische Minister in seinem Rundschreiben zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nur die Anwendung sogenannter „zulässiger Mittel“ empfohlen, so erklärte der sächsische Minister des Innern offen, daß es nur den Intentionen der Regierung entspricht, wenn die Behörden bei ihren Maßnahmen der Sozialdemokratie gegenüber das Recht nach politischen Gesichtspunkten handhaben.

In Sachsen ist also die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz, soweit es sich um die Anwendung desselben durch die Verwaltungsbehörden handelt, aufgehoben, die Sozialdemokratie steht thatsächlich unter einem Ausnahmezustand, wie er einer Despotie, aber nicht einem Kulturstaat, der ein Rechtsstaat sein soll, entspricht.

Fast in jeder Nummer berichten unsere sächsischen Partei-Organen von neuen Maßregelungen der Behörden gegen unsere Partei. Eine Maßregelung ist schlimmer als die andere, aber eine auch ungeheurerlicher als die andere. Mit einem Scharfsinn, der einer besseren Sache würdig wäre, müssen die sachsenfeindlichen und ebsurdsten Begründungen erhalten, um die gewagtesten Maßregeln zu rechtfertigen.

Diese heimliche und erbärmliche Kampfweise, weit entfernt die Partei zu schädigen, führt ihr nur neue Anhänger und Kämpfer zu. Dafür spricht nicht nur die bisherige Entwicklung der Dinge in Sachsen, dafür spricht insbesondere der kalt lächelnde Muth, mit dem unsere sächsischen Parteigenossen die gegen sie geführten Schläge pariren und zu immer neuen Angriffen gegen das System, das ihre Verachtung herausfordert, ausholen.

Das Beispiel Sachsens findet auch in anderen deutschen Staaten vielfach Nachahmung.

So sind wir durch die rigorose Auslegung, welche die bayerischen Behörden dem dortigen Vereinsgesetz geben, gezwungen worden, unseren Parteitag, nicht, wie ursprünglich geplant war, in Nürnberg, sondern in Frankfurt a. M. abzuhalten.

Wenn dieses ganze Vorgehen der Behörden sich unter dem lauten Beifall der deutschen Bourgeoisie vollzieht, so offenbart sie damit nur ihres Wesens Wesenheit. Diese Klasse, aller

Ideale und aller politischen Grundsätze bar, die sie einst selbst verteidigte, wird nur noch von den Unbegreiflichen nach Profit begehrt. Das Geld ist ihr Gott und die Ausbeutung ihre Religion. Und da das Klassenbewußte Proletariat diesem Treiben entgegentritt und nach der Verwirklichung menschenwürdiger Zustände strebt, so begründet sie jede Maßregel mit frenetischem Jubel, die ihre eine Sicherung ihrer Herrschaft und Ausbeutungs-freiheit zu gewähren scheint.

Aber der Tag kommt, wo sie trotz alledem besiegelt am Boden liegt.

Die Parteipresse hat im Laufe des letzten Jahres, was die Zahl der erscheinenden Blätter anbelangt, eine wesentliche Veränderung nicht erfahren; dagegen ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß die Zahl der Tagesblätter gegen das Vorjahr um 5, von 32 auf 37, gestiegen ist. Den Stand der Partei- und Gewerkschaftspresse in den letzten 4 Jahren zeigt folgende Aufstellung.

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

	1891	1892	1893	1894
wöchentlich 6 Mal	27	32	32	37
" 3 "	28	20	25	20
" 2 "	7	6	7	9
" 1 "	10	12	11	8
alle 14 Tage 1	1	—	—	—
				74

b) Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893	1894
wöchentlich 3 Mal	1	1	1	1
" 2 "	—	1	—	—
" 1 "	24	28	28	27
monatlich 3 "	3	3	2	2
alle 14 Tage	22	20	19	19
monatlich 1 Mal	4	3	5	4

Zu diesen Blättern kommt noch die in Stuttgart bei J. S. B. B. erscheinende wissenschaftliche Wochenschrift „Neue Zeit“, die beiden Blätter „Der wahre Jakob“ (Stuttgart) und „Süd-deutscher Postillon“ (München), sowie das in einer Auflage von ca. 166 000 erscheinende und einer Reihe von Parteiblättern als Sonntagsbeilage beigegebene Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“. Der ebenfalls im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender“ ist in seiner neuesten Ausgabe (1895) in einer Auflage von 130 000 hergestellt.

Zwei Blätter, der „Vote von der Saar“ und das „Volksblatt für Ost- und Westpreußen“, von denen das erstere als Ableger der „Mannheimer Volksstimme“, das letztere als Kopfblatt des Volksblatts für Ostpreußen erschienen, sind eingegangen. Die beiden Blätter erforderten im Vorjahre einen Zuschuß von zusammen 3144 M. 50 Pf., im Berichtsjahre einen solchen von 3335 M. 41 Pf. Das „Volksblatt für Ost- und Westpreußen“ war fast nur auf den letzten Landesteil beschränkt geblieben, da die ostpreussischen Genossen sich in der „Königsberger Volkstribüne“ ein eigenes Organ geschaffen haben. Die Auflage des Blattes konnte daher naturgemäß nur eine kleine sein, und standen die aufgewendeten Kosten in keinem Verhältnis zu dem durch das Blatt erzielten Nutzen.

Rechnlich verhielt es sich mit dem „Voten von der Saar“. Der Partei-Vorstand beschloß daher, als durch die Gründung des „Sozialdemokrat“ ein theilweiser Ersatz geschaffen war, beide Blätter nicht weiter erscheinen zu lassen.

Die auf dem Parteitag in Köln beschlossene Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Partei-Organs wurde, nachdem die nötigen Vorarbeiten erledigt waren und Genosse Schippel die Redaktion übernommen hatte, vom Partei-Vorstand im Januar d. J. zur Ausführung gebracht. Die Probenummer der neuen Zeitung, für die der Partei-Vorstand den Titel „Der Sozialdemokrat“ wählte, erschien am 25. Januar. Abonnements wurden vom 1. Februar an entgegen genommen.

Daß der „Sozialdemokrat“ berufen war, eine empfindliche Lücke in unserer Parteipresse auszufüllen, wird jetzt, nachdem einige 30 Nummern desselben erschienen sind, wohl auch von den Genossen zugegeben werden, die sich seiner Zeit gegen die Gründung eines Partei-Wochenblattes ausgesprochen haben, zumal Klagen darüber, daß der „Sozialdemokrat“ der Parteipresse in der Provinz Abbruch getan habe, bisher nicht laut geworden sind.

Naturngemäß erforderte die Einführung des Blattes zunächst einen bedeutenden Zuschuß in Höhe von 3429,20 M., der sich im 2. Quartal auf 1501 M. ermäßigte. Den speziellen Nachweis über den derzeitigen geschäftlichen Stand des „Sozialdemokrat“ finden die Genossen hinter dem Bericht über den Stand des „Vorwärts“. Es ergibt sich aus demselben, daß der „Sozialdemokrat“ bisher nicht in dem Maße Verbreitung gefunden hat, wie es sowohl im geschäftlichen Interesse, als auch in Rücksicht auf den Inhalt und die Bedeutung des Blattes selbst wünschenswert wäre. Der Partei-Vorstand hat sich deshalb bereits mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise dem Blatte ein größerer Abonnentenkreis zugeführt werden kann, und wird der Parteitag in die Lage versetzt werden, unsere diesbezüglichen Vorschläge zu erörtern und zu entscheiden.

Ein weiterer, dem Parteivorstand vom Kölner Parteitag zur Berücksichtigung überwiegender Antrag betraf die Umwandlung der bis dahin dreimal wöchentlich erscheinenden „Rheinischen Zeitung“ in eine selbständige Tageszeitung. Der Partei-Vorstand hat diesem Antrage entsprochen und erscheint daher die „Rheinische Zeitung“ seit dem April d. J. täglich. Der Zuschuß, den die Zeitung seit dieser Umwandlung erforderte, muß als ein sehr hoher bezeichnet werden (pro Quartal 5000 M.), und wenn auch an der vollzogenen Tatsache zunächst nichts geändert werden kann, so dürfte doch die in diesem Falle gemachte Erfahrung in Zukunft bei eventuellen Anträgen ähnlicher Art zur größten Vorsicht mahnen. Mag der Werth einer Tagespresse für einzelne Orte oder Bezirke noch so groß sein, die Inanspruchnahme der Gesamtheit wird sich immer nur bis zu einer gewissen, im Kölner Falle wider Erwarten weit überschrittenen Grenze rechtfertigen lassen.

Gleichfalls zur Berücksichtigung war dem Partei-Vorstande von dem letzten Parteitage der Antrag überwiesen worden, die Mittel zum täglichen Erscheinen der „Elsass-Lothringischen Volkszeitung“ zu gewähren. Der Partei-Vorstand lehnte die Ausführung dieses Antrages ab aus Gründen, deren Erörterung heute hinfällig geworden ist, da die „Elsass-Lothr. Volkszeitung“ in der Zwischenzeit dem Bistat. paragrafen zum Opfer gefallen ist.

Die Hinneigung, welche die „wiedergewonnenen Brüder“ für die Sozialdemokratie bekunden, und die es uns ermöglichte, bei den letzten Wahlen neben der Behauptung des Mühlhauser Wahlkreises auch noch den Strahburger hinzuzugewinnen, mag wohl in maßgebenden Kreisen sehr unangenehm bemerkt worden sein, so daß es nur eines Wortes bedurfte, um das Organ der Sozialdemokratie in den Reichslanden, die „Els.-Lothr. V.Z.“, zum Verstummen zu bringen. Zur Begründung der Unterdrückungsmaßregel mußte dem Statthalter von Elsass-Lothringen ein Artikel über „Modernen Götzendienst“ dienen, der in der Nummer der „Els.-Lothr. V.Z.“ (21. März 1894) enthalten war und nicht einmal strafrechtlich verfolgt werden konnte. Eine neue, im April unter dem Titel „Elsass-Lothringische Volkszeitung“ angemeldete Zeitung wurde, weil angeblich zur Fortsetzung der verbotenen „Els.-Lothr. V.Z.“, bereits vor ihrem Erscheinen durch den Bezirkspräsidenten in Colmar verboten. Da die letztere Maßregel keinen Zweifel darüber ließ, daß es auf die grundsätzliche Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse in den Reichslanden abgesehen war, wurden zunächst weitere Versuche mit Neugründungen sozialdemokratischer Zeitungen nicht gemacht, von den Genossen in Elsass-Lothringen vielmehr der „Offenburger Volksfreund“ als Partei-Organ eingeführt.

Die für die Presse im verflochtenen Jahre im Allgemeinen bewilligten Unterstüßungen müssen, wenn wir die Ausgaben für

die „Rheinische Zeitung“, die einmaligen Ausgaben für die Einführung des „Sozialdemokrat“, sowie die durch die Unterdrückung der „Elsass-Lothringischen Volkszeitung“ notwendig gewordenen bedeutenden Ausgaben in Abzug bringen, als relativ niedrige bezeichnet werden.

Diese geringere Inanspruchnahme der Parteikasse ist dem Umstande zu verdanken, daß es verschiedenen unserer Parteimitglieder in den letzten Jahren gelungen ist, sich allmählich geschäftlich zu konsolidieren. So erfreulich diese Tatsache auch ist, so wollen wir doch die oft erteilte Mahnung, mit Preisgründungen vorsichtig zu sein, auch an dieser Stelle wiederholen.

Was den Inhalt unserer Parteipresse anbelangt, so ist ein reges Streben nach Vervollkommenheit unverkennbar. Wenn hier und da noch Verschiedenes verbesserungsfähig ist, so ist schon des öfteren dargelegt worden, unter welcher präferen Umständen die Redaktion der meisten Parteiblätter geführt und wie viel agitatorische Tätigkeit von der in vielen Fällen ungenügend besetzten Redaktion geleistet werden muß. Ein weiteres Eingehen auf diese Materie erscheint überflüssig.

Ueber den Stand unseres Zentralorgans „Vorwärts“, geben wir für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1894 nachstehend die Abrechnung. Es geht aus derselben hervor, daß der diesjährige Ueberschuß 47 504,50 M. gegen 40 655,10 M. im Vorjahre beträgt. Für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September ist ein Gewinn von 13 796,80 M. erzielt worden und kommt dieser im nächsten Geschäftsjahre in Anrechnung.

Der Abonnentenstand des „Vorwärts“ beträgt zur Zeit 45 000. Zum 1. April hat der Verlag auf Beschluß der Preis-Kommission ein Flugblatt herausgegeben, das von den Berliner Parteigenossen mit der unsere Partei auszeichnenden Uneigennützigkeit und Opferbereitschaft in einer Auflage von 500 000 Exemplaren in der promptesten Weise unentgeltlich verbreitet wurde. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Die schlechten Erwerbsverhältnisse des Winters, die furchtbare Arbeitslosigkeit hatten natürlich auch auf den Abonnentenstand des „Vorwärts“ ihre Einwirkung ausgeübt — mit dem Frühjahr wurde jedoch nicht nur der frühere Stand wieder erreicht, sondern sogar überschritten, und auch der Berliner Bierboikott, weit entfernt einen Rückschlag herbeizuführen, brachte trotz der von gemäßigten Interessengruppen systematisch betriebenen Abonnenten-Abtreibung noch einen weiteren Aufschwung in der Abonnentenzahl.

Die von den Berliner Genossen gewählte Preis-Kommission für den lokalen Theil des „Vorwärts“ hat in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand und unter Hinzuziehung des Redaktions- und Expeditions-personals am ersten Dienstage eines jeden Monats ihre Sitzungen abgehalten, in welchen alle eingegangenen Beschwerden und Wünsche nach eingehenden Beratungen durch entsprechende Beschlüsse ihre Erledigung fanden. — Es erübrigt sich nicht zu erwähnen, daß der Ausgabe-posten für „Gerichtskosten und Strafen“ in diesem Jahre gewaltig gestiegen ist. Während wir in den Jahren 1891/92 2125,50 M., 1892/93 1231,15 M. Strafen und Kosten zu zahlen hatten, belief sich diese Ausgabe für das Jahr 1893/94 auf 5584,95 M.

	Juli-September 1893	Oktober-Dezember 1893	Januar-März 1894	April-Juni 1894
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder durch die Expedition	90113 20	84001 70	83958 75	89565 13
Abonnementsgelder durch die Post	10574 6	9502 80	9101 54	7755 80
Inseraten-Einnahme	18611 85	23695 33	30491 2	24352 63
Gewinn a. d. Broschüren-verk. durch d. Exped.		1271 35		
Gesamt-Einnahme M.	119299 70	118469 20	118551 45	121678 60
B. Ausgänge:				
Diverse Unkosten:				
(Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Ueberweis., Porto und Depeschen der Redaktion, Telefon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Laufbursche der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher und Formulare, Flugblätter u. c.)				
Zeitungsbillets-Abonnement	2768 —	6347 80	7763 8	3849 40
Berichterstatter-Honorar	311 05	405 35	283 75	264 —
Feuilleton	3878 30	5671 45	5302 03	7095 80
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	559 30	721 4	190 —	417 80
Depeschen u. Parlamentsberichte	9867 90	10411 15	8477 40	9540 —
Neue Welt	457 50	1737 15	590 —	847 80
Gehälter der Expedition	6957 50	6108 9	6094 7	6370 10
Miethe	2181 50	2153 —	2900 —	2346 —
Berichtskosten und Strafen	933 10	1219 3	1012 50	1012 50
Redaktions-Bibliothek	749 80	1910 45	1716 90	1207 80
Druckrechnung	217 —	—	188 03	207 25
Gesamt-Ausgabe M.	78840 55	78144 20	68415 80	74058 80
Gesamt-Einnahme M.	119299 70	118469 20	118551 45	121678 60
Gewinn	13796 80	40655 10	10825 90	14456 35
wie oben unter A M.	119299 70	118469 20	118551 45	121678 60

Berlin, den 10. Oktober 1894.

H. Meißner, Fritz Herbert, S. Koenen, Karl Dertel, August Raben, Wilhelm Kleeß.

Bericht über den Stand unseres Zentral-Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“:

	Februar-März 1894	April-Juni 1894
A. Eingänge:		
Abonnementsgelder	4843 17	6831 89
Parteizuschuß	3429 40	1501 —
Gesamt-Einnahme M.	8272 57	8332 89
B. Ausgänge:		
Druckrechnung	3204 45	3424 50
Redaktion	1550 40	1650 40
Expedition	518 05	655 07
Mitarbeiter	364 44	1189 84
Diverse Unkosten: (Bureau-Utensilien, Miethe, Steuer, Beleuchtung, Bibliothek und Zeitungsbillets-Abonnement)		
	1449 35	373 39
Porto: (Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz d. Redaktion u. Expedition)		
	1185 68	1089 09
Gesamt-Ausgabe M.	8272 57	8332 89

*) inkl. Neueinrichtung der Redaktion.
**) Der Kontrolleur Genosse Meißner war durch einen schweren Erkrankungsfall in seiner Familie verhindert, an den Schlussrevisionen teilzunehmen.

Unter den Ausgaben befinden sich ca. 1800 M., welche als einmalige Ausgaben angesehen werden müssen. Dieselben betreffen Druck und Versand der Agitationsnummer, welche in einer Auflage von 50 000 Exemplaren erschien, sowie Einrichtung der Expedition und Expedition u. s. w. Der Abonnentenstand ist zur Zeit 5700, davon entfallen auf das Ausland rund 600. Der für die Monate Juli-September erforderliche Zuschuß betrug sich auf 3604 M. 71 Pf., dem Außenstände in Höhe von 3140 M. gegenüberstanden.

Die Buchhandlung des „Vorwärts“ schließt ihren Jahresumsatz vom 1. Juli 1893 bis zum 30. Juni 1894 ab mit der Summe von 139 889 M. gegen 144 069 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Durch Neuzugänge hielt sich der Lagerbestand auf der Höhe von 30 763 M. gegen 30 500 M., und das Vermögen der Buchhandlung betrug sich auf 48 247 M. gegen 45 000 M. im letzten Geschäftsjahre. Aus dem Reingewinn im Betrage von 9247 M. gegen 13 193 M. im Vorjahre konnten wieder 6000 M., wie im letzten Jahre, an die Parteikasse abgeführt werden.

Ueber die Entwicklung der Buchhandlung seit ihrer Gründung giebt folgende Gegenüberstellung aus den letzten 4 Jahren Auskunft. Es betrug:

	Umsatz	Lagerbestand	Geschäftsvermögen	Rein-gewinn
1890/91	66 113 M.	13 231 M.	11 918 M.	9 246 M.
1891/92	120 175 "	20 000 "	31 087 "	19 083 "
1892/93	144 069 "	30 503 "	45 000 "	13 913 "
1893/94	136 889 "	30 763 "	48 247 "	9 247 "

Der Rückgang im Geschäftsumsatz erklärt sich einerseits aus dem Umstande, daß nach Abschluß der in Lieferungen erscheinenden Laffalle-Ausgabe nicht sofort mit einem neuen Lieferungs-werke begonnen werden konnte, wodurch dieses für die nicht-periodische Broschürenliteratur nur in beschränktem Maße zugängliche Absatzgebiet zum Theil verloren ging, andererseits erklärt er sich aus der durch den allgemeinen Geschäftsrückgang und die vermehrte Arbeitslosigkeit geschwächten Kaufkraft der Massen. Daneben wirkt auch die Tatsache ein, daß in letzter Zeit der Büchermarkt durch billige Erscheinungen der verschiedensten Art überfluthet wurde.

Auch im laufenden Jahre war die Partei-Buchhandlung besetzt, durch Herausgabe neuer oder durch Neuaufgabe von im Buchhandel vergriffenen Agitationschriften an der Verbreitung unserer Ideen in den breiten Massen und an ihrer Vertiefung in den Reihen der Genossen mitzuwirken. An Agitations-schriften zur Massenverbreitung wurden neu herausgegeben: „Gegen den Militarismus und die neuen Steuern“ in einer Auflage von 55 000 Expl.; „Christentum und Sklavenfrage“ (30 000 Exemplare) Besetz: „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ (10 000 Expl.). Auf die „Raizeitung“ liefen im letzten Jahre Bestellungen in der Höhe von 340 000 Exemplaren ein und von der Broschüre: „Die Polizei und die Arbeitslosen“ (Holl Brausewetter) wurden 14 500 Exemplare abgefeht.

Weiter sind neu erschienen: Engels: „Internationales und dem Volksstaat“; Eisner: „Das platte Land und die Sozialdemokratie“; Lafargue: „Kommunismus und Kapitalismus“; Plechanow: „Anarchismus und Sozialismus“; das Protokoll des Kölner Parteitages (in 30 000 Exemplaren); der Bericht über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Brüssel und „Seemanns Leben und Leiden“. Auch dem in weiten Kreisen empfindenen Bedürfnis nach kleinen Theaterstücken, die sich zur Aufführung bei Arbeiterfesten u. eignen, entsprach der Verlag durch Ausgabe von 2 Heften: „Lichter des Staats-anwalts“ und „Krauß: „Wieder ein Kämpfer“.

Neu und zum Theil wiederholt aufgelegt wurden: Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten“; Kautsky-Schoen-lank: „Grundsätze und Forderungen“; Diehgen: „Zukunft der Sozialdemokratie“; Donai: „A. B. C. des Wissens“ und „Eine Antwort an die Bekennere des Theismus“; Engels-Marz: „Kommunistisches Manifest“; Lafargue: „Entwicklung des Eigentums“; die „Rathschläge zur Vermeidung des Vereinsrechtes“; das Protokoll des Berliner Parteitages und „Der Zeitgeist“ (Konfessur).

Die Gesamtausgabe der Laffalle'schen Reden und Schriften wurde im Laufe des Jahres zu Ende geführt; leider konnte der bei Antündigung des Wertes im Aussicht genommene Schlussband (Briefwechsel Laffalle-Mary) bis jetzt nicht ausgegeben werden, weil Genosse Engels wegen Fertigstellung des 3. Bandes von „Kapital“ bis jetzt nicht zur Sichtung des in seinem Besitz befindlichen Briefwechsels die erforderliche Zeit fand. Inzwischen ist die Buchhandlung zur Herausgabe des Leipziger Hochverraths-Prozesses wider Bedel-Dieboldt-Hepper geschritten. So erfreulich auch die Abnehmerzahl dieses neuen Lieferungs-werkes ist, im Verhältnis zur Stärke der Partei und Bedeutung dieses Quellenwerkes zur Kenntniß der Parteigeschichte sollte sie doch noch höher sein.

Von einem Weitererschienen der in Parteiverlag über-gangenen Berliner Arbeiter-Bibliothek glaubte die Buchhandlung im Einverständnis mit dem Herausgeber absehen zu sollen; ein lokales Bedürfnis lag unter den geänderten Verhältnissen nicht mehr vor und für die allgemeinen Bedürfnisse glaubten wir der Ausgabeform der einheitlichen Ausstattung unter übrigen Verlagsartikeln den Vorzug geben zu sollen. Eine Reihe von Heften wurde auch im laufenden Jahre neu aufgelegt: Bellamy: „Häufig“; Fischer: „Ostende von London“; Rappaport: „Soziale Frage auf dem Lande“ und „Junfer und Bauer“; Luz: „Prostitution“; Schippel: „Die wirtschaftliche Umwälzung“ und „Fort mit dem Dreiklassen-System“; Zetkin: „Arbeiterinnen- und Frauenfrage“ und „Der Sozialismus in Frankreich“.

Die billige Ausgabe der für die Arbeiterkreise hauptsächlich in Betracht kommenden Reichsgesetze (mit erläuternden Anmerkungen) hat die Buchhandlung durch Neu-Ausgabe der „Gesetze-Ordnung“, die durch Aufnahme der bis in die jüngste Zeit erlassenen amtlichen Ausführungsbestimmungen erweitert worden ist, fortgesetzt und wird diese Sammlung auch künftig weiter geführt werden.

Wenn wir noch hinweisen auf die Herausgabe von Hentzell's „Buch der Freiheit“, das trotz der durch Umfang und Ausstattung bedingten hohen Preise in der Partei die beste Aufnahme gefunden hat, so glauben wir sagen zu dürfen, daß diese Seite der Ausgabe der Partei-Buchhandlung voll erfüllt worden ist.

Eine Erweiterung des Geschäftsbetriebes hat die Buchhandlung insofern angebahnt, als sie ihr Sortiment ausdehnte auf die unsere Parteikreise besonders interessierenden Erscheinungen aus dem Gebiete der Nationalökonomie, Geschichte und Naturwissenschaften und dementsprechend auch den im Juli 1894 ausgegebenen neuen Katalog erweiterte und nach den verschiedenen Wissensgebieten spezialisierte. Durch Erwerb einer Reihe von werthvollen Werken zu herabgesetzten Preisen sieht sie sich in den Stand gesetzt, den Genossen, besonders aber den Vereinsbibliotheken, die Anschaffung von Werken zu ermöglichen, deren Ankauf zu den Original-Ladenpreisen bei den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln sonst kaum möglich.

Zur Unterstützung der Agitation wurden wie in früheren Jahren aus den Mitteln der Buchhandlung, wie auf Anweisung des Parteivorstandes Zehntausende von Flug-schriften und kleineren Agitationsbroschüren gratis zur Verfügung gebracht, ebenso in zahlreichen Fällen die Bibliotheken kleinerer Vereine durch Ueber-laffung geeigneter Schriften unterstützt.

Im Allgemeinen darf also Gang und Stand der Partei-Buchhandlung als zufriedenstellend betrachtet werden.

Das Partei-Archiv hat, nachdem geeignete Räume für dasselbe gefunden waren, nunmehr neben dem Bureau des Vorstandes Aufstellung gefunden. Da seit dem letzten Bericht, der über dasselbe an einem Parteitag erstatet wurde, ein Jahrzehnt verstrichen ist, dürfte zunächst einige Worte über Entstehung und Zweck des Archivs am Platze sein. Bereits im Jahre 1878 regte Genosse Bebel im „Vorwärts“ Nr. 21 vom 20. Februar die Errichtung einer Parteibibliothek an. Es sollte in derselben neben den eigentlichen sozialistischen Werken, Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren und Flugschriften, auch diejenige Literatur Platz finden, die zwar nicht direkt mit der sozialen Frage sich beschäftigt, deren Studium aber doch für das volle und ganze Verständnis der Neubildung der menschlichen Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage von Wichtigkeit ist. Als dahingehend wurden Werke aus der Geschichte, der Naturwissenschaften, Statistik u. s. w. bezeichnet.

So ungetheilten Beifall der Plan auch damals fand, seine Ausführung wurde durch die Ereignisse des Jahres 1878 vereitelt. Erst einige Jahre später, als die schwersten Schläge des Sozialistengesetzes überwunden waren, wurde im „Sozialdemokrat“ vom Jahre 1882 die Frage vom Genossen Schlüter von neuem angeregt. Seitdem ist erst in Zürich, später in London fleißig für das Archiv gesammelt worden. Bei der jetzigen Aufstellung handelte es sich nur in erster Linie darum, eine Sichtung des Vorhandenen vorzunehmen. Der Eifer und der gute Wille der Parteigenossen hatte dem Archiv neben vielen außerordentlich Werthvollen auch mancherlei Spreu zugeführt. Hier ist mit schonender Hand Auslese gehalten worden.

Wenn es auch kaum ein Gebiet des menschlichen Wissens giebt, das nicht direkt oder indirekt mit dem Sozialismus in Ver-

bindung gebracht werden kann, so ist doch, wenn auch die Grenzlinie sich nicht immer scharf einhalten läßt, eine gewisse Beschränkung in der Auswahl des dem Archiv Einzuverleibenden dringend geboten. Nach diesem Grundsatze ist bei der Aufstellung und Katalogisirung des Archivs verfahren worden und wird dasselbe in kurzer Zeit den Interessenten zugänglich gemacht werden. Der Katalog weist zur Zeit gegen 4000 Nummern auf, eingetheilt nach den verschiedenen Kategorien.

An den Genossen allerorts ist es nun, nach Kräften dafür zu sorgen, daß dem Archiv möglichst viele Zuwendungen gemacht werden, damit es mehr und mehr wird, was es eigentlich sein soll: das geistige Arsenal der Partei.

Kassenbericht. Die seit Jahren herrschende wirtschaftliche Depression mit ihrem Gefolge von Noth und Arbeitslosigkeit für tausende und abertausende von Proletariern hat auch auf den Eingang der von unseren Genossen geleisteten freiwilligen Beiträge ihren Einfluß geltend gemacht. Die allgemeinen Einnahmen sind gegen das Vorjahr, in dem der Reichstagswahl halber die Gelder allerdings reichlicher flossen, um 37 659,82 M. zurückgegangen. Wenn trotzdem der Kassenabschluss als ein sehr günstiger erscheint, so ist dies nur den starken Darlehens-Rückzahlungen, die im verfloffenen Jahre stattgefunden haben, sowie den Ueberschüssen des „Vorwärts“ zu danken.

Von den Millionen, die uns unsere Gegner bekändig andichten, enthält der Kassenbericht freilich nichts, wohl aber erzählt er von der Opferfreudigkeit, die unsere Genossen auch im verfloffenen Jahre wieder bethätigt haben.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Vergißte Arbeiterstimme“	M.	450,—
„Vote von der Saar“	„	2255,56
„Elsaß-Lothring.-Volkszeitung und „Volksfreund“	„	10 091,66 ¹⁾
„Hofer Volksblatt“	„	800,—
„Königsberger Volkstribüne“	„	500,—
„Märkische Volksstimme“	„	2726,— ²⁾
„Neue Burgener Zeitung“	„	2719,30 ³⁾
„Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“	„	3975,40 ⁴⁾
„Rheinische Zeitung“	„	10 000,— ⁵⁾
„Der Sozialdemokrat“	„	4980,40
„Unterfränk. Volkstribüne“ u. „Bamberg. Volksztg.“	„	500,—
„Volksblatt für Ost- und Westpreußen“	„	1599,85
„Volksblatt für Seltow“	„	1200,—
„Volksblatt für Posen“	„	1000,—
„Vorwärts“ (Basel)	„	1000,— ⁶⁾
„Burgener Zeitung“	„	427,—
„Zeiger Volksbote“	„	1600,—
	M.	45 275,17

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

1) Die Zuschüsse, welche die für Elsaß-Lothringen bestimmte sozialdemokratische Presse in diesem Jahre erforderte, sind, wie bereits an anderer Stelle dargelegt wurde, wegen Unterdrückung der „Elsaß-Loth.-Volks-Zeitung“ besonders hohe. Der Parteivorstand glaubte jedoch bei der großen Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung in den Reichslanden dieses Opfer bringen zu müssen.

2) Den Genossen in Frankfurt a. O. wurden, als sie mit der bis dahin in ihrem Besitz befindlichen Druckpresse nicht mehr im Stande waren, die „Märkische Volksstimme“ herstellen zu können, die Mittel zur Anschaffung einer neuen Maschine bewilligt. Außerdem wurde ihnen ein Motor im Werthe von ca. 500 M. aus der Dortmunder Druckerei zur Verfügung gestellt.

3) Nachdem der Verleger der „Burgener Ztg.“, Thiele, in Konkurs gerathen war, gaben die Burgener Parteigenossen die „Neue Burgener Ztg.“ heraus. Da die Herstellung derselben während mehrerer Monate in Leipzig erfolgen mußte, waren die Kosten ziemlich bedeutende, so daß sich der Partei-Vorstand genöthigt sah, helfend einzugreifen.

4) Das Blatt ist durch diese Aufwendung auf eine gesunde geschäftliche Basis gestellt worden, so daß es bereits in der Lage war, 875,40 M. zurückzuerstatten. Für den insaltirten Redakteur des Blattes wurde, wie im Vorjahre so auch in diesem Jahre, das Gehalt mit 150 M. per Monat bezahlt.

5) Ueber diese Zeitung siehe die unter der Rubrik „Partei-presse“ gemachten Ausführungen.

6) Wie im Vorjahre gegen die österreichischen, so hatte die deutsche Partei in diesem Jahre gegen die schweizer Genossen die Pflichten internationaler Solidarität zu betheiligen, indem sie den Basler Genossen zur Umwandlung des „Vorwärts“ in ein Tagesblatt obigen Betrag bewilligte.

Waren die vorstehenden Ausführungen der Thätigkeit und den Erfolgen der Partei gewidmet, so wollen wir zum Schluß noch die Opfer anführen, die der Partei im verfloffenen Jahre „Von Rechts wegen“ auferlegt wurden.

Nach Monaten geordnet ergibt die Straftabelle folgendes Bild:

Monat	Strafen in				
	Gefängniß			Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Mark	fl.
Oktober	4	3	27	3 536	—
November	4	4	22	3 388	—
Dezember	2	—	21	1 278	—
Januar	4	10	10	1 179	—
Februar	5	8	9	3 202	—
März	3	5	24	1 421	—
April	5	3	7	2 907	—
Mai	4	9	15	1 887	—
Juni	6	3	7	12 680	—
Juli	6	2	23	6 951	—
August	6	11	8	2 349	—
September	4	4	18	2 394	—
Zusammen	58	8	6	43 747	—

Die besonders auffällige Höhe der Geldstrafen erklärt sich durch die Massenverurtheilungen unserer sächsischen Genossen wegen der bekannten „Mai-Spaziergänge“.

Insgesamt sind seit dem Erlassen des Sozialistengesetzes nach den von uns „Unter dem neuen Kurs“ veröffentlichten Straflisten für „Vergehen und Verbrechen“, die im engsten Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung stehen, von deutschen Gerichten 351 Jahre 8 Monate 11 Tage Freiheitsstrafen und 114 519 M. 20 Pf. Geldstrafen ausgesprochen worden.

Alle diese auf Grund des „gemeinen Rechts“ ergangenen Verurtheilungen haben zwar den einzelnen Genossen schwere Opfer auferlegt und manche Existenz vernichtet, den Vormarsch der Gesamtpartei aber nicht im mindesten zu hemmen vermocht. Im Gegentheil! Die Art und Weise, wie in einzelnen besonders krassen Fällen das Gesetz angewendet und „Recht“ gesprochen wurde, stand in so schroffem Widerspruch mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes, daß der moralische Gewinn auf unserer Seite war. Wenn man, wie im Falle Eichhorn-Dresden, einen schmerzhaften Proletarier, dessen ganzes Verbrechen darin bestand, die Interessen ausgeperrter Arbeiter vertreten zu haben, wegen „Erpressung“ in Untersuchungshaft nimmt und die Qual dieser Haft noch um Wochen verlängert, weil einer der intellektuellen Urheber des Prozeßes sich zur Erholung in den Tiroler Bergen befindet, so ist dies eine Drachentaat, welche unseren Gegnern sehr unerwünschte Früchte tragen wird. Und wenn, wie es gleichfalls in Dresden geschah, Hunderte angeklagt und verurtheilt werden, weil sie sich an einem harmlosen Spaziergang am 1. Mai betheilt haben, während Regellclubs, Saispielervereine und andere ähnlichen edlen Zwecken dienende Verbindungen des Spiels und Maßbürgerthums in geschlossenen Jägen und behütet und beschirmt von den Behörden aufmarschieren, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Masse des Volkes das Gerede vom „Rechtsstaat“ nur noch als hohle Phrase betrachtet.

So besorgen die berufensten Vertreter des heutigen Staates, während sie sich abmühen, die Sozialdemokratie zu vernichten, wider Willen deren Geschäfte. Ob dieser Kleinrieg gegen die Sozialdemokratie noch länger geführt, oder ob zur Abwechslung wieder einmal größere Aktionen geplant sind, darüber wird die nächste Zeit Aufklärung bringen.

Was man aber auch immer, feht oder künftig gegen uns zusammenbrauen möge, die Sozialdemokratie steht den kommenden Dingen mit stolzer Ruhe entgegen. Wir sind bisher mit unseren Gegnern fertig geworden, und wir werden auch jedem neuen Angriff zu begegnen wissen. Mit uns die Entwicklung, mit uns das Recht und mit uns auch der endliche Sieg.

Berlin, im Oktober 1894.

Der Partei-Vorstand.

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Zus-		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:											
	gesamt		Allgemeine Einnahmen		Darlehens-Rente		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Ueberschuß der Buchhandlung		Zuwerse	
	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.
1893														
Oktober	33069	82	4024	84	8902	—	504	78	19578	20	6000	—	—	—
November	16710	26	15710	28	1000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	12259	89	7197	59	5050	—	—	—	—	—	—	—	11	80
1894														
Januar	47238	50	20509	02	8600	—	480	—	8644	05	—	—	24	83
Februar	9277	14	4834	14	3550	—	815	80	—	—	—	—	77	70
März	19295	60	15615	60	750	—	2930	—	—	—	—	—	—	—
April	38568	97	25461	85	2244	87	—	—	10825	90	—	—	87	85
Mai	23290	94	9870	94	13150	—	240	—	—	—	—	—	—	—
Juni	16325	21	5805	21	10500	—	20	—	—	—	—	—	—	—
Juli	53263	89	6397	04	29000	—	410	—	14456	95	6000	—	—	—
August	10648	06	9143	06	1500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
September	50964	90	27146	60	29425	89	392	91	—	—	—	—	—	—
	830877	18	100716	25	104781	76	3772	99	47504	50	12000	—	151	08

330 877,18 M.

8 964,15 fl.

334 841,33 M.

Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1893

B. Ausgaben.

Im Monat	Zus-		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf:																	
	gesamt		Unterstützungen		Presse- und Gefängnis-Verfahrenskosten		Allgemeine Agitation		Wahl-agitation		Reichstags-loosen		Gehälter und Ver-waltungsausgaben		Darlehens-Rente		Presse-Unterstützungen		Archiv	
	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.	M.	fl.
1893																				
Oktober	17994	45	1450	—	585	40	3638	10	1602	50	—	1336	05	5400 ¹⁾	—	3892	40	—	—	—
November	21680	67	2122	—	656	17	3188	80	955	—	3000	—	1120	30	5200 ²⁾	—	5385	40	45	—
Dezember	27111	86	1478	—	1754	86	2424	30	1887	—	1700	—	1740	70	10000 ³⁾	—	6127	—	—	—
1894																				
Januar	14399	90	1905	—	531	85	2932	03	167	50	4500	—	2381	45	—	1733	45	188	80	—
Februar	10307	79	922	—	1283	87	1835	—	1200	—	2500	—	1214	72	—	1219	20	150	—	—
März	12726	6	1416	—	508	83	649	50	2660	—	5000	—	1233	25	—	1000	—	198	45	—
April	29955	84	1585	50	1487	54	2818	15	635	—	2000	—	1192	25	11000 ⁴⁾	—	8929	50	307	70
Mai	8294	02	1686	50	1023	30	2671	10	1806	85	—	931	27	—	—	—	—	132	—	—
Juni	9755	88	2323	—	1705	08	1740	—	2471	50	—	1228	85	—	—	—	—	286	85	—
Juli	12501	05	820	50	6955	37	3578	40	2125	00	4250	—	2644	60	2500	—	2801	—	188	—
August	13723	46	575	25	1023	70	4299	17	200	—	—	1181	34	3000 ⁵⁾	—	3300	—	144	—	—
September	20274	35	726	40	280	88	4544	40	457	40	—	1203	03	2000 ⁶⁾	—	10877	22	180	—	—
	189904	1	16690	15	10976	43	34315	97	14345	25	18742	50	17407	83	39100	—	45278	17	1750	80

198 604,10 M.

133 774,20 fl.

2 463,03 M.

Ausgabe für Kapitalanlage

Rassenbestand am 30. September 1894

334 841,33 M.

Berlin, den 10. Oktober 1894.

Revidirt und für richtig befunden.

Die Kontrolleure: J. Meister. J. Hornen. Fritz Herbert. Carl Hertel. August Haben. Wilhelm Hies.

Erläuterungen zu B. Ausgaben:

1) Unterstützungen werden nur gezahlt an Personen oder Angehörige von Personen, die infolge ihrer Parteithätigkeit gemahregelt oder sonstwie geschädigt wurden. Wenn die in diesem Jahre gezahlten Unterstützungen gegen das Vorjahr ein Mehr von 1494,20 M. aufweisen, so ist durch diese Steigerung von Neuem bewiesen, welch schwere Verfolgungen unsere in vorderster Reihe kämpfenden Parteigenossen von dem Unternehmertum, das sich vielfach zu diesem Zwecke unter sich und mit den Behörden verbündet hat, zu erdulden haben.

2) Unter diesen Ausgaben befinden sich 2050 M., welche den holländischen Genossen als Presse-Unterstützung, und 1000 M., welche den norwegischen Genossen zur Betreibung der Wahl-Agitation bewilligt wurden.

3) Unter dieser Rubrik befinden sich neben den gewöhnlichen Ausgaben, wie Gehälter, Miete, Heizung- und Beleuchtungskosten der Bureau- und Archivräume, dem Telefon, Telegramm- und Postgebühren, den Druckkosten, den Reis- und Reise-Entschädigungen für die Revisionen der Kasse und für die Konferenzen der Parteiverwaltung u. s. w. folgende besondere Posten: Im Dezember für Anzugskosten des neugewählten Schriftführers 500 M. Im Januar diverse Ausgaben für den Parteitag in Köln 214,25 M.

4) Von diesem Betrage sind 5000 M. als Kaution gegeben worden für den Genossen Block in Dortmund, die nach kurzer Zeit zurückgezahlt wurden.

5) Von dieser Summe wurden 5000 M. als Kaution für den Genossen Thiele in Breslau gestellt, die ebenfalls nach kurzer Zeit in die Kasse zurückgestoßen sind.

6) Diese Summe wurde gezahlt als Kaution für die „Elsaß-Lothr. Volks-Ztg.“. Nach Unterdrückung des Blattes wurde die Summe zurückgezahlt.

7) Von diesem Betrage sind ebenfalls 10 000 M. nach München i. G. als Kaution für die „Elsaß-Lothr. Volks-Ztg.“ gegeben worden. Da diese Zeitung bereits vor ihrem Erscheinen verboten wurde, flossen die 10 000 M. in die Kasse zurück. Den weiteren Betrag von 1000 M. erhielt als Darlehen die „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg.“ in Dortmund. Auch diese Summe wurde nach kurzer Zeit zurückgezahlt.

8) und 9) Diese Beträge entnahmen die Berliner Genossen leihweise, zur Unterstützung der durch den Boykott gemahregelten Arbeiter.

10) Den Nachweis über die den einzelnen Partei-Organen gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgaben für die Parteipresse.

Parteinachrichten.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Dillenburg, Besterwaldkreis: Krumm, Sieben; Rosenheim: Seidl; Glogau i. Schl.: H. Stolpe; Wehlar-Altenkirchen: Hauth; Solingen: Weeg; Gschlein-Solingen, Lohmar-Ohligs und Wickholz-Wald; Greifeld: Weich; Hamburg III: Sebel, Sittenfeld und Dörsfeld.

Für den Wahlkreis Glogau wurde der Genosse H. Stolpe in Glogau, Zesaitenplatz 1, als Vertrauensmann gewählt.

Die Kreisversammlung für den 3. Weimarerischen Wahlkreis Neustadt-Jena fand unter nicht sehr zahlreicher Beteiligung am letzten Sonntag in Neustadt a. O. statt. Von einer Besichtigung des Frankfurter Parteitag wurde der hohen Kosten wegen Abstand genommen, die Vertretung des Kreises dem Delegierten des ersten weimarerischen Wahlkreises übertragen. Ein Antrag auf Dezentralisation des Wahlkreises wurde abgelehnt. Als Sitz der Zentrale des Kreises wurde Jena bestimmt.

Sie werden die Sozialdemokraten nicht los — die Kriegervereine nämlich. 53 Mitglieder des Linden-Kriegervereins waren, wie wir i. Z. mittheilten, wegen angeblicher Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie aus dem Vereine ausgeschlossen worden. Auf ihre Klage hat jetzt das Landgericht zu Essen den Beschluss des Kriegervereins aufgehoben und die Ausschließung in ihre bisherigen Rechte als Mitglieder des Vereins wieder eingeführt.

Im Wahlrechts-Streit in Leipzig theilt die „Leipz. Volksztg.“ mit, daß es feststehe, daß unter dem bisherigen Wahlmodus die Leipziger Stadtverordneten-Wahlen unter keinen Umständen wieder vorgenommen werden sollen. Da es nun aber dem Stadtrat nicht möglich ist, bis zu Anfang Dezember, wo die Ersatzwahlen stattfinden hätten, ein reaktionäres Wahlgesetz unter Dach zu bringen, sucht er sich dadurch zu helfen, daß er beabsichtigt, an das Ministerium das Ersuchen zu richten, die Mandate der jetzigen Stadtverordneten zu verlängern. Nach § 186 der Städte-Ordnung hat dazu das Ministerium das Recht; es unterliegt keinem Zweifel, daß das Ministerium den Wünschen der reaktionären Stadtäter nachkommen wird.

Die Rechte der unteren Bevölkerungsklassen werden nur verächtlich von der Sozialdemokratie. Der „Sozialdemokratische Volksverein für Elberfeld“ war bekanntlich mit seinem Antrag, das Wahlrecht zu den Stadtverordneten-Versammlungen zu erweitern, abgewiesen worden. In der letzten Versammlung des Vereins wurde beschlossen, sich mit dieser Abweisung nicht zufrieden zu geben, sondern beim Bezirksausschuß Klage zu machen. Die Klage soll sich stützen darauf, daß 1. in der Bekanntmachung der Tagesordnung für die in Frage kommende Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung dieser Punkt nicht mit angeführt war, 2. der Oberbürgermeister im voraus die Sache in die geheime Sitzung verwiesen hat, während die Stadtverordneten-Versammlung zu beschließen hat, welche Gegenstände in die geheime Sitzung zu verweisen sind, und 3. die Abstimmung über den Antrag in geheimer Sitzung erfolgte, während auch die Abstimmungen über die in geheimen Sitzungen berathenen Gegenstände öffentlich sein müssen. §§ 31, 36, 38, 42 der rheinischen Städte-Ordnung. Alle diese Fragen sind von prinzipieller Bedeutung und soll diese Gelegenheit benutzt werden, um darüber eine höhere Entscheidung herbeizuführen, so weit dies bis jetzt noch nicht geschehen ist.

Inr Eidesverweigerung der Genossen Bueb und Doppler berichtet der Offenburger „Volksfreund“, daß der Eid gefordert wird auf Grund eines französischen Dekrets vom 8. März 1852, welches auch in seinem Artikel 1 bestimmt: „Die Verweigerung oder Nichtleistung des Eides wird als Niederlegung des Amtes angesehen.“

Genosse Bueb verlangte das Wort, um die Eidesverweigerung zu motivieren, es wurde ihm aber eröffnet, daß ihm das Wort zur Begründung seiner Eidesverweigerung nicht gegeben würde. Trotz seiner Einsprüche hiergegen und einer längeren Kontroverse zwischen ihm und dem Herrn Kreisdirektor gelang es Bueb nicht, das Wort zur Begründung zu erhalten. Schließlich mußte er sich damit begnügen, ausdrücklich zu konstatieren, daß er den ihm abverlangten Eid verweigere und daß ihm nicht gestattet sei, diese Verweigerung näher zu begründen. Mit einer Verbrennung gegen die übrigen Mitglieder verließ hierauf Bueb den Saal. Bald darauf erschien auch, etwas verspätet, Herr Doppler, der ebenfalls die Abgabe des Eides verweigerte.

Die Erklärung, welche Bueb und Doppler gemeinsam abzugeben beabsichtigten, und welche die Motive für ihre Haltung kurz angibt, lautet in ihrem Wortlaut dahin:

Bei der Bewerbung der Mandate zum Kreisstag gingen wir von der Auffassung aus, daß innerhalb der so engebegrenzten Befugnisse der betreffenden Körperschaft unserer Gewissen und das Interesse der Wähler die einzige Richtschnur für unser Handeln zu bilden haben würden.

Mit Erlaunen und Entrüstung haben wir aber vernommen, daß uns die uns anvertrauten Mandate erfüllen zu können, der klar durch die Wahl zum Ausdruck gekommene Wille der Wähler nicht genügt, sondern daß wir zuvor noch einen Eid abzulegen haben, der nach Art. 16 des Senatsbeschlusses vom 25. Dezember 1852 in seinem Wortlaut dahin geht: „Ich schwöre Gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser.“

Obwohl wir nun nicht erkennen können, in welcher Verbindung die Aufgaben der Kreisstage mit dem Kaiser und daher auch mit dem uns abverlangten Eid der Treue zu demselben stehen, so vermögen wir uns doch nicht der Verächtung zu verschließen, daß unter Umständen wir nach Abgabe eines solchen Eides in unserer freien Willensäußerung gehindert sein dürften.

Wir legen daher gegen eine derartige Einrichtung Protest ein, und das um so entschiedener, als dieselbe nach unserer Auffassung ein indirektes Mittel zur Einschränkung der Rechte des Volkes bildet.

Nach unseren republikanischen Prinzipien bildet das Wohl des ganzen Volkes das oberste Gesetz. Es kann daher für uns bei allen unseren Handlungen nur die Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit maßgebend sein.

Erst wenn durch Aufhebung des bezeichneten Eides Gewähr dafür geschaffen ist, daß wir als freie, ungebundene Männer im Kreisstag unsere Pflicht erfüllen können, werden wir die uns zu stehenden Siege einnehmen.

Mülhausen, den 8. Oktober 1894.
F. Bueb, Kreisstags- und Kreisstagsmitglied.
F. Doppler, Kreisstagsmitglied.

Die Differenzen, die in Würzen zwischen dem Genossen Thiele, dem Drucker des früheren Parteiorgans, und einigen anderen Parteigenossen ausgebrochen waren, sind durch den Schiedspruch einer Kommission beigelegt worden.

Schule und Sozialdemokratie. Einen interessanten Beitrag zur „geistigen“ Bekämpfung der Sozialdemokratie veröffentlicht die „Münchener Post“. In der Einleitung gewerblichen Fortbildungsschule wurden den Schülern von einem Lehrer folgende Thesen über den Sozialismus in Form eines Aufsatzes in die Feder diktiert. Sie lauten: „Warum ist der sozialistische Staat ein Lustspiel? a) In dem sozialistischen Volksstaate soll jede Arbeit, die schwerer wie die leichteste Arbeit, gleich hoch bezahlt werden. Darum würde keiner mehr die theuere Ausbildung zu einem tüchtigen Beamten durchmachen. b) In einem solchen Staate gibt es kein Ansehen,

und es würde nur ungeschickte Beamte geben können und läme es zum Bürgerkrieg. c) Unter unserer Menschheit ist eine Vermögensungleichheit nie möglich und wenn auch immer wieder gelehrt wird. d) Die Fabriken und das ganze Ackerbauwesen würden zu Grunde gehen, da nur Trägheit und Faulheit zu finden sein würden. e) Der sozialistische Staat sorgt nur für weltliche Freuden, das Herz aber bleibt leer.“ Wenn die Kenntnisse des betr. Lehrers überall so tiefgründliche sind, wie in bezug auf den Sozialismus, so werden die Schüler ja wohl großen Nutzen aus seiner Belehrung ziehen.

Das Bestreben der Gemeinden, indirekte Steuern einzuführen, macht sich immer mehr geltend. Namentlich ist es das Bier, das, da es reichsweit noch nicht genug getroffen werden konnte, durch die Gemeinden mit einer Steuer belegt werden soll. So hat auch der Stadtrat von Neumünster einen solchen Antrag auf Besteuerung des Bieres eingebracht. Außerdem soll eine Vermögenssteuer zur Einführung gelangen. Alle diese Steuern treffen natürlich in erster Linie die Arbeiter. In Neumünster haben die Wirthe einen Protest gegen die geplanten Steuern an die Stadtverordneten abgeben lassen, da es aber an geeigneten Vertretern für die Arbeiterinteressen, denn hier laufen die Arbeiterinteressen mit denen der Wirthe zusammen, in jenem Stadtparlamente fehlt, so dürfte der Protest erfolglos sein. Ein deutlicher Beweis wiederum, daß in allen Körperschaften Sozialdemokraten vertreten sein müssen.

Die Wahlrechts-Bewegung in Oesterreich, geleitet von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, macht immer größere Fortschritte. Nachdem die Wiener Arbeiter neuerdings vorangegangen, wagt sich der Strom mächtig über die österreichischen Provinzen. Die Bewegung noch aufzuhalten oder auch nur einzudämmen, ist unmöglich geworden. Der revolutionäre Charakter der Bewegung ist deutlich erkennbar, und von der Haltung der Regierung und des Parlaments wird es abhängen, zu was für Konsequenzen die Volksbewegung führen wird. Wie an den vorhergehenden Sonntagen, so haben auch am letzten wiederum eine große Anzahl Versammlungen stattgefunden, an die sich gewöhnlich Demonstrationen anschlossen. Wie der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Krakau gemeldet wird, hat dort am letzten Sonntag eine große Wahlmemonstration am Ringplatz stattgefunden, bei der es zu einem Zusammenstoß kam zwischen Demonstranten und Militär. In Neu-Sandee hat eine Versammlung unter freiem Himmel getagt; 3000 Personen nahmen an ihr Theil.

Die Wahlreform wird sofort bei Eröffnung des Parlaments zur Sprache kommen; der Tringlichkeitsantrag Fernerstorfer wird die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen. Auch der Prager Ausnahmestand wird besprochen werden. „Rechtslosigkeit der Massen und Ausnahmestand“ — so schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ — „das sind die Zeichen, unter welchen die österreichische „Volksvertretung“ ihre Thätigkeit eröffnet.“

Aus Amerika geht uns von seiten der Leitung der sozialistischen Arbeiterpartei eine Warnung vor einem gewissen Albin Kolbe zu, welcher das Vertrauen unserer Genossen in Amerika schamlos mißbraucht hat und nun nach Deutschland zurückgekehrt sein soll, um womöglich hier das gleiche Treiben unter den Genossen fortzusetzen. Kolbe hat in verschiedenen amerikanischen Städten und speziell auch in New-York als Vöder und Musiker gearbeitet, derselbe spricht sehr rasch und ist sein Benehmen sehr anständig. Mögen also die Genossen allerwärts dem Hochstapler, wenn er sich zeigen sollte, einen gebührenden Empfang bereiten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gehausucht wurde dieser Tage bei einem Genossen in Adorf bei Chemnitz nach Eigenthum des Textilarbeiter-Verbandes. Gefunden wurde nichts.

— Die Auflösung des Maurervereins von Krimschanitz durch die Kreisbauhauptmannschaft bestätigt worden; die beschlagnahmten Gelder, Schriftstücke u. s. w. seien dem Vorstand zurückzugeben. Gerechtfertigt sei die Auflösung des Vereins dadurch, daß derselbe mit den vereinigten Zimmergesellen in Verbindung getreten sei. Der Verein habe dem Vereinsgesetz unterstanden und sei deshalb dieses Gebahren ungesetzlich. Die Beschwerdeführer werden nunmehr Rekurs beim Ministerium erheben.

— Grober Unfug und kein Ende. In Dresden hat man sich wieder einmal „öffentlich geärgert“ und zwar diesmal über einen Genossen, weil er mit der Beantwortung eines Fragezettels: „Ist die Kohlenäure des Bieres schädlich?“ in einer Versammlung in Striesen „groben Unfug“ gemacht hat. Ebenso wurde Genosse Schulze von der Polizei mit einer solchen Liebesgabe bedacht, weil er in einer Metallarbeiter-Versammlung den Carnot als Ausbeuter bezeichnete. Dies war natürlich auch grober Unfug. Schulze soll ebenfalls eine Woche brummen, weil er öffentliches Vergeraß erregte.

— Auch der „Süddeutsche Postillon“ in München soll „groben Unfug“ verübt haben. Der Redakteur Genosse Fuchs wurde mit einem Strafmandat von 25 M. event. 5 Tagen Haft bedacht. Selbstverständlich hat Genosse Fuchs gegen den Strafbescheid Einspruch erhoben, um seine Einwendungen solchen Vorgehen gegenüber kund zu thun. Der Ausgang dieses Falles ist für die gesamte Presse in Bayern von großer Bedeutung.

— Der Redakteur der „Vergischen Volksstimme“ in Solingen, Genosse Wilde, sowie der frühere Redakteur dieses Blattes, sind von der Anklage der Beleidigung durch die Presse freigesprochen worden. Die Auslagen sowie die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

— Der Mannheimer Hochverraths-Prozess gegen Teufel und Genossen ist auf Sonnabend, den 20. d. Mts., verschoben worden.

Soziale Ueberlicht.

Der schlechte Geschäftsgang macht sich namentlich in der Textilindustrie fühlbar. Eine Teppichfabrik in Oelsnitz i. V., welche 1000 Arbeiter beschäftigt, hat wegen Ueberproduktion die Arbeitszeit um täglich 2 Stunden herabgesetzt.

Ueber die Arbeiter-Bildungsvereine des Großherzogthums Baden ist im statistischen Jahrbuch (25. Jahrg. 1892) eine Uebersicht enthalten, der folgendes zu entnehmen ist: Es befanden 1892 in Baden 33 Arbeiter-Bildungsvereine mit zusammen 3357 Mitgliedern. An Jahresbeitrag wurden 1,08 M. bis 6 M. bezahlt und hatten die Vereine eine Gesamteinnahme von 22,557 M., eine Ausgabe von 19,790 M. und einen Vermögensbestand von 156,426 M. — Wie das „Korrespondenzblatt“ mittheilt, gedenkt das Badische Statistische Bureau in Zukunft auch eine Statistik über die in Baden bestehenden Gewerkschaftsorganisationen zu führen. Die Generalkommission fordert die Gewerkschaften auf, dem Bureau durch Zustellung von Material zur Seite zu stehen.

Arbeitererisiko. Nach einer Meldung der „Köln. Zeitung“ aus Camen wurden auf der Feste „Monopol“ durch eine Explosion fünf Bergleute schwer verletzt. — Bei den Kanalarbeiten in Bochum wurden zwei Arbeiter verschüttet. Nach angestrengter Arbeit gelang es, einen derselben unverletzt aus dem unwilligen Geröllberg herauszubringen; der zweite Arbeiter hatte jedoch schwere Verletzungen an den Armen und Beinen davongetragen und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Ein Unternehmervorband. Die schottischen Grubenbesitzer haben einen Verein gebildet, um den Forderungen der Arbeiter

besser widerstehen zu können. Gleichzeitig ist eine Kasse mit zwei Millionen Pfund gegründet worden, um diejenigen Grubenbesitzer zu unterstützen, welche eher den Grubendetrieb einstellen, als sich den Forderungen der Arbeiter fügen.

Gewerkchaftliches.

An die in der Musikinstrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter! Angesichts der traurigen Zustände, die in unserem Berufe plaggegriffen haben, sehen wir uns veranlaßt, ein ernstes Mahnwort an unsere Berufskollegen zu richten. Das gegenwärtige Wirtschaftssystem bringt es mit sich, daß die Zahl der Arbeitslosen, derjenigen, die dem Hunger und dem Elend preisgegeben sind, in erschreckender Weise zunimmt. Die Unternehmer, im Bewußtsein ihrer Macht, nützen diese für ihre Verneinungen günstige Situation rücksichtslos aus.

Niedere Löhne, lange Arbeitszeit und die unwürdigste Behandlung sind die Bedingungen, die vom Unternehmer oftmals ohne Gegenrede dem Arbeiter diktiert werden. In der Saison, in der wir uns jetzt befinden, wird wieder jenes schädliche System der Heberarbeit gepflegt, um dann im Winter Hunderte von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit zu verdammen. Jeder Einsichtige in unsern Berufskreisen müßte sich sagen: Es kann nicht so weiter gehen! Allerdings ist die Organisation da, um dieser schamlosen Ausbeutung den Boden zu entziehen. Aber diese Aufgabe vermag nicht ein kleines Gauslein zu erfüllen, sondern hierzu bedarf es der Mitarbeit aller eifrigen Kollegen! Steigt Euch nicht die Schamröthe ins Gesicht, wenn Ihr zum Gaudium der Unternehmer vernehmen müßt, daß nur 1/5 unserer Berufsgenossen organisiert ist, daß viele von dem so wichtigen Koalitionsrecht gar keinen Gebrauch machen? Darum, Kollegen, und besonders diejenigen, welche vermeinen, in einer Versorgungsanstalt zu sein, wacht auf! Denn auch an Euch kommt einmal die Reihe, daß Ihr wie eine ausgepreßte Zitrone bei Seite geworfen werdet. Erst dann haben wiederholt jene Opfer unserer heutigen Zustände sich hilfesuchend an die Organisation gewandt, die sie bisher geschmäht hatten.

Kollegen! Laßt diesen Mahnruf nicht unbeachtet und tretet dem Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter bei. Die nächste Versammlung für den Norden findet am 20. d. M., für den Süden bei Herrn Deigmüller am 29. d. M. statt. Das Referat in dieser Versammlung hat Herr Dr. Barm übernommen, der einen Vortrag über Augenkrankheiten halten wird. Der Vorstand.

Der Steinereistreik in Stettin dauert noch immer fort. Mittlerweile arbeiten die Meister mit einigen Lehrlingen weiter; viele Arbeiten können gar nicht ausgeführt werden. Mehrere Straßen, deren Pflasterung bereits seit Monaten auf dem Submissionswege vergeblich waren, haben noch immer ihr altes, schlechtes Pflaster, ohne daß der Magistrat auf die Erfüllung des eingegangenen Vertrages dringt. Wirklich allerliebt! Die Steuerzahler mögen ruhig warten, bis es den Meistern gelungen ist, ihre Gesellen auszuhungern.

Die Silberschläger in Schwabach haben in einer Versammlung beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es wurde ausgeführt, daß der Lohn seit Jahren heruntergegangen; man habe aber aus Rücksicht auf den flauen Geschäftsgang Mehrforderungen nicht stellen wollen. Jetzt sei das Geschäft hauptsächlich der Export, in Folge der Aufhebung des Mc Kinley-Bills, rapid gestiegen und auch die Preise in die Höhe gegangen, weshalb die Arbeiter wohl auch ein Recht hätten, Lohnerhöhung zu verlangen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit den Meistern in Unterhandlung zu treten und das Resultat derselben in einer demnächstigen Versammlung mitzutheilen hat. — Man hofft, daß die Meister Einsicht haben und die Forderung bewilligen werden, ohne daß es nötig wird, in einen Streik einzutreten.

Die streikenden Seidenweber in Bielefeld wurden wieder um 20 Scheererinnen vermehrt. Diese sind entlassen worden, weil sie sich weigerten, an dem Webstühlen zu arbeiten.

Die Metallarbeiter des Niederrheins halten am 21. Oktober in Essen a. d. R. eine Konferenz ab. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Konstituierung. 2. Agitation und Organisation. 3. Wahl eines Agitationskomitees resp. Vertrauensmannes für den Niederrhein und Feststellung des Sitzes desselben. 4. Berathung etwaiger eingelaufener Anträge der Kollegen.

Der Streik der Buchbinder der Firma Groß in Leipzig ist laut Versammlungsbeschluss am 13. Oktober beendet worden. Die Vertrauensleute: J. A.: R. Krenkel.

Die erste sozialistische Lehrlingsorganisation ist am Sonntag in Wien ins Leben gerufen worden. In einer Versammlung beschloß man die Gründung eines Vereins junger Hilfsarbeiter, dessen Statuten die Stadthoferei bereits genehmigt hat, sowie den Anschluß an die sozialistische Partei und die Theilnahme an der öffentlichen Demonstration, welche die Sozialisten zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts in Szene setzen wollen.

1000 streikende Bergleute vor Gericht. Der „Voss. Ztg.“ wird unterm 15. Oktober von London gemeldet: Das Polizeigericht von Rhondda in Wales entschied gestern einen interessanten Rechtsfall. Die „Nationalen Fechen“ hatten 1000 Bergleute vor Gericht geladen, weil sie ohne Urlaub von der Arbeit weggegangen waren, d. h. einen Ausstand begonnen hatten. Der Verteidiger der Angeklagten machte geltend, daß die Gesellschaft das mit den Leuten getroffene Abkommen verletzt habe, weil sie die Siebe zu Ungunsten der Angestellten an dem einen Ende einen halben Fuß höher gemacht habe. Der Richter wies infolge dieses Rechtsgrundes die Klage ab.

Die Glasarbeiter in Cerezo, wo 600 derselben beschäftigt sind, befinden sich im Ausstande. Nach den uns zugegangenen Nachrichten bemüht sich ein gewisser Rudolf Goldschmidt in Deutschland Glasarbeiter für Cerezo zu engagieren. Außerdem soll sich auch ein Agent in Odenburg erboten haben, von dort aus Glasarbeiter nach hier zu senden.

Wir bitten die deutschen Glasarbeiter, sich nicht irre führen und als Streikbrecher für Cerezo anwerben zu lassen. Wir rechnen bestimmt darauf, daß sich die deutschen Arbeiter nicht dazu brauchen lassen werden, uns in unserem Kampfe zu schädigen, sondern, daß sie uns vielmehr ihre Unterstützung andeuten lassen werden.

Antonia Mayor, Calle Calabrie Nr. 50, 3º, 2a, Barcelona, Spanien.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Weberei und Spinnerei „Industria Malagueña“ in Malaga, 4000 an der Zahl, befinden sich im Ausstand. Die Arbeitgeber verlangen die Auflösung des Arbeiterausschusses der Fabrik und der vor vier Jahren gegründeten Organisation. Außerdem sollen neunzehn Arbeiter der Kunstfertigkeit, die sich besonders in der Organisation hervorgethan hatten, entlassen werden.

Die Unterhüftung dieses Ausstandes übersteigt die Kräfte der organisierten spanischen Arbeiter, wie der ganzen Arbeiterchaft. Deswegen wenden wir uns an die Arbeiterorganisationen Deutschlands mit der Bitte, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, damit wir nicht den harttherigen Bourgeois unterliegen müssen und unsere Organisation aufgelöst wird. Die oft bewiesene internationale Solidarität der deutschen Arbeiterchaft wird sich auch in diesem Falle wieder bewähren.

Sendungen sind zu richten an: Antonio Garcia, Quejido, Rue Sadami 3, 1º, Barcelona, Spanien.